

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Jürgen Wilke  
Bedeutung und Gegenstand  
der Medienpolitik

Jürgen Büssow  
Stichworte zur Medienpolitik

Markus Schöneberger  
Neue Medien und Kultur

Otto Ulrich  
Informationstechnik  
und gesellschaftliche Zukünfte

ISSN 0479-611 X

B 9/85  
2. März 1985

Jürgen Wilke, Dr. phil., geb. 1943; Studium der Germanistik, Publizistik und Kunstgeschichte in Mainz und Münster (Westf.); Lehrbeauftragter und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Publizistik der Universität Mainz; seit 1984 Professor für Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt.

Veröffentlichungen u. a.: Das „Zeitgedicht“. Seine Herkunft und frühe Ausbildung, Meisenheim/Glan 1974; Neubearbeitung der 6. Aufl. der „Zeitungslehre“ I und II von E. Dovifat, Berlin-New York 1976; Literarische Zeitschriften des 18. Jahrhunderts, 2 Bde., Stuttgart 1978 (zus. mit B. Eschenauer); Massenmedien und Journalismus im Schulunterricht, Freiburg-München 1981; Nachrichtenauswahl und Medienrealität in vier Jahrhunderten, Berlin-New York 1984; (Hrsg.) Pressefreiheit, Darmstadt 1984.

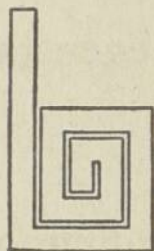
Jürgen Büssow, Dipl. Pädagoge, geb. 1946; Studium der Sozialarbeit und Erziehungswissenschaften; 1975—1977 Studienleiter im Gustav-Stresemann-Institut in Bergisch-Gladbach; 1977—1981 Referent bei der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf; seit 1981 beurlaubt. Seit 1975 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen (SPD-Fraktion); seit 1980 medienpolitischer Sprecher der Fraktion; seit 1984 Mitglied der Medienkommission beim Parteivorstand der SPD. Veröffentlichungen zur Medienpolitik.

Markus Schöneberger, Dr. phil., geb. 1949; Rundfunk- und Fernsehjournalist; seit 1979 als Medienreferent der CSU in München tätig.

Veröffentlichung: (Hrsg. zus. mit D. Weirich) Kabel zwischen Kunst und Konsum. Plädoyer für eine kulturelle Medienpolitik, Berlin 1985.

Otto Ulrich, Dr. rer. pol., geb. 1942; Physik-Ing. (grad.), langjährige industrielle Praxis u. a. im Bereich der Computer-Software-Herstellung. Lehrbeauftragter am Fachbereich Informatik der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: Technischer Fortschritt und die Gesellschaft der Arbeitslosen, in: Technologie und Politik, (1978) 13; Computer, Wertewandel und Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/84; Telematik — ein gesellschaftliches Integrationsproblem, in: ders. (Hrsg.), Die Informationsgesellschaft als Herausforderung an den Menschen, Frankfurt 1984; Computer-Totalitarismus. Zur Mechanisierung der geistigen Tätigkeit, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (1985) 1; „Demokratische“ Elitenherrschaft oder Rätedemokratie? Über die Auswirkungen von Telematik und Wertewandel im demokratischen Prozeß, in: Kreuder/Loewy (Hrsg.), Konservatismus in der Strukturkrise, Frankfurt 1985.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch,  
Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Bedeutung und Gegenstand der Medienpolitik

## Skizze eines Feldes praktischer Politik und wissenschaftlicher Analyse

### I. Medienpolitik — ein junger Begriff für einen alten Sachverhalt

Bei einem ersten Blick auf das Thema, um das es hier geht, fällt sogleich eines auf: Der Begriff „Medienpolitik“ ist wesentlich *jünger* als der Gegenstand oder Sachverhalt, der mit ihm bezeichnet wird. Während sich dieser Begriff erst seit einer Reihe von Jahren im allgemeinen Sprachgebrauch eingebürgert hat, reichen sein Gegenstand bzw. dessen Ursprünge historisch weit zurück. Seit je hat nämlich politische Herrschaft Einfluß genommen auf die gesellschaftliche Kommunikation, zumindest seitdem diese Kommunikation sich organisierter technischer Mittel — also der Medien — bedient.

Als einen frühen Akt dezidierter Medienpolitik kann man z. B. schon die Entscheidung Caesars nach seiner Wahl zum römischen Konsul (59 v. Chr.) ansehen, die Protokolle der Senatsverhandlungen in den „acta urbis“ oder „acta diurna“ allgemein zugänglich zu machen, die in Rom öffentlich angeschlagen wurden<sup>1)</sup>. Denn Caesar, der Anführer der Volkspartei, zielte damit offenbar darauf ab, die geradezu mythische Geheimhaltung des Senats zu durchbrechen, ja seine Macht zu schwächen — und zwar durch Herstellung von Öffentlichkeit. Entsprechend restaurativ war später die Verfügung des Kaisers Augustus, die Senatsprotokolle wieder aus den „acta urbis“ zu entfernen.

Die eigentliche Aktualisierung eines Bedarfs an rechtlich-politischer Ordnung der gesellschaftlichen Kommunikation leitete jedoch erst die Erfindung des Drucks mit beweglichen Lettern durch Johannes Gutenberg um die Mitte des 15. Jahrhunderts ein. Die damit geschaffene Möglichkeit einer schnellen und massenhaften Vervielfältigung und Verbreitung von Druckwerken zeitigte rasch neue

Formen und Mittel obrigkeitlicher Kontrolle, die Zensur, dazu Repressiv- und Strafmaßnahmen, ferner die Privilegierung<sup>2)</sup>. Auch indem der merkantilistische Staat des 18. Jahrhunderts das Anzeigenwesen in sogenannten „Intelligenzblättern“ organisierte und damit den politischen Zeitungen eine Einnahmequelle vorenthielt, deren Freigabe später zur Entstehung der Massenpresse führte, handelte er im Prinzip durchaus medienpolitisch.

Grundlegend änderten sich die Bedingungen für das medienpolitische Handeln, als 1848 in den deutschen Ländern die Pressefreiheit hergestellt wurde. Denn der Staat mußte fortan der Presse gegenüber ohne die (Vor-) Zensur auskommen. Und was im absolutistischen Zeitalter durch die Allzuständigkeit des Herrschers gerechtfertigt war, das machte fortan besondere Legitimationsprobleme. Die Gewährung der Pressefreiheit veranlaßte den Staat zudem dazu, nach neuen Formen *mittelbarer* Einflußnahme auf die öffentliche Kommunikation zu suchen. Ein ganzes Arsenal wirtschaftlicher und administrativer Maßnahmen wurde dazu benutzt: der Ausschluß bestimmter Presseorgane vom Postvertrieb, die Besteuerung des Druckpapiers (Stempelsteuer), der Zwang zur Hinterlegung einer Kaution<sup>3)</sup>.

<sup>2)</sup> Als Überblick vgl. F. Schneider, Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Studien zur politischen Geschichte Deutschlands bis 1848, Neuwied und Berlin 1966; U. Eisenhardt, Die kaiserliche Aufsicht über Buchdruck, Buchhandel und Presse im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (1496—1806). Ein Beitrag zur Geschichte der Bücher- und Pressezensur, Karlsruhe 1970; J. Wilke (Hrsg.), Pressefreiheit, Darmstadt 1984, S. 1—55.

<sup>3)</sup> Vgl. K. Koszyk, Deutsche Presse im 19. Jahrhundert, Berlin 1966, S. 120ff; E. Naujoks, Von der Reaktionszeit bis zum Reichspressegesetz (1849 bis 1874), in: H.-D. Fischer (Hrsg.), Deutsche Kommunikationskontrolle des 15. bis 20. Jahrhunderts, München — New York — London — Paris 1982, S. 114—130.

<sup>1)</sup> Vgl. H. L. van Gessel, Acta Urbis — Ancient Rome's Local Paper, in: Gazette, 16 (1970), S. 88 bis 104; C. A. Giffard, Ancient Rome's Daily Gazette, in: Journalism History, 2 (1975/76), S. 106—109, S. 132.

Angesichts der im ganzen aber doch begrenzten gesetzlich-formalen Möglichkeiten zur Reglementierung der Presse in der konstitutionellen Ära verlagerten sich solche Bemühungen zu einem Großteil dahin, die Presse *inhaltlich* zu beeinflussen: Ein amtlicher Pres-

seapparat wurde auf- bzw. ausgebaut<sup>4)</sup>. Dies geschah zunächst weitgehend hinter dem Schirm der Geheimhaltung, da staatliche Einflußnahme auf das Pressewesen sich immer schwerer gegenüber den liberalen Ansprüchen der Gesellschaft rechtfertigen ließ.

## II. Warum Medienpolitik an Bedeutung gewonnen hat

Wenn trotz dieser leicht fortzusetzenden Vorgeschichte des *Gegenstandes* der Begriff „Medienpolitik“ erst in jüngerer Zeit gebildet wurde und inzwischen durch häufigen Gebrauch gängig geworden ist, so ist dies ein Zeichen dafür, daß die Massenkommunikation neuerdings, d. h. in den letzten zwei, drei Jahrzehnten, erheblich an Bedeutung gewonnen hat — sowohl für den einzelnen wie auch als gesellschaftlicher und politischer Faktor. Dies kann man an einer ganzen Reihe von Indizien erkennen.

Betrug die Auflage der Tagespresse in der Bundesrepublik im Jahre 1954 lediglich rund 13 Millionen Exemplare, so stieg sie bis 1984 auf rund 21 Millionen Exemplare. Allerdings nahm die Reichweite nur um wenige Prozente zu, d. h.: gewandelt hat sich vor allem die Zahl der Leser pro (Zeitung-)Exemplar. Kaum verändert hat sich langfristig die tägliche Lesedauer<sup>5)</sup>. Wenn sich die Freizeit in diesem Zeitraum beträchtlich ausweitete, so kam dies vor allem der Ausbreitung des Fernsehens zugute. Als am 1. November 1954 nach einer Versuchsphase erstmals ein gemeinsames ARD-Fernsehprogramm ausgestrahlt wurde, besaßen lediglich (oder schon) 84 000 Haushalte in der Bundesrepublik ein Fernsehgerät. Im Jahre 1960 waren knapp 18 Prozent und fünf Jahre später bereits 47 Prozent aller bundesdeutschen Haushalte mit einem Fernseh-

gerät ausgestattet. Mit einer Haushaltsabdeckung von 95 Prozent war dann 1974, d. h. binnen zwei Jahrzehnten, praktisch schon die Sättigungsgrenze erreicht.

Der Zeitaufwand der Bundesbürger für die Nutzung von Fernsehen, Hörfunk und Tageszeitung betrug 1980 im Durchschnitt pro Tag  $4\frac{3}{4}$  Stunden. Dies bedeutete allein gegenüber 1964 eine Steigerung um eine Stunde und 38 Minuten. In den letzten Jahren ist allerdings eine Stagnation oder sogar ein geringfügiger Rückgang im Umfang der Mediennutzung eingetreten<sup>6)</sup>. Die hier zitierten Daten besagen praktisch, daß der Anteil der Lebenszeit, der nicht mit *Primärerfahrung* der Wirklichkeit, sondern mit *vermittelter Wirklichkeit*, also mit *Sekundärerfahrung*, zugebracht wird, sich stark vergrößert hat. Dies wirft politisch zwangsläufig die Frage nach den Regeln und nach der Regelung dieser Vermittlung auf. Denn wer über diese Regeln verfügt, hat die Macht.

Doch nicht nur in der Reichweite und im Zeitbudget der Bevölkerung besitzen die Massenmedien heute eine größere Bedeutung als je zuvor. Sie bilden inzwischen auch organisatorische Komplexe von einer ganz beträchtlichen ökonomischen Potenz. Der Umsatz der Zeitungs- und Zeitschriftenverlage betrug 1981 über 18 Milliarden DM, die Betriebsaufwendungen der Landesrundfunkanstalten und des ZDF zusammen fünf Milliarden DM<sup>7)</sup>. Die Zahl der im Presseverlagsgewerbe Beschäftigten belief sich 1980 auf knapp 200 000. Hinzuzurechnen sind mehr als 21 000 Mitarbeiter in den Rundfunkanstalten

<sup>4)</sup> Vgl. K. Koszyk (Anm. 3), S. 229ff; ferner: W. Vogel, Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933, in: *Zeitungswissenschaft*, 16 (1941) 8/9, S. 1—108; I. Fischer-Fraudienst, *Bismarcks Pressepolitik*, Münster 1963; E. Naujoks, *Bismarck und die Regierungspresse*, in: *Historische Zeitschrift*, 205 (1967), S. 46—80; G. Hense, *Kommunikationsobservanz in Wilhelminischer Zeit (1890—1914)*, in: H.-D. Fischer (Anm. 3), S. 153ff.

<sup>5)</sup> Vgl. u. a. E. Noelle-Neumann, *Der Leser von morgen und seine Bedürfnisse*, in: *ZV + ZV*, 78 (1981), S. 1574—1581.

<sup>6)</sup> Vgl. M.-L. Kiefer, *Massenkommunikation 1964 bis 1980*, in: *Media Perspektiven*, (1981)4, S. 261 bis 286.

<sup>7)</sup> Vgl. *Media Perspektiven: Daten zur Mediensituation in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1983; *ARD-Jahrbuch 83*, Hamburg 1983; *ZDF Jahrbuch 1982*, Mainz 1983.

und 23 000 Beschäftigte in der Filmwirtschaft<sup>8)</sup>.

Dabei muß man den Blick noch darüber hinaus richten auf den gesamten Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik. In ihm sind heute schätzungsweise 350 000 Menschen beschäftigt. Und dieser Bereich gilt für die nächste Zukunft als ein wirtschaftlich besonders expandierender Sektor<sup>9)</sup>. Nicht Rohstoffe und Energie, sondern Information erscheint als eigentlich zukunftssträchtiger Produktionsfaktor. Daher ist die Medienpolitik in den letzten Jahren stark unter den Druck technologischer Innovation und unter den Zwang zum wirtschaftlichen Strukturwandel geraten.

Allerdings besteht dieser enge Zusammenhang von technisch-wirtschaftlichem Strukturwandel und Medienpolitik nicht nur bei den sogenannten „neuen Medien“, also bei Videotext, Bildschirmtext, Kabel- und Satellitenfernsehen, wo er unmittelbar evident erscheint<sup>10)</sup>. Vielmehr waren es auch wirtschaftlich bedingte Funktionsgefährdungen des ältesten Mediums, also der Zeitung, die seit den sechziger Jahren den Ruf nach einem ordnungspolitischen Handeln auch im Bereich der öffentlichen Kommunikation auslösten<sup>11)</sup>.

Medienpolitik ist heute demnach kein isolierter oder autonomer Bereich der Politik, sondern steht in engem Bezug zu anderen Feldern der praktischen Politik, vor allem der Wirtschaftspolitik, aber auch der Sozialpolitik<sup>12)</sup>. Doch selbst dies ist nicht ganz neu:

Durch die bereits erwähnten, mit dem Anzeigenmonopol ausgestatteten Intelligenzblätter suchte der merkantilistische Staat im 18. Jahrhundert das Wirtschaftsleben anzukurbeln. Und die Einnahmen aus dem Anzeigenmonopol und aus dem Bezugswang der Intelligenzblätter für bestimmte Berufsgruppen dienten der Finanzierung sozial-karitativer Aufgaben (in Preußen etwa der von Waisenhäusern).

Daß die Medienpolitik so stark an Bedeutung gewonnen hat, dürfte schließlich noch in Zusammenhang stehen mit dem Wandel der Medienwirkungsforschung. Solange man an der von Paul Lazarsfeld und seinen Mitarbeitern in den vierziger Jahren aufgestellten These festhalten konnte, die Massenmedien veränderten nicht, sie verstärkten nur bestehende Einstellungen, so lange mochte die Medienpolitik keine größere Aufmerksamkeit verdienen oder finden. Dies sollte sich ändern, nachdem seit gut einem Jahrzehnt wieder die Erkenntnis großer Wirkungen der Massenmedien eingesetzt hat<sup>13)</sup>. Je mehr Wirkungen der Massenmedien die Kommunikationsforschung inzwischen, vor allem unter Zugrundelegung eines weitgefaßten Wirkungsbegriffs, herausgearbeitet hat, desto mehr Interesse mußte auch die Medienpolitik auf sich ziehen. Jedenfalls macht sich derjenige heute unglaublich, der solche Wirkungen der Massenmedien noch immer bestreitet, gleichwohl aber Medienpolitik sehr wichtig nimmt.

Wirkungen der Massenmedien treten, wie man inzwischen erkannt hat, nicht nur bei den Rezipienten, beim Publikum also, auf. Sie haben vielmehr auch das politische System verändert, ja dieses scheint zunehmend in Abhängigkeit von den Massenmedien zu geraten<sup>14)</sup>. Medienpolitik muß daher auch als eine Reaktion auf diesen Vorgang verstanden werden: Und zwar als Versuch, die Gestaltungs-kompetenz und den Vorrang des politischen

<sup>8)</sup> Vgl. BT 9/2442: Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“, Bonn 1982.

<sup>9)</sup> Vgl. u. a. K. Brepohl, Telematik. Die Grundlage der Zukunft, Bergisch-Gladbach 1983; C. Mast, Zwischen Knopf und Kabel. Kommunikationstechnik für Wirtschaft und Feierabend, Zürich 1983; W. Seelig, Die Bedeutung der Kommunikationstechnik für die Weltwirtschaft, in: Siemens Zeitschrift, 57 (1983), 4, S. 2—7.

<sup>10)</sup> Vgl. D. Ratzke, Handbuch der Neuen Medien, Stuttgart 1982.

<sup>11)</sup> Vgl. P. Glotz, Demokratische Kommunikationspolitik in der entwickelten Industriegesellschaft, in: M. Hereth (Hrsg.), Junge Republik. Beiträge zur Mobilisierung der Demokratie, München-Wien 1966, S. 75—104; ders., Der Fernsehstreit als kommunikationspolitisches Problem, in: Rundfunk und Fernsehen, 14 (1966), S. 121—135; Th. Ellwein, Kommunikationspolitik ohne Konzept, in: R. Zoll (Hrsg.), Manipulation der Meinungsbildung. Zum Problem hergestellter Öffentlichkeit, Opladen 1971, S. 153—163.

<sup>12)</sup> Vgl. U. Saxer, Medienpolitik zwischen Selbständigkeit und Überfremdung, in: Media Perspektiven, (1981) 2, S. 77—90.

<sup>13)</sup> Vgl. W. Schulz, Ausblick am Ende des Holzweges. Eine Übersicht über die Ansätze der Wirkungsforschung; H. M. Kepplinger, Die Grenzen des Wirkungsbegriffes; E. Noelle-Neumann, Der Konflikt zwischen Wirkungsforschung und Journalisten, in: Publizistik, 27 (1982), S. 47—73, S. 98—113, S. 114—128.

<sup>14)</sup> Vgl. u. a. F. Ronneberger, Publizistische und politische Macht, in: Rundfunk und Fernsehen, 31 (1983), S. 260—270; H. M. Kepplinger, Funktionswandel der Massenmedien, in: M. Rühl/H. W. Stüber (Hrsg.), Kommunikationspolitik in Forschung und Anwendung. Festschrift für Franz Ronneberger, Düsseldorf 1983, S. 47—64.

Systems gegenüber dem Mediensystem zu erhalten oder zurückzugewinnen.

Im übrigen ist der Bedeutungszuwachs der Medienpolitik ein internationales Phänomen — er gilt nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch für andere Länder. So etwa für die Schweiz, wo in den letzten Jahren sogar ein „Mediengesamtplan“ entwickelt wurde<sup>15)</sup>, aber auch für England<sup>16)</sup>, die Vereinigten Staaten<sup>17)</sup> oder, in letzter Zeit besonders ausgeprägt, für Frankreich<sup>18)</sup>. Bemerkenswert erscheint dies nur, weil es sich hier

um politische Systeme handelt, die auf den Prinzipien der Medienfreiheit und der konkurrierenden Willensbildung beruhen. Daß politische Systeme, die diese Prinzipien *nicht* anerkennen, Medienpolitik betreiben, überrascht dagegen nicht<sup>19)</sup>. So wenig Medienpolitik historisch ein neues Phänomen ist, so wenig ist sie heute an ganz bestimmte politische Systeme gebunden. Allerdings besteht ein enger, systematischer Zusammenhang zwischen der Art und dem Spielraum der Medienpolitik und dem jeweiligen politischen System des Landes<sup>20)</sup>.

### III. Warum die Legitimation der Medienpolitik problematisch ist

Indessen ist die Legitimation der Medienpolitik in der Bundesrepublik nicht unumstritten geblieben. Der bekannte Journalist Johannes Gross hat z. B. vor Jahren, in Abwandlung einer Bemerkung Karl Liebkechts über die auswärtige Politik, davon gesprochen, daß „die

beste Medienpolitik gar keine ist“<sup>21)</sup>. Was bei Gross noch als altliberales Credo eines Betroffenen erscheinen konnte, hat der Verfassungsrechtler Werner Weber eingehend aus dem Grundgesetz begründet. Sein Fazit: „Medienpolitik und Pressefreiheit schließen einander strikt aus.“<sup>22)</sup>

<sup>15)</sup> Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (Hrsg.), Medien-Gesamtkonzeption. Bericht der Expertenkommission für eine Medien-Gesamtkonzeption, Bern 1982; vgl. dazu U. Saxer, Eine Medienpolitik für die Schweiz. Zum Bericht der eidgenössischen Expertenkommission für eine Medien-Gesamtkonzeption, in: Media Perspektiven, (1982) 4, S. 285—292.

<sup>16)</sup> Vgl. u. a. B. Nowotny, Rundfunk bürgernah. Regionalisierung, lokale Sender und Privatfunk in Großbritannien, Hameln 1982; St. Hearst, Der Hunt-Report zur Kabelexpansion und zur Rundfunkpolitik in Großbritannien, in: Media Perspektiven, (1982) 11, S. 705—710; N. Garnham, Öffentliche Dienstleistung versus Markt. Die Zukunft des Rundfunks in Großbritannien und die Auswirkungen der neuen Informationstechnologien, in: Media Perspektiven, (1983) 6, S. 377—384.

<sup>17)</sup> Vgl. u. a. I. de Sola Pool, The Rise of Communications Policy Research, in: Journal of Communication, 24 (1974) 2, S. 31—42; D. Campbell-Robinson, Amerikanische Kommunikationspolitik 1982, in: Media Perspektiven, (1983) 6, S. 402—410.

<sup>18)</sup> Vgl. G. Opitz, Das neue französische Mediengesetz, in: Media Perspektiven, (1983) 2, S. 94—113; Ch. Holtz-Bacha, Zur Lage der französischen Tagespresse. Der Staat greift ein, in: Media Perspektiven, (1984) 3, S. 180—187.

<sup>19)</sup> Vgl. z. B. W. Bergsdorf, Die Gleichschaltung wurde wiederhergestellt. Drei Jahrzehnte Medienpolitik der SED, in: Deutschland Archiv, 13 (1980), S. 855—863; P. Roth, Die kommandierte öffentliche Meinung. Sowjetische Medienpolitik, Stuttgart-Degerloch 1982.

<sup>20)</sup> Vgl. dazu die Typologie bei H. M. Kepplinger, Massenkommunikation. Rechtsgrundlagen, Medienstrukturen, Kommunikationspolitik, Stuttgart 1982, S. 9ff.

Nun kann man, dialektisch gesehen, dagegen schon einwenden, keine Medienpolitik sei auch eine Medienpolitik, nämlich eine Medienpolitik des „laissez faire“. Worauf die ernst zu nehmenden Einwände von Gross und Weber aber hinweisen, ist, daß die Legitimation der Medienpolitik hierzulande davon abhängt, wie man die in Artikel 5 Grundgesetz garantierte Pressefreiheit interpretiert<sup>23)</sup>. Versteht man die Pressefreiheit ganz als Unterfall der individuellen Meinungsfreiheit und als subjektives Abwehrrecht gegen den Staat, so bedeutet dies eine prinzipielle Begrenzung medienpolitischer Handlungsbefugnisse des Staates. Der Staat darf dann einfach nicht in die Unabhängigkeit des Mediensystems eingreifen, er muß es sich selbst, d. h. der Selbstregulierung überlassen. So haben die Anhänger dieser Auffassung (wie z. B.

<sup>21)</sup> J. Gross, Medienpolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. 12. 1971, S. 1; ders., Verantwortung des Journalismus und Sprachverderbnis, in: Bilder und Zeiten, Beilage zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 8. 11. 1975.

<sup>22)</sup> W. Weber, Medienpolitik und Pressefreiheit, in: Archiv für Presserecht, 22 (1974), S. 586—592, hier: S. 592.

<sup>23)</sup> Vgl. M. Löffler/R. Ricker, Handbuch des Presserechts, München 1978, S. 29ff.; J. Wilke, Leitideen in der Begründung der Pressefreiheit, in: Publizistik, 28 (1983), S. 512—524.

Ernst Forsthoff) in den sechziger Jahren staatliche Maßnahmen gegen die Pressekonzentration abgelehnt, wie sie damals etwa von der Günther-Kommission vorgeschlagen wurden<sup>24</sup>).

Auf der anderen Seite steht die Auffassung, mit der gesonderten Erwähnung der Pressefreiheit in Artikel 5 Grundgesetz garantiere unsere Verfassung zugleich den Bestand der Institution „freie Presse“ wegen ihrer für die Demokratie konstitutiven Leistungen (Publizitätsentfaltung, Herstellung eines Meinungsmarktes u. ä.). Daraus lassen sich staatliche Handlungsbefugnisse, ja geradezu Handlungspflichten im Bereich der Massenkommunikation ableiten und rechtfertigen: So, um bei dem hier erwähnten Beispiel zu bleiben, um Meinungs- und Pressefreiheit angesichts der Bedrohung durch Pressekonzentration zu sichern (wie dies u. a. Martin Löffler forderte)<sup>25</sup>). Beide Deutungen finden sich auch in der medienpolitisch relevanten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts<sup>26</sup>).

Der Aufstieg der Medienpolitik ist schließlich auch zurückzuführen auf die allenthalben eingetretene Entwicklung zum Sozialstaat. Zuständigkeiten nämlich, die dem Staat mit der Verselbständigung der Gesellschaft entzogen

wurden, werden dem Staat von der Gesellschaft inzwischen wieder übertragen. Dies geschieht in dem Bewußtsein, nur der Staat könne das Sozialsystem vor Fehlentwicklungen schützen, die aus der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eigendynamik resultieren. Doch gilt es hier wachsam zu sein, damit unter dem Deckmantel einer „sozialstaatlichen Wende der Medienverantwortung“, wie Wolfgang Hoffmann-Riem das einmal genannt hat<sup>27</sup>), nicht neue Einfallstore für unerwünschte obrigkeitliche Reglementierung entstehen.

Die Ausgangslage für die Legitimation der Medienpolitik ist zudem bei den verschiedenen Massenmedien unterschiedlich. Wegen der staatlichen Fernmeldehoheit bzw. der Vorsorge für eine geordnete Nutzung der nur in begrenzter Zahl verfügbaren Funkwellen war der Einfluß des Staates auf die Organisation des Rundfunks in Deutschland von dessen Anfängen bis heute größer als bei der gedruckten Presse<sup>28</sup>). Zwar bedurften die Zeitungen anfänglich durchaus der amtlichen Privilegierung. Doch kann dieses Medium seine Organisation in Form privatwirtschaftlicher Unternehmen bis zu seinen Anfängen im 17. Jahrhundert zurückführen.

#### IV. Die Wandlung der Pressepolitik zur Medienpolitik

Von „Medienpolitik“ zu sprechen ist ohnehin erst üblich geworden, seitdem der Begriff „Medium“ im Deutschen über seine physikalische oder gar parapsychologische Bedeutung hinaus als Bezeichnung für jene technischen Mittel verwendet wird, die zur Massenkommunikation mit einem weit gestreuten Publikum geeignet sind. Dieser Begriff hat sich unter dem Eindruck der anglo-amerikanischen Begriffe „medium“ oder „media“ durchgesetzt und ist somit ein Reflex auf eine Entwicklung,

in der zu den seit dem 17. Jahrhundert bestehenden Zeitungen und Zeitschriften in immer kürzeren Abständen neue Mittel der Kommunikation hinzugetreten sind: Ende des 19. Jahrhunderts der Film, in den zwanziger Jahren der Rundfunk (Hörfunk), nach 1945 das Fernsehen und in den letzten Jahren die sogenannten „neuen Medien“ (Videotext, Bildschirmtext, Kabelfernsehen).

Erst diese Vermehrung publizistisch nutzbarer Verbreitungstechniken führte zu einer Verallgemeinerung des Sprachgebrauchs und zur Einführung eines Kollektivbegriffs, in den nur noch die gemeinsamen Merkmale dieser verschiedenen Verbreitungstechniken eingin-

<sup>24</sup>) Vgl. E. Forsthoff, *Der Verfassungsschutz der Zeitungs- und Pressefreiheit*, Frankfurt/M. — Berlin 1969.

<sup>25</sup>) Vgl. M. Löffler, *Der Verfassungsauftrag der Presse*, Karlsruhe 1963; ders., *Die Pressekonzentration bedroht die Pressefreiheit*, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 1 (1968), S. 12—17.

<sup>26</sup>) Vgl. H. Keidel, *Kommunikationspolitisch relevante Urteile des Bundesverfassungsgerichts*, in: *Publizistik*, 12 (1967), S. 122—139; R. Ricker, *Kommunikationspolitisch relevante Urteile des Bundesverfassungsgerichts seit 1967*, in: *Publizistik*, 12 (1976), S. 411—434.

<sup>27</sup>) Vgl. W. Hoffmann-Riem, *Sozialstaatliche Wende in der Medienverantwortung?*, in: *Juristenzeitung*, 30 (1975), S. 469—476.

<sup>28</sup>) Vgl. u. a. W. B. Lerg, *Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik*, in: H. Bausch (Hrsg.), *Rundfunk in Deutschland*, Bd. 1, München 1980.

gen<sup>29)</sup>. Zwar ist demnach die Begriffsbildung „Medienpolitik“ eine Folge neuerer Kommunikationsgeschichtlicher Evolution. Doch besitzt sie im Begriff „Pressepolitik“ einen Vorläufer aus der Zeit, als es die elektronischen Massenmedien noch nicht gab. Aber auch dieser ältere Begriff entstammt erst dem späteren 19. Jahrhundert.

Zudem besaß der Begriff „Pressepolitik“ anfänglich noch einen anderen Sinn. Otto von Bismarck, bekanntlich selbst ein Meister direkter und indirekter Einflußnahme auf die Presse, verstand unter „Preßpolitik“ abwertend die Einwirkung auf „den Dilettantismus von Journalisten . . ., die sich in ihren Blättern mit der hohen Politik befaßten“<sup>30)</sup>, wie der Historiker Eberhard Naujoks gesagt hat. In einem Brief vom 24. Dezember 1863 kontrastierte Bismarck in einer für ihn durchaus schon fatalen Unterschätzung die „Kammern- und Preßpolitik“ mit der „waffenmäßigen Großmachtspolitik“, auf die es eigentlich ankomme<sup>31)</sup>. Im späteren 19. Jahrhundert findet man den Begriff „Preßpolitik“ dann verwendet für die Versuche von Staatsmännern und Regierungen, die öffentliche Unterrichtung und Meinungsbildung zu lenken, und zwar durch Einflußnahme auf Verlage, Redaktionen und einzelne Journalisten.

Diese Bedeutung klingt noch an, wenn Otto Jöhlinger, einer der Pioniere der Zeitungswissenschaft, im ersten lexikalischen Artikel zum Stichwort „Preßpolitik“, 1920 in der dritten Auflage des „Handbuchs der Politik“, vom Staat „aktive Preßpolitik“ verlangt, aber sogleich abwehrend hinzufügt: „Freilich darf man dieses Wort nicht falsch verstehen. Nichts ist gefährlicher als wenn der Staat eine ‚Beeinflussungspolitik‘ treiben will . . . Unter einer aktiven Preßpolitik verstehe ich etwas ganz anderes, als man gemeinhin darunter begreift: *Der Staat soll der Presse die Berichterstattung soviel wie möglich erleichtern.* Er soll ihre Informationstätigkeit fördern und ihr Gelegenheit geben, sich über alles, was sie in Ausübung ihres Berufes gebraucht, das Material zu beschaffen.“<sup>32)</sup> Beispielhaft

nennt Jöhlinger vor allem die Förderung der Interessen der Presse im Verkehrswesen (Beförderung durch Bahn und Post), die objektive und gleichmäßige Unterrichtung durch Pressekongresse, die Verbesserung des Nachrichtenwesens und auch die Ausbildung von Journalisten.

Damit ist bedeutungsgeschichtlich ein Wendepunkt markiert: und zwar von Pressepolitik im Sinne offener oder verdeckter Einflußnahme des Staates auf den Inhalt der Zeitungen und damit auf die öffentliche Meinungsbildung zu einer Pressepolitik, welche die Freiheit der Presse vom Staat respektiert und sich darauf beschränkt, die Voraussetzungen zu schaffen, damit möglichst freie und unabhängige Unterrichtung und Meinungsbildung verwirklicht und gesichert werden kann. Da sich die von Jöhlinger umrissene Vorstellung von Pressepolitik in Deutschland zunächst nicht durchsetzen konnte, in der Weimarer Republik nicht und erst recht nicht im Dritten Reich<sup>33)</sup>, blieb auch dem Begriff „Pressepolitik“ eine schillernde Mehrdeutigkeit erhalten.

Dennoch kann man seitdem von einer Aufspaltung des Begriffsgebrauchs sprechen. Im Sinne der älteren Bedeutung von Pressepolitik haben sich Begriffe wie „Nachrichtenpolitik“ oder „Informationspolitik“ eingebürgert. Aktivitäten dieser Art konstituieren heute auch den weiten Bereich der sogenannten Öffentlichkeitsarbeit oder Public Relations. Nur an die jüngere Bedeutung, wie wir sie bei Jöhlinger finden, schließt indessen zumeist der heute gebräuchliche Begriff „Medienpolitik“ an<sup>34)</sup>. Jöhlinger sah die Gefahr der Beeinflussung, vor welcher die Presse bzw. das Publikum geschützt werden sollten, noch ganz beim Staat. In den sechziger Jahren gewann die Medienpolitik ihren Antrieb dagegen eher aus der Befürchtung vor der Verfügung über wirtschaftliche Macht und den Folgen der Monopolisierung im Pressemarkt.

<sup>29)</sup> Vgl. dazu G. Maletzke, Psychologie der Massenkommunikation. Theorie und Systematik, Hamburg 1963.

<sup>30)</sup> E. Naujoks, Pressepolitik und Geschichtswissenschaft, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 22 (1971), S. 7—22, hier S. 7.

<sup>31)</sup> Vgl. O. v. Bismarck, Die gesammelten Werke, Bd. 14/II, Berlin 1933<sup>2</sup>, S. 659.

<sup>32)</sup> O. Jöhlinger, Pressefreiheit und Pressepolitik, in: Handbuch der Politik, 1. Bd., Berlin — Leipzig

1920<sup>3</sup>, S. 189—196, hier S. 195f.; ähnlich auch schon vorher in O. Jöhlinger, Zeitungswesen und Hochschulstudium, Jena 1919, S. 136.

<sup>33)</sup> Vgl. Nationalsozialistische Pressepolitik. Rede des Reichspressechefs Dr. Dietrich vor Diplomatie und Auslandspresse am 7. März 1938, Berlin o. J. (1938).

<sup>34)</sup> Ganz deutlich z. B. bei B. Wilhelm, Medienpolitik, in: P. Schiwy/W. J. Schütz (Hrsg.), Medienrecht. Stichwörter für die Praxis, Darmstadt 1978; S. 95; allerdings sind solche Definitionen heute sonst weniger normativ gefaßt.



## V. Was „Medienpolitik“ zwischen analogen Begriffen besagt

Bezeichnet der Begriff „Medienpolitik“ heute einen weiteren Gegenstandsbereich als der ältere Begriff „Pressepolitik“ (im Sinne Jöhlingers) oder ihm analoge Bildungen wie „Filmpolitik“ oder „Rundfunkpolitik“, so ist er andererseits enger gefaßt als der vielfach synonym verwendete Begriff „Kommunikationspolitik“. Dieser abstrahiert noch von den technischen Instrumenten und Organisationskomplexen zur Verbreitung publizistischer Aussagen und scheint den Gesamtbereich menschlicher Verständigung zu umgreifen.

Allerdings pflegt, wie Otto B. Roegele gelegentlich ausgeführt hat, „der Handlungsraum der Kommunikationspolitik, der über die Medienpolitik hinausgeht, in freiheitlich verfaßten Staaten im allgemeinen kein besonderes Interesse hervorzurufen“<sup>35</sup>). Dies deshalb, weil die zwischenmenschliche Kommunikation die Staatsgewalt nach liberaler Auffassung nichts angeht, „es sei denn“, so Roegele, „in Ausnahmefällen (z. B. Beleidigung, Verleumdung, be-

trägerische Irreführung), wenn der Richter zu Hilfe gerufen wird“<sup>36</sup>). Dieser Grund, aber auch der konkrete Objektbezug dürften dafür ausschlaggebend sein, daß von „Medienpolitik“ vor allem in der praktischen Politik und im Journalismus die Rede ist. Von „Kommunikationspolitik“ zu sprechen, ist dagegen bisher fast durchweg auf den wissenschaftlichen Bereich beschränkt geblieben.

Im übrigen können staatliche Entscheidungen durchaus auch jenseits der publizistischen Massenmedien für die Formen und Inhalte der menschlichen Kommunikation von Bedeutung sein, z. B. durch Festlegung von Post- und Telefongebühren (z. B. Mondscheintarif). Als weiteres Beispiel könnte man hier die amtliche Zulassung von Schulbüchern anführen, ja überhaupt wesentliche Teile der Kulturpolitik. Doch wird bei dergleichen kaum daran gedacht oder davon gesprochen, daß dies auch „Kommunikationspolitik“ ist.

## VI. Institutionalisierung der Medienpolitik in der Bundesrepublik

Der Begriff „Medienpolitik“ ist in offensichtlicher Analogie gebildet zu Begriffen wie Außenpolitik, Innenpolitik, Wirtschaftspolitik usw., die bereits seit längerem ausdifferenzierte Bereiche politischen Handelns bezeichnen. Solche Begriffsbildungen sind nach Franz Ronneberger im allgemeinen Anzeichen dafür, „daß dem Auftreten neuer politischer Probleme auch jeweils ihre Institutionalisierung innerhalb des staatlichen Organisationsbestandes“<sup>37</sup>) folgt.

Dabei muß diese Institutionalisierung nicht oder zunächst nicht in dem eigens dafür geschaffenen Zuständigkeitsbereich eines Ministeriums stattfinden. So wird Medienpolitik in der Bundesrepublik heute in mehreren Ministerien oder Bereichen der staatlichen Administration betrieben: Im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, das u. a.

für die technologische Infrastruktur des Rundfunksystems zuständig ist, das aber z. B. auch die Gebühren im Postzeitungsvertrieb festsetzt. Im Bundeswirtschaftsministerium, wo u. a. über Anträge auf Ausnahme von den gesetzlichen Bestimmungen zur Pressefusionskontrolle entschieden wird. Im Bundesinnenministerium, dem Teile der Filmförderung zugeordnet sind, d. h. die auf den künstlerischen Aspekt zielende Filmförderung. Schließlich wird die föderalistische Organisationskompetenz im Rundfunkwesen in den Staatskanzleien der Bundesländer verwaltet. Gerade hier liegt gegenwärtig der eigentliche Schwerpunkt der Medienpolitik in der Bundesrepublik, ja Medienpolitik erscheint als ein Feld, in dem die Landespolitik der Bundesländer noch eigenständigen Ausdruck finden kann. Erst im Frühjahr 1984 sind mehrere neue Entwürfe für Landesmedien- oder Landesrundfunkgesetze vorgelegt worden. Da die Bundesländer parteipolitisch unterschiedlich regiert werden, ergibt sich daraus eine zusätzliche Differenzierung der Medienpolitik, ja eine Zerreißprobe des Föderalismus, wie sich in letzter Zeit vor allem bei der Auseinander-

<sup>35</sup>) O. B. Roegele, Medienpolitik und wie man sie macht, Osnabrück 1973, S. 9.

<sup>36</sup>) Ebd., S. 8.

<sup>37</sup>) F. Ronneberger, Kommunikationspolitik I: Institutionen, Prozesse, Ziele, Mainz 1978, S. 71.

setzung um einen Rundfunk-Staatsvertrag zeigt.

Die Aufsplitterung der medienpolitischen Kompetenzen führt zwangsläufig dazu, daß Medienpolitik in der Bundesrepublik ohne übergreifende Systematik, nicht „aus einem Guß“ betrieben wird, daß sie bisher keine „geordnete Summe“ von Maßnahmen darstellt, wie man gelegentlich gefordert hat. Andererseits steht diese Aufsplitterung einer zentralen „Planwirtschaft“ des Mediensystems entgegen, die leicht totalitäre Züge annehmen kann und die man sich gerade für eine demokratische Gesellschaftsordnung nicht wünschen dürfte. Nicht ohne Grund waren und sind es totalitäre und autoritäre politische Systeme, die über eigene Ministerien oder staatliche Instanzen zur Lenkung und Kontrolle der gesellschaftlichen Kommunikation verfügen.

Medienpolitik ist primär eine Sache der Innenpolitik. Aber sie ist dies schon längst nicht mehr ausschließlich. Denn gerade im Rundfunkwesen war man schon früh zu internationalen Regelungen gezwungen. Seit den ersten Weltfunkkonferenzen im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts mußte die Nutzung der für den Funkverkehr verfügbaren und hinzukommenden, insbesondere der grenzüberschreitenden Wellen in internationaler Absprache zugeteilt werden. Damit wurde medienpolitisches Handeln auch zu einem Teil der Außenpolitik. Aber auch dieser Teil hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen: durch den intensiver gewordenen internationalen Nachrichten- und Programmaustausch sowie jüngst vor allem durch die Entwicklung der Satellitentechnik. Dabei hat sich die Planung sehr stark auf die Ebene internationaler Organisationen verlagert: die

Internationale Telegraphen-Union (ITU), die UNESCO, auch in den Weltraumausschuß der Vereinten Nationen<sup>38</sup>). Auf diese Weise ist die nationale Medienpolitik von internationalen Vereinbarungen abhängig geworden, in denen sehr unterschiedliche politische Systeme ihre Vorstellungen von der gesellschaftlichen Rolle der Massenmedien durchzusetzen suchen. Gleichzeitig hat das Völkerrecht an medienpolitischen Dimensionen gewonnen.

Bisher könnte es so scheinen, als ob Medienpolitik sich nur in Form staatlichen Handelns vollziehe, durch letztlich zu organisatorischen Konsequenzen führende Gesetze, durch Verordnungen, Satzungen usw. Fraglos sind verfassungsgemäß die Exekutive, die Legislative und die Jurisdiktion, besonders das Bundesverfassungsgericht, hierzulande die primären Träger medienpolitischer oder medienpolitisch relevanter Entscheidungen. Aber von Bedeutung ist auch der Beitrag der gesellschaftlichen Organisationen und Gruppen zur Medienpolitik: Sei es, daß sie sich an der allgemeinen medienpolitischen Diskussion beteiligen, die in einem pluralistischen System Voraussetzung der Konsensbildung und der verbindlichen Entscheidungsfindung ist. Sei es, daß diese Organisationen in ihrem eigenen Einflußbereich und mit eigenen Mitteln Medienpolitik betreiben. In diesem Sinne an Medienpolitik beteiligt sind in der Bundesrepublik die Parteien, die Kirchen, die Gewerkschaften, die Berufsverbände der Verleger und Journalisten, auch die Wissenschaft (etwa durch Gutachten, Beratung von und Beteiligung an medienpolitischen Kommissionen), schließlich die kommunikationstechnische Industrie und die Massenmedien bzw. die Journalisten selbst.

<sup>38</sup>) Vgl. u. a. Medienpolitik im Spannungsfeld der Außenpolitik. Zu medienpolitischen Aktivitäten der UNESCO, in: Funk-Korrespondenz Nr. 36 v. 1. 9. 1976, S. 1ff.; D.-M. Polter, Weltraumrecht und Informationsfreiheit, in: F. Burkei/D.-M. Polter (Hrsg.), Rechtsfragen im Spektrum des Öffentlichen. Mainzer Festschrift für Hubert Armbruster, Berlin 1976, S. 31—57; B. Signitzer, Regulation of Direct Broadcasting Satellites, New York — Washington — London 1976; H. Engelhard, Satelliten-

fernsehen — neue Technologie für einen besseren internationalen Informationsfluß?, Frankfurt/M. 1978; B. Weyl, Freiheit der Information? Zur Medienpolitik der UNESCO, in: Publizistik, 26 (1981), S. 5—15; B. C. Witte, Medienpolitik für freien Informationsfluß, in: Außenpolitik, 33 (1982), S. 159—168; R. Richter, Erfundene Wahrheit. Die Informationspolitik der Dritten Welt, München u. Berlin 1981; P. Roth, Cuius Regio — Eius Informatio. Moskaus Modell für die Weltinformationsordnung, Graz 1984.

## VII. Medienpolitik als Gegenstand wissenschaftlicher Analyse

Medienpolitik ist ein Feld der praktischen Politik und ein Feld der wissenschaftlichen Analyse. Beide Felder sind, wie eben schon angedeutet, nicht streng getrennt. Denn Medienpolitik wissenschaftlich zu untersuchen, heißt unter Umständen selbst einen Beitrag zur praktischen Medienpolitik zu leisten. Die wissenschaftliche Analyse der Medienpolitik ist die Aufgabe verschiedener Disziplinen, vornehmlich jedoch der Publizistikwissenschaft. In welcher Weise man sich in wissenschaftlicher Analyse mit Medienpolitik befassen kann, das soll im folgenden noch in sechs Punkten skizziert werden.

### 1. Begriffsbildung, Systematisierung, Theorie der Medienpolitik

Zunächst ist, wie hier z. T. schon geschehen, der Gegenstand der Medienpolitik zu bestimmen und ihr Gegenstandsbereich zu systematisieren. Die dabei gebräuchlichen Politik-Begriffe wären zu explizieren und theoretisch zu durchleuchten. Denn wie man Medienpolitik analysiert, das hängt von dem Begriff (und der Theorie) ab, den (die) man von Medienpolitik hat.

Wenn Otto B. Roegele z. B. Kommunikations- und Medienpolitik definiert „als ein Handeln, das auf die *Durchsetzung* [Hervorh. J. W.] von Werten und Zielen im Bereich der öffentlichen Kommunikation gerichtet ist“<sup>39)</sup>, so schließt er damit unverkennbar an den sogenannten „realistischen“ Begriff der Politik an, wie Max Weber ihn formuliert hat. Nach dessen bekannter Formulierung heißt Politik das „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Machtgruppen, die er umschließt“<sup>40)</sup>. Und Macht wiederum wird bestimmt als die Chance, „innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben *durchzusetzen* [Hervorh. J. W.], gleichviel worauf diese Chance beruht“<sup>41)</sup>. Unter einer solchen Perspektive er-

scheint Medienpolitik primär als Machtpolitik, und das Interesse der wissenschaftlichen Analyse wird sich vor allem auf die Träger der Macht, auf ihre Legitimation sowie auf die Ziele richten, die sie durchzusetzen suchen.

Andere Begriffe von Medienpolitik liegen vor oder sind denkbar<sup>42)</sup>. So wird unter systemtheoretischem Blickwinkel besonders auf die Regelungsfunktion der Medienpolitik für die Massenkommunikation als Subsystem der Gesellschaft abgehoben. Für die Analyse stehen dann weniger Machtintentionen und Zielvorstellungen der Machthaber als die Regelungsbedürfnisse und die funktionelle Stabilität des Mediensystems im Vordergrund des Interesses.

### 2. Geschichte der Medienpolitik

Die Medienpolitik ist historisch in ihrer Entwicklung zu analysieren. Dies ist in mehrfachem Sinne lehrreich. Zunächst läßt sich dabei der enge Zusammenhang zwischen dem jeweiligen politischen System und der Medienpolitik exemplifizieren: von der absolutistischen Herrschaft des 17. und 18. Jahrhunderts über das konstitutionelle System des 19. Jahrhunderts, das totalitäre System des Nationalsozialismus zum liberal-demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland nach 1945. Die Geschichte liefert zudem ein ganzes Arsenal medien- und kommunikationspolitisch relevanter Regelungen und Bestimmungen. Deren Kenntnis kann dazu beitragen, die Sensibilität für Möglichkeiten und Konsequenzen ordnungspolitischen Handelns im Bereich der gesellschaftlichen Kommunikation zu schärfen. Ferner läßt sich retrospektiv auch erkennen, welche historische Dimension manche medienpolitischen Streitpunkte bereits besitzen und aus welchem Wurzelgrund sie entstanden sind<sup>43)</sup>.

Neben dem Wandel zeigt die historische Betrachtung auch gewisse Konstanten. Zu die-

<sup>39)</sup> So in: E. Noelle-Neumann/W. Schulz (Hrsg.), Publizistik. Das Fischer-Lexikon Bd. 9, Frankfurt/M. 1971, S. 76.

<sup>40)</sup> M. Weber, Politik als Beruf, in: J. Winkelmann (Hrsg.), Gesammelte politische Schriften, Tübingen 1958<sup>2</sup>, S. 493—548, hier S. 494.

<sup>41)</sup> M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1965, S. 28; vgl. dazu M. Hättich, Der Begriff des Politischen bei Max Weber, in: Politische Vierteljahresschrift, 3 (1967), S. 40—50.

<sup>42)</sup> Vgl. z. B. M. Rühl, Politik und öffentliche Kommunikation. Auf dem Wege zu einer Theorie der Kommunikationspolitik, in: Publizistik, 18 (1973), S. 5—25; U. Saxer, Systematische Kommunikationspolitik, in: M. Rühl/H.-W. Stuber (Hrsg.), Kommunikationspolitik in Forschung und Anwendung: Festschrift für Franz Ronneberger, Düsseldorf 1983, S. 33—46.

<sup>43)</sup> Vgl. O. B. Roegele unter Mitwirkung von P. Glotz (Hrsg.), Presse-Reform und Fernsehstreit. Texte zur Kommunikationspolitik 1832 bis heute, Gütersloh 1965.

sen Konstanten gehört etwa, daß das Aufkommen neuer Massenmedien zunächst immer mit kulturkritischer Ablehnung begleitet wurde. Das gilt für die Zeitung, über deren Nutzen und Schaden schon im 17. Jahrhundert eine breite Diskussion einsetzte. Es gilt für Film und Kino zu Beginn des 20. Jahrhunderts, denen eine verderbliche Wirkung unterstellt wurde. Für den Rundfunk der zwanziger Jahre gilt es noch am wenigsten, weil er von Beginn an in abgeschirmter staatlicher Zuständigkeit und Kontrolle organisiert wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dann das Fernsehen bevorzugtes Objekt der Kulturkritik. In den letzten Jahren schließlich ist den „neuen Medien“ mit z. T. geradezu apokalyptischen Befürchtungen begegnet worden.

So sehr in dieser Tradition alte Argumente immer wiedergekehrt sind, so ist eines heute jedoch neu: Während früher eine öffentliche Diskussion der Etablierung der verschiedenen Massenmedien *folgte*, ist sie der Einführung der „neuen Medien“ *vorausgegangen*. Dies hat die Konstellation für die medienpolitische Entscheidungsfindung verändert, ja es hat diese Entscheidungsfindung erschwert. Der naheliegendste Beleg dafür sind die Kabelfernseh-Pilotprojekte, deren erste 1984 ihre Sendungen aufgenommen haben, acht Jahre nachdem sie von der Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK) vorgeschlagen worden waren<sup>44</sup>).

### 3. Voraussetzungen der Medienpolitik

In wissenschaftlicher Analyse können die *Voraussetzungen* für medienpolitische Entscheidungen untersucht werden. Diese sollen damit empirisch fundiert, abgesichert und nach Möglichkeit rationalisiert werden. Einem solchen Zweck dient etwa schon die laufende Sammlung systematischer medienstatistischer Daten, die für Presse und Filmwesen in der Bundesrepublik inzwischen amtlich institutionalisiert ist<sup>45</sup>). Es gehören dazu aber auch eigens angestellte Befragungen oder Inhaltsanalysen. So ließen z. B. Journalistenbefragungen zu Beginn der siebziger Jahre erkennen, daß die damals heiß geführte Debatte

<sup>44</sup>) Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK), Telekommunikationsbericht, Bonn 1976.

<sup>45</sup>) Die jährlichen Erhebungen werden vom Statistischen Bundesamt durchgeführt und in der Fachserie 11: Bildung und Kultur (W. Kohlhammer Verlag, Mainz) veröffentlicht.

um die „innere Pressefreiheit“ — d. h. um die Kompetenzabgrenzung von Verleger und Redakteuren — oft auf irrigen Annahmen der Verhältnisse in den Zeitungsredaktionen und deren Verallgemeinerung beruhte<sup>46</sup>). Inhaltsanalysen erbrachten im wesentlichen kaum zwingende Beweise für die Annahme, die Pressekonzentration und die Bildung lokaler Pressemonopole hätten generell für den Leser negative Folgen<sup>47</sup>).

Solche empirischen Untersuchungen haben aber nicht nur dazu gedient, einen behaupteten medienpolitischen Entscheidungsbedarf zu prüfen, zu rationalisieren (und zu relativieren) und insofern vermutlich vorschnelle Verregelungen in der Massenkommunikation verhindert. Vielmehr haben empirische Studien in anderen Fällen Syndrome im Mediensystem erst erkennbar gemacht und damit einen medienpolitischen Entscheidungsbedarf, wenn nicht geschaffen, so doch zumindest verstärkt. Hierzu kann man Untersuchungen zur „Ausgewogenheit“ im Fernsehen rechnen. Belege, daß die den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auferlegte Pflicht zum „Binnenpluralismus“ im Programm z. T. nur unzureichend erfüllt wird und daß die Journalisten nur ein politisch eingeschränktes Meinungsspektrum repräsentieren, mußten medienpolitisch jedenfalls den Ruf nach mehr „Außenpluralismus“ stützen.<sup>48</sup>)

### 4. Ziele der Medienpolitik

Der zitierten Definition von Roegele zufolge geht es in der Medienpolitik um die Durchsetzung von *Werten* und *Zielen* im Bereich der öffentlichen Kommunikation. Sie hat damit — wie alle Politik — einen normativen Charakter. Unter Zielen wiederum sind — nach Jürgen Hauschildt — zu verstehen „normative Aussagen eines Entscheidungsträgers, die einen gewünschten, von ihm oder anderen anzustrebenden Zustand der Realität be-

<sup>46</sup>) Vgl. E. Noelle-Neumann, Umfragen zur Inneren Pressefreiheit, Düsseldorf 1977.

<sup>47</sup>) Vgl. die zusammenfassende Darstellung bei H. M. Kepplinger, Massenkommunikation (Anm. 20), S. 63 ff.

<sup>48</sup>) E. Noelle-Neumann, Das Reizwort ‚Ausgewogenheit‘, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Mai 1981, S. 7; W. Donsbach, Legitimationsprobleme des Journalismus. Gesellschaftliche Rolle der Massenmedien und berufliche Einstellung von Journalisten, Freiburg — München 1982; H. M. Kepplinger, Massenkommunikation (Anm. 20), S. 104 ff.

schreiben<sup>49)</sup>. In diesen Zielen schlagen sich also die Wertsetzungen des jeweiligen Entscheidungsträgers nieder, seine weltanschauliche, ideologische oder politische Grundorientierung. Die medienpolitischen Zielvorstellungen und Zielprogramme der politischen Entscheidungsträger sind wissenschaftlich zu analysieren und auf die ihnen zugrundeliegenden Leitideen zu befragen<sup>50)</sup>.

Die Zielbestimmung der Medienpolitik steht in der Bundesrepublik unter der Maßgabe der Garantie von Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit in Artikel 5 Grundgesetz. Über diese obersten Ziele herrscht auch so gut wie Übereinstimmung. Unterschiedliche Positionen treten jedoch schnell bei sekundären medienpolitischen Zielen, bei Zielkonflikten oder bei der Frage der Realisierung der obersten Ziele und ihrer ökonomischen, sozialen oder psychischen Kosten auf. Die dabei auftretenden Argumente bedürfen nüchterner Analyse. Insbesondere ist die Vereinbarkeit bestimmter Zielformulierungen und medienpolitischer Argumentationsmuster mit den Verfassungsnormen und den sich darin niederschlagenden Zielen des politischen Systems zu prüfen. Dies soll hier zumindest kurz beispielhaft verdeutlicht werden.

Seit den sechziger Jahren hat Hans Bausch, der Intendant des Süddeutschen Rundfunks, wiederholt von der „publizistischen Gewaltenteilung“ zwischen privatwirtschaftlicher Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk gesprochen (übrigens manchmal mit und manchmal ohne Anführungszeichen<sup>51)</sup>). Diese Formel usurpierte gewissermaßen für die Massenkommunikation die traditionsreiche, für die demokratische Verfassungstheorie

konstitutive Vorstellung der Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Jurisdiktion. Sie führt offenbar einen Gedanken des Presserechtlers Martin Löffler fort, der der Presse die Rolle einer „vierten Gewalt“ zugesprochen hat<sup>52)</sup>. Doch so wenig die Presse im strengen Sinne verfassungsrechtlich als „vierte Gewalt“ gelten kann, so fragwürdig ist die Formel von der „publizistischen Gewaltenteilung“, weil sie einem zwar legitimen, aber doch nicht einzig möglichen „status quo“ sozusagen Verfassungsrang zu verleihen und ihn damit dauerhaft zu sanktionieren sucht.

Zu den zentralen medienpolitischen Zielkonflikten der letzten Jahre gehört der Widerstreit zwischen publizistischer Vielfalt und der Integrationsfunktion der Massenmedien<sup>53)</sup>. Gegen die Zulassung weiterer, insbesondere privatwirtschaftlich betriebener Fernsehkanäle ist von vielen die Befürchtung vorgetragen worden, dies führe zu gesellschaftlicher Desintegration und fördere „die Aufspaltung unserer Gesellschaft in weltanschauliche Segmente und ziemlich abgeschlossene Teilkulturen“<sup>54)</sup>. Dabei wird gewissermaßen unterstellt, der öffentlich-rechtliche Rundfunk bewirke gesellschaftliche Integration, weil er nach dem binnenpluralistischen „Integrationsmodell“ organisiert ist, d. h. die gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam die Kontrolle ausüben. Schon diese Unterstellung ist eine problematische Annahme<sup>55)</sup>. Vor allem aber ist in Zweifel zu ziehen, ob die explizit in der Verfassung nicht vorgegebene „Integrationsfunktion“ dazu dienen kann und es rechtfertigt, den von der Verfassung und vom politischen System intendierten Wert der

<sup>49)</sup> J. Hauschildt, Zielsysteme, in: Handwörterbuch der Organisation, Stuttgart 1980, Sp. 2419.

<sup>50)</sup> Als empirisch-systematischer, wenn auch vordergründig bleibender Versuch vgl. E. Witte, Ziele deutscher Medienpolitik, München — Wien 1982.

<sup>51)</sup> Vgl. H. Bausch, Die Rolle von Hörfunk und Fernsehen in der Demokratie, in: M. Löffler (Hrsg.), Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie, München-Berlin 1966, S. 32—42, hier S. 41; ders., Die Gewaltenteilung in der Publizistik, in: R. Schwebler/M. Föhrenbach (Hrsg.), Jahre der Wende. Festgabe für Alex Möller zum 65. Geburtstag, Karlsruhe 1968, S. 277—283; ders., Rundfunkfreiheit für Jedermann?, in: Media Perspektiven, (1978) 5, S. 325—338; ders., Rundfunkpolitik nach 1945. Zweiter Teil: 1963—1980, München 1980, S. 881 ff; übernommen wurde der Terminus u. a. von F. Eberhard, Publizistische Gewaltenteilung, in: Die Neue Gesellschaft, 15 (1968), S. 396—406. Andere sprachen, in weniger verfassungsrechtlicher Terminologie, von „publizistischem Gleichgewicht“ (P. Glotz) oder „publizistischer Aufgabenteilung“ (W. Haus).

<sup>52)</sup> Vgl. M. Löffler, Der Verfassungsauftrag der Presse, Karlsruhe 1963.

<sup>53)</sup> Vgl. dazu jetzt E. Noelle-Neumann, Medienpolitisches Hearing. Publizistische Vielfalt und Integrationsfunktion als konkurrierende Ziele, in: Kommunikationspolitik in Forschung und Anwendung. Festschrift für Franz Ronneberger (Anm. 42), S. 201—213.

<sup>54)</sup> A. Müller, Wie kommunikativ ist die Mediengesellschaft?, in: L. Franke (Hrsg.), Die Mediengestaltung, Frankfurt/M. 1983, S. 57—66, hier S. 61; als weitere Belege vgl. u. a. B.-P. Lange, Kommerzrundfunk versus Integrationsrundfunk, in: Media Perspektiven, (1980) 3, S. 133—144; D. Schwarzkopf, Ist das Fernsehen an der Desintegration der Gesellschaft mitschuldig? Programmpolitische und ethische Probleme, in: Media Perspektiven, (1982) 1, S. 1—9.

<sup>55)</sup> Vgl. Anm. 48; ferner E. Noelle-Neumann, Die Entfremdung, in: H. M. Kepplinger (Hrsg.), Angepaßte Außenseiter. Was Journalisten denken und wie sie arbeiten, Freiburg — München 1979, S. 260 bis 280.

konkurrierenden Willensbildung und der publizistischen Vielfalt an einem bestimmten Punkt zu beschränken oder außer Kraft zu setzen. Was der Integration dienen soll, sind die auch in Artikel 5 Grundgesetz festgelegten Grenzen der Pressefreiheit. Diese sind aber von allen Medien einzuhalten.

Ein anderer, geradezu klassischer Fall von Zielkonflikt verbirgt sich in der Forderung nach einem „free and balanced flow of information“, einem „freien und ausgeglichenen Informationsfluß“, die in der internationalen Diskussion um die von den Entwicklungsländern geforderte „neue Weltinformationsordnung“ aufkam. Denn diese Forderung enthält praktisch eine Antinomie: Oder wie soll ein Nachrichtenfluß zugleich „frei“ und „ausgeglichen“ sein? Ein Widerspruch besteht auch zwischen dem Prinzip der Informationsfreiheit, wie es in der Verfassung der Bundesrepublik als Grundrecht garantiert ist, und dem Prinzip des „prior consent“, wie es von der Sowjetunion vertreten wird. Danach soll die Verbreitung grenzüberschreitender Rundfunkprogramme an die vorherige Zustimmung der davon betroffenen Länder gebunden sein<sup>56)</sup>.

Überhaupt besitzen solche medienpolitischen Zielformulierungen z. T. nur rhetorischen Charakter und dienen der ideologischen Verbrämung machtpolitischer Interessen. Insofern bietet die medienpolitische Diskussion der letzten Jahre auch ein Feld für rhetorische Analysen (was dem einen z. B. als „Vielfalt“ erscheint, ist für den anderen schon „Reizüberflutung“; und was der eine als Kommerzialisierung der Kommunikation zur

---

<sup>56)</sup> Vgl. die unter Anm. 38 genannte Literatur und ferner: G. Wettig, Der Kampf um die freie Nachricht, Zürich 1977; D. M. Polter, Rundfunksatelliten für einen freieren Informationsfluß, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 7 (1977) 1, S. 5—28; A. Bückling, Grenzüberschreitendes Direktfernsehen durch Satelliten — rechtlich gesehen, in: Neue Juristische Wochenschrift, 34 (1977), S. 1113—1119; J. Becker (Hrsg.), Free Flow of Information. Informationen zur Neuen Internationalen Informationsordnung, Frankfurt/M. 1979; D. Bielenstein (Hrsg.), Toward a New World Information Order: Consequences for Development Policy, Bonn o. J.; Das Problem des grenzüberschreitenden Informationsflusses und des „domaine réservé“. Referate und Thesen von J. A. Frowein/B. Simma, Heidelberg — Karlsruhe 1979; S. Magiera, Eine „Neue internationale Informationsordnung“. Anfang oder Ende grenzüberschreitender Informationsfreiheit?, in: Europa-Archiv, 19 (1981), S. 579—586; vgl. auch das Sonderheft 1981 „Auf dem Weg zu einer Neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung“ der Zeitschrift „Medien“.

„Ware“ ablehnt, befürwortet ein anderer als Regelung durch Nachfrage).

## 5. Mittel der Medienpolitik

Politisches Handeln besteht aus Zielen und Mitteln. Daher hat sich die wissenschaftliche Analyse außer auf die Ziele auch auf die *Mittel* der Medienpolitik zu erstrecken<sup>57)</sup>. Generell wird man zwischen unmittelbar und mittelbar medienpolitisch relevanten Mitteln unterscheiden können. Unmittelbare Instrumente der Medienpolitik sind vor allem gesetzgeberische und verwaltungsmäßige, z. B. ökonomische Maßnahmen. Dabei erscheint Ver-Rechtlichung für sich genommen in einem freiheitlichen Mediensystem kein durchweg adäquates Mittel medienpolitischen Handelns. Kriterien für die Analyse sind die Vereinbarkeit von Zielen und Mitteln, die Angemessenheit und Realisierbarkeit der Mittel medienpolitischen Handelns. Dazu bedarf es vor allem der Einsicht in die Eigengesetzlichkeit der Massenkommunikation und der Massenmedien als dynamischer Systeme. So sprachen gegen die Vorschläge, welche die Günther-Kommission Ende der sechziger Jahre zur Eindämmung der Pressekonzentration machte, nicht nur rechtliche, sondern auch praktische Gründe. Als Beispiel für eine mittelbar medienpolitische Maßnahme sei hier auf die im letzten Jahrzehnt verstärkte Bemühung um eine akademische Journalistenausbildung verwiesen.

## 6. Folgen der Medienpolitik

Schließlich können die *voraussehbaren* und *tatsächlichen Folgen* medienpolitischen Handelns Gegenstand wissenschaftlicher Analyse sein. So weit es um voraussehbare Folgen medienpolitischer Entscheidungen geht, handelt es sich um *Prognostik*. Solche Prognosen werfen sowohl theoretisch wie empirisch jedoch ganz erhebliche Validitätsprobleme auf<sup>58)</sup>. Manche der in den letzten Jahren entworfenen „Szenarios“ der Massenkommunikation

---

<sup>57)</sup> Vgl. U. Saxer, Medienpolitik zwischen Selbständigkeit und Überfremdung (Anm. 12), S. 86 ff.; F. Ronneberger, Kommunikationspolitik I (Anm. 37).

<sup>58)</sup> Vgl. dazu generell K. Müller-Neuhof, Kommunikationspolitik und Kommunikationsprognose. Ein Beitrag zur soziologisch ausgerichteten Theorie der Kommunikationspolitik, Diss. Köln 1974; J. Tonnemacher, Prognosen für Massenmedien als Grundlage der Kommunikationspolitik in der BRD, Diss. FU Berlin 1975.

für die neunziger Jahre oder für das Jahr 2000 sind denn auch mit einiger futurologischen Spekulation untermischt<sup>59)</sup>. Bestimmte Ansätze bauen stärker auf empirische Determinanten<sup>60)</sup> oder suchen Expertenwissen auszuschöpfen<sup>61)</sup>. Die Unsicherheitsfaktoren solcher Prognosen lassen sich aber nirgendwo ganz ausschließen.

In der medienpolitischen Diskussion der letzten Jahre interessierte vor allem die Frage, ob eine Vermehrung der Fernsehprogramme auch zu mehr Fernsehnutzung führe. Diese Frage läßt sich naturgemäß mit einer vorausgehenden direkten Befragung der Betroffenen nicht hinreichend sicher beantworten. Gewisse Hinweise können aber vielleicht Ergebnisse aus anderen Ländern geben, in denen die Verkabelung bereits weiter fortgeschritten ist, wie z. B. in Belgien oder in der Schweiz. Diese Ergebnisse deuten (zumindest bei Erwachsenen) nicht auf eine erhebliche Vermehrung des Fernsehkonsums, wenn auch auf eine Schwächung der Bindung an die „angestammten“ Fernsehstationen und -programme<sup>62)</sup>. Ähnliche Ergebnisse brachte auch eine Sonderauswertung von Teleskopie für grenznahe Gebiete in Deutschland, die bereits über eine größere Zugänglichkeit von anderen Fernsehprogrammen verfügen<sup>63)</sup>. Sicher wird man solche Ergebnisse nicht einfach übertragen oder verallgemeinern. Aber man kann an ihnen auch nicht einfach vorbeigehen, wenn man sonst keine Entscheidungsgrundlagen hat.

<sup>59)</sup> Vgl. H. Rust, Technologie und Kommunikation im Jahre 2000: Elemente eines Szenarios für die Bundesrepublik, in: *Communications*, 8 (1982), 1/2, S. 3—54; U. Saxer/M. Steinmann, Massenkommunikation in der Schweiz: Szenario 2000, in: ebd. S. 71—86.

<sup>60)</sup> Vgl. P. Itin/K. Schrape, Entwicklungsbedingungen der neuen Medien bis 1990, in: *Media Perspektiven*, (1981) 1, S. 1—15; K. Schrape, Ökonomische Perspektiven in der Medienentwicklung, in: *Media Perspektiven*, (1983) 8, S. 533—545.

<sup>61)</sup> In diesem Zusammenhang wurde insbesondere die sogenannte „Delphi-Methode“ verwendet; vgl. H. Linstone/M. Turoff, *The Delphi Method*, Reading (Mass.) 1975; U. Saxer/M. Steinmann/W. Hätenschwiler, *Materialien zur Zukunft der Massenkommunikation in der Schweiz*, Bern — Stuttgart 1978.

<sup>62)</sup> Vgl. C. Geerts, Die Kabelverbreitung in Belgien, in: *Media Perspektiven*, (1979) 6, S. 353—361; C. Krings, *Kabelfernsehen in Belgien*, Magisterarbeit, Mainz 1983. Für die Schweiz mündliche Auskünfte von M. Steinmann.

<sup>63)</sup> Vgl. als Überblick F. Ronneberger, *Neue Medien. Vorteile und Risiken für die Struktur der demokratischen Gesellschaft und den Zusammenhang sozialer Gruppen. Eine Literaturstudie*, Konstanz 1982.

Das gegenwärtig naheliegendste Vorhaben, die *tatsächlichen* Folgen medienpolitischer Entscheidungen zu untersuchen, bildet die Begleitforschung zu den Kabelfernseh-Pilotprojekten<sup>64)</sup>. Am 1. Januar 1984 hat als erstes das rheinland-pfälzische Pilotprojekt seine Sendungen in Ludwigshafen aufgenommen, das in München folgte zum 1. April. Dabei brachte das rheinland-pfälzische Projekt mit der erstmaligen Beteiligung privater Programmanbieter die zunächst größte Neuerung.

Die Beteiligung der Forschung an solchen Pilotprojekten ist zunächst vor allem ein Bestandteil ihrer politischen Legitimation. Die Durchsetzbarkeit medienpolitischer Entscheidungen wächst offenbar, wenn man gleichzeitig die Erforschung ihrer Folgen wissenschaftlichen Begleitkommissionen überträgt. Dieser Legitimationszwang kann jedoch durchaus als Chance der wissenschaftlichen Forschung begriffen werden. Denn die Ausgangslage ist hier für die kommunikationswissenschaftliche Analyse völlig neu. Verging nach der Etablierung von Zeitung, Film, Rundfunk und Fernsehen jeweils mehr oder weniger Zeit, bevor diese Medien zum Gegenstand wissenschaftlicher, insbesondere empirischer Analyse wurden, so soll die Forschung jetzt die Einführung von sogenannten „neuen Medien“ unmittelbar begleiten und möglicherweise als Korrektiv dienen.

Immer wieder beklagte Defizite der Medienwirkungsforschung resultieren nämlich daher, daß diese bei den „alten“ Medien zu spät einsetzte und daher praktisch keine, sondern nur spärliche Vorher-Messungen oder sogenannte Null-Messungen vorliegen. So kann

<sup>64)</sup> Vgl. M. Schmidbauer/P. Löhr, *Die Kabelpilotprojekte in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch, München — New York — London — Paris 1983; ferner mehrere Beiträge in dem der Begleitforschung gewidmeten Heft der Zeitschrift *Media Perspektiven* (1983) 12. Auch die Bildschirmtext- und Videotext-Feldversuche unterlagen bereits der Begleitforschung. Vgl. U. Czaia/A. Herrmann, *Erste Ergebnisse der Bildschirmtext-Begleitforschung zum Feldversuch Düsseldorf/Neuss*, in: *Media Perspektiven*, (1982) 8, S. 523—530; F. von Stachelsky, *Bestimmungsfaktoren für die Bildschirmtext-Nutzung in Privathaushalten*, in: *Media Perspektiven*, (1982) 9, S. 567—576; J. Tonnemacher, *Bildschirmtext — Auswirkungen eher begrenzt?*, in: *Media Perspektiven*, (1983) 8, S. 556—563; A. Kulpok, *Vier Jahre Videotext-Feldversuch ARD/ZDF. Eine Bilanz*, in: *Media Perspektiven*, (1984) 3, S. 202—210; H. Bessler, *Videotext-Nutzung im Feldversuch ARD/ZDF*, in: *Media Perspektiven*, (1983) 1, S. 39 bis 47.

beispielsweise die schon vor Jahrzehnten von Paul Lazarsfeld und Robert Merton aufgeworfene Frage, welche Wirkung allein die Existenz eines Mediums hat, rückwirkend nur noch unzulänglich beantwortet werden. Dies ist bei den Kabelfernseh-Pilotprojekten erstmals anders. Was sie der wissenschaftlichen Analyse bieten, ist eine experimentelle Feldsituation, in welcher das erweiterte Medienangebot den experimentellen Faktor darstellt. Dies ermöglicht eine ganz andere Beweisführung bei der Ermittlung der Folgen medienpolitischen Handelns.

Die sechs Bereiche wissenschaftlicher Analyse der Medienpolitik, die zuvor skizziert wurden, sind hier nur analytisch getrennt, sollten in der Forschungsarbeit und in der Lehre aber zusammengeführt werden. Dabei hat sich die Publizistikwissenschaft ihrem Selbstverständnis nach in besonderer Weise

als eine „integrierende“ Wissenschaft zu erweisen und zugleich etwas zur Lösung politischer Gegenwartsfragen beizutragen. Allerdings treten dann jene Probleme auf, die immer wieder aus der wissenschaftlichen Analyse für die Beratung der Politik folgen<sup>65)</sup>. Denn daß die Wissenschaft sich dabei legitimieren muß, ist eine Selbstverständlichkeit, die aber praktisch schwerer einzulösen als theoretisch zu fordern ist. Jedenfalls münden somit die Legitimationsprobleme der praktischen Politik in die Legitimationsprobleme der wissenschaftlichen Analyse.

---

<sup>65)</sup> Vgl. zu diesem Problemkomplex generell K. Lompe, Wissenschaftliche Beratung der Politik. Ein Beitrag zur Theorie anwendender Sozialwissenschaften, Göttingen 1966; W. Bruder, Sozialwissenschaften und Politikberatung. Zur Nutzung sozialwissenschaftlicher Informationen in der Ministerialorganisation, Opladen 1980.



## Stichworte zur Medienpolitik

### I. Nicht die Technikentwicklung fordert eine neue Politik, sondern eine bestimmte Politik sucht sich ihre Technik

#### 1. Die Bundespost leistet die Infrastrukturvoraussetzung für privaten Rundfunk: Kabel und Satellit

Die neue Bundesregierung setzt auf privaten Rundfunk: „Die Meinungsvielfalt erhält durch die neuen Kommunikationstechniken neuen Antrieb. Deshalb begrüßt die Bundesregierung die Initiativen einzelner Bundesländer, neue Organisations- und Beteiligungsformen für Hörfunk und Fernsehen zu schaffen.“<sup>1)</sup>

Zwar verfolgte die CDU/CSU schon seit langer Zeit das Ziel, den privaten Rundfunk zu etablieren, jedoch scheiterte das Begehren bislang sowohl am Frequenzmangel als auch an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes 1961 und 1981. Die Lage hat sich heute insoweit verändert, als die notwendigen Techniken jetzt zur Verfügung stehen, so daß die politische Mehrheit ihre medienpolitischen Ziele nun verwirklichen kann.

Die Schlüsseltechniken für den privaten Rundfunk sind das Kupferkoaxialkabel und die Satelliten. Durch internationale Verträge hat bereits die sozialliberale Bundesregierung die Teilnahme der Bundesrepublik an der modernen Satellitentechnik gesichert. Insbesondere von der Fernmeldesatellitentechnik, die eine Kapazitätserweiterung des europäischen und überseeischen Fernsprechverkehrs sowie des schnellen Datenaustausches von Großrechnern von allen Ländern der Welt ermöglicht, versprach sich die Bundesregierung des Kanzlers Schmidt einen wirksamen Beitrag zur Industrieinnovation und damit zur Stabilisierung und Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft<sup>2)</sup>.

Der industriepolitische Kurs der Regierung Schmidt wurde von dem neuen Bundespost-

minister der Regierung Kohl, Christian Schwarz-Schilling, korrigiert. Entscheidend wurde jetzt, daß mittels der neuen Übertragungstechniken kurzfristig der bestehende Frequenzmangel für Rundfunkübertragungen aufgehoben werden soll. Da das Fernmeldewesen in der Zuständigkeit der Bundespost liegt, konnten rundfunkpolitische Einwendungen der SPD-regierten Bundesländer gegen die Politik der Vorleistungen für privaten Rundfunk von der Bundesregierung ignoriert werden. Rundfunkrechtlich ist die Zuständigkeit der Länder erst dann gegeben, wenn neue Programme empfangbar sind. Die Länderzuständigkeit für das Rundfunkwesen leitet sich aus ihrer Kulturhoheit ab. Sie entscheiden nach eigenem Recht, ob und unter welchen Bedingungen sie private Rundfunkveranstalter zulassen<sup>3)</sup>.

Die Rechtslage gibt allerdings keine Auskunft darüber, ob einzelne Bundesländer ihre Rundfunkfreiheit auch faktisch durchsetzen können<sup>4)</sup>.

#### 2. Kosten und Folgekosten der Verkabelungspolitik im Zwielicht

Fernmeldesatelliten senden ihre Signale mit geringer Leistung und müssen deshalb von großen Parabolantennen mit einem Durchmesser von drei bis sechs Metern, den soge-

Bundesrepublik Gründungsmitglied ist. 1978 schlossen sich 20 europäische Postverwaltungen mit den vier Hauptteilseignern (Großbritannien, Frankreich, Italien, Bundesrepublik Deutschland) zur Organisation „Eutelsat“ zusammen. Der erste Satellit von „Eutelsat“ ist der ECS I, der im August 1984 gestartet wurde. Der ECS I hat zwölf Übertragungskanäle. Auf einem Kanal können 3 000 Telefongespräche oder ein Fernsehprogramm übertragen werden; vgl. Klaus Morgenstern, Der programmierte Himmel, in: Frankfurter Rundschau vom 29. 12. 1984.

<sup>3)</sup> Vgl. Rolf Groß, Verfassungsrechtlich bedeutsame Schwerpunkte der Medienpolitik, in: Mediaperspektiven, (1984) 9, S. 681 ff.

<sup>4)</sup> Für die Verhinderung des Empfangs ausländischer direktabstrahlender Satellitenprogramme stehen den Ländern sowohl rechtlich als auch technisch keine effektiven Instrumente zur Verfügung; vgl. auch „Fernsehen ohne Grenzen“, Grünbuch der Kommission der EG, Brüssel 1984.

<sup>1)</sup> Helmut Kohl, Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 4. Mai 1983, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Reihe Berichte und Dokumentationen, S. 44; vgl. auch Bonner Almanach 1984/85, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Reihe Politik-Informationen, Bonn, S. 221 ff.

<sup>2)</sup> Gründung der International Telecommunication Satellite Organization (Intelsat) 1964, in der die

nannten Erdempfangsstationen, empfangen werden.

Über neue Richtstrecken bzw. über Glasfaserleitungen werden die Programme dann in die örtlichen Kabelanlagen eingespeist. Dieser Vorgang ist von rundfunkrechtlicher Relevanz. Der Fernmeldesatellit ist also auf die Verkabelung auf dem Boden angewiesen. Ohne verkabelte Wohngebiete ist der Fernmeldesatellit ein Sender ohne Empfänger — er hätte keinen praktischen Nutzen. Die Favorisierung der Bundesregierung für die Fernmeldesatellitentechnik ist deshalb gleichzeitig auch eine Entscheidung für die flächendeckende Verkabelung der Bundesrepublik. Die Fernmeldesatelliten verfügen über eine größere Kanalkapazität als die direkt abstrahlenden Rundfunksatelliten (DBS) und würden somit den derzeitigen Frequenzmangel am konsequentesten überwinden.

Das Koaxialkabel hat eine Kapazität für rund 25 Fernsehprogramme. Auf einen Fernsehkanal können über 20 Hörfunkprogramme in Stereoqualität empfangen werden.

Der volkswirtschaftliche Nachteil der Koaxialtechnik ist, daß sie technisch nicht ausgereift und gleichzeitig schon überholt ist. Damit ist auch der Koaxialtechnik bereits jenes Element eigen, das den Charakter moderner Massenprodukte oft bestimmt: sie zerstören sich selbst. „Die Mode ist die Maßnahme, die die Industrie verwendet, um ihre eigenen Produkte ersatzbedürftig zu machen.“<sup>5)</sup>

Denn technisch eignet sich das Kupferkabel derzeit nur zur Verteilung von Rundfunkprogrammen und Kabeltextdiensten. Textdienste können aber bereits heute über das Telefonnetz abgerufen werden. Ein interaktiver Dialog, der wie beim Bildschirmtext über das Telefonnetz zustande kommt, wird über die Rundfunkkabel nicht möglich werden.

Wollte man das Kupferkabel dialogfähig auslegen, dann müßte es als ein sternförmiges Doppeladernetz verlegt werden. Die Programme würden vermittelt und nicht verteilt. Selbst für engagierte Medienenthusiasten wären die Kosten eines sternförmig verlegten dialogfähigen Rundfunkkabels rechnerisch nicht mehr darstellbar.

Die Kosten der Verkabelung durch die Deutsche Bundespost sind gesellschaftliche Ko-

<sup>5)</sup> Günter Anders, Die Antiquiertheit des Menschen. Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, Bd. 2, München 1981<sup>2</sup>, S. 48.

sten. Sie werden aufgebracht von den Gebührenzahlern, insbesondere den Telefonkunden der Post. Seit 1982 nimmt die Post rund 1 Mrd. DM auf dem Kreditmarkt auf, um Wohngebiete in Großstädten und Landkreisen mit oder gegen den Willen der Kommunen zu verkabeln<sup>6)</sup>. Von einer gesellschaftlichen Bedarfsprüfung, ob die Verkabelung von deutschen Fernsehzuschauern überhaupt erwünscht ist, hat die Bundesregierung abgesehen. Über die Folgekosten des Kabelanschlusses herrscht Unklarheit in der Öffentlichkeit. Der Bundesrechnungshof qualifizierte im Juni 1984 in einem Sondergutachten die Verkabelungspolitik der Bundespost als ein geschäftliches Risikounternehmen. Eine flächendeckende Verkabelung hält der Bundesrechnungshof nicht für finanzierbar. Das angegebene Investitionsvolumen der Deutschen Bundespost für die Verkabelung von insgesamt 13,5 Mrd. DM ist nach Auffassung des Bundesrechnungshofes für eine flächendeckende Verkabelung der Bundesrepublik nicht ausreichend. „Nach Ergebnissen des Bundesrechnungshofes müßte hierfür ein Investitionsvolumen von etwa 21,3 Mrd. DM aufgebracht werden (ohne Investition für die Einspeisung zusätzlicher Programme — Satellit, Richtfunk —)“<sup>7)</sup>.

Die Reaktion des Bundespostministers auf das Sondergutachten des Bundesrechnungshofes kam einer Selbstdistanzierung gleich. „Er hatte bei der Veröffentlichung des Rechnungshofgutachtens bestritten, jemals die Vollverkabelung der Bundesrepublik angestrebt zu haben“<sup>8)</sup>.

Eine kostendeckende Verkabelung kommt aber nur in den städtischen Ballungsgebieten in Frage, die sich überwiegend in den sozialdemokratisch-regierten Bundesländern und Kommunen befinden. Mit dieser Äußerung sahen sich wiederum CDU- und CSU-regierte Bundesländer benachteiligt und warnten die Bundesregierung davor, die ländlich struktu-

<sup>6)</sup> Der Städtetag bestreitet der Bundespost das Recht, nach dem Telegrafengewerecht gegen den Willen und ohne Konzessionsabgabe an die Kommunen die Kupferverkabelung auf städtischem Eigentum vorzunehmen. Stellvertretend für den Deutschen Städtetag führt die Stadt Bergisch Gladbach gegen die Bundespost einen Musterprozeß durch. Die Klägerin ist vor einem Kölner Verwaltungsgericht im März 1983 in erster Instanz gegen die Post unterlegen; vgl. NWSGB, (1983) 22, Ziff. 556.

<sup>7)</sup> Bundesrechnungshof, Bericht zur Wirtschaftlichkeit öffentlicher Breitbandverteilnetze, Bonn (Juni) 1984, S. 94.

<sup>8)</sup> Vgl. Die Welt vom 7. Juli 1984.

rierten Räume bei der Verkabelung zu diskriminieren. Der Bundespostminister versuchte, die sozialdemokratischen Landesregierungen für das Desaster verantwortlich zu machen: Wenn Nordrhein-Westfalen und Hessen nicht bald einen Beschluß über die Einspeisung treffen würden, dann sei zu überlegen, ob die Investitionsmittel für die weitere Verkabelung nicht besser dorthin gegeben werden müßten, wo Rechtssicherheit bestehe, kündigte der Minister an<sup>9)</sup>. Der Angriff des Postministers zielt auf Grund der Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bei der Verkabelung jedoch ins Leere — er ist allenfalls als Mittel der psychologischen Einschüchterung zu begreifen. Denn die SPD-Landesregierungen werden in doppelter Weise von der Kritik des Bundespostministers nicht angesprochen. Über die Verkabelung entscheiden nach derzeitiger Rechtslage nicht die Länder, sondern allein die Bundespost. Würde die Post jedoch ihre Verkabelung in Nordrhein-Westfalen und Hessen einstellen, dann entzieht sie den privaten Veranstaltern gerade jene Marktregionen im Ruhrgebiet, in der Rheinschiene Nordrhein-Westfalen sowie im hessischen Rhein-Main-Gebiet, auf die die werbefinanzierten Rundfunkprogramme existenziell angewiesen sind. Damit verlieren kommerzielle Rundfunkbetreiber und Gerätehersteller sowie die Kabelindustrie die notwendige Planungssicherheit für ihre Investitionen. Das praktische Ergebnis dieser Politik ist Chaos. „Der Unionsabgeordnete Josef Linsmeier nannte Schwarz-Schillings Kabelei gar ein „Crash-Programm...“<sup>10)</sup>.

Aber auch für den neuen Kabelnutzer ist die Zukunft nicht kalkulierbar. Denn die neue Freiheit, in wenigen Jahren zwischen acht oder zwölf deutschsprachigen Fernsehprogrammen jeden Abend wählen zu können, wird zu einem Preis erkaufte, über den die meisten Bürger nicht informiert sind. Für jeden Kabelanschluß verlangt die Post eine Anschlußgebühr von 500 DM. Die Installationskosten im Haus werden zwischen 200 und 600 DM betragen. Ist ein Zusatzgerät für die hausinterne Verteilung von Programmen notwendig, müssen nochmals 250 DM pro Haushalt aufgebracht werden. Wichtiger aber werden auf Dauer die laufenden Nutzungsgebühren

sein. Neben den monatlichen Rundfunkgebühren in Höhe von derzeit 16,25 DM müssen die Kabelnutzer eine Grundgebühr von 6,00 DM aufbringen. Das ist der Preis für die bislang empfangenen Programme. Wenn ab 1987 die fünf III. Programme der ARD-Anstalten in die Kabelinseln eingespeist werden, müssen weitere 3,00 DM gezahlt werden. Der Bundesrechnungshof bezweifelt, ob mit dieser (3,00 DM) Kabelnutzungsgebühr eine Kostendeckung erreicht wird. Auf keinen Fall kann nach Auffassung des Bundesrechnungshofes mit diesem Betrag auch die Heranführung der Satellitenprogramme finanziert werden. Die neuen Kabelkunden werden sich also auf höhere Gebühren einstellen müssen, als ihnen heute vorgerechnet werden. Bis zu 20 UKW-Hörfunkprogramme können mit dem Kabel empfangen werden. Wer jedoch weiterhin auf Langwelle, Kurzwelle und Mittelwelle nicht verzichten möchte und seine Zimmerantenne für einen Qualitätsempfang nicht für ausreichend hält, bleibt weiterhin auf eine Dachantenne angewiesen — wenn man sie ihm noch läßt<sup>11)</sup>. Die Entscheidung des Bürgers für Kabelrundfunk ist auch ein Stück Freiheitsverlust, nämlich der Verlust, Fernseh- und Hörfunkprogramme frei und unkontrolliert aus der Luft jederzeit empfangen zu können. Denn der Empfang von Rundfunk über die eigene Dachantenne unterliegt keiner Kontrolle und ist auch in Zukunft kaum kontrollierbar.

Mit der Verkabelung entstehen aber auch praktische Probleme, die noch keine Lösung gefunden haben. Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen scheinen nicht bereit zu sein, Rechtsklarheit für die Bürger zu schaffen. Die Oppositionsparteien im Bundestag haben mit eigenen Gesetzesinitiativen die Bundesregierung bislang nicht in Verlegenheit gebracht. So müssen sich die Bürger ihr Recht in Einzelfallentscheidungen vor den Gerichten erstreiten. Die Verkabelungspolitik hat also einen gesellschaftlichen Doppelcharakter. Kosten und Folgen der Verkabelung werden kollektiv getragen — gewinnen können nur die privaten Interessengruppen. Aus der Sicht des Bürgers geht es dabei um folgende Fragen: Können Bürger, die nicht ver-

<sup>9)</sup> Vgl. Kölner Stadtanzeiger vom 28. 9. 1984.

<sup>10)</sup> Der Spiegel, (1984) 36, Kabelfernsehen: „Das Dekabel ist da“; vgl. auch: Barschel-Kritik an der Verkabelungspolitik der Post, in: dpa-Informationen, (1985) 7 (15. 1. 1985), S. 8.

<sup>11)</sup> Kabelpolitik zwangsweise, in: Frankfurter Rundschau vom 9. 2. 1984; Das Kabel-Komplott, in: Die Zeit vom 10. 2. 1984, S. 49; Kabelei um Antennen oder Kabel, in: Frankfurter Rundschau vom 10. 1. 1985; vgl. dpa-Informationen, (1985) 1 (2. 1. 1985), S. 7 f.; vgl. Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher e. V., Zu verbraucherrelevanten Aspekten der Verkabelung, Informationsschrift (Sept. 84).

kabelt werden wollen, weiterhin auf der eigenen Dachantenne bestehen, um die herkömmlichen Rundfunkprogramme zu empfangen? Trifft ein Bürger, wenn er sich für Kabelempfang entscheidet, eine Lebensentscheidung, oder ist der Kabelvertrag kündbar wie ein Zeitungsabonnement? Behält der Mieter ein Recht auf die eigene Dachantenne, selbst wenn die anderen Mitbewohner sich für Kabelrundfunk entschieden haben? Ist auf Dauer sichergestellt, daß die Verkabelung keine Wohnwertverbesserung im Sinne des Mietrechts darstellt und somit die Investitionskosten des Vermieters nicht auf die Miete abgewälzt werden können? Haben Mieter das Recht, Parabolantennen zum Empfang des direktabstrahlenden Rundfunksatelliten auf dem Dach aufzustellen, oder dürfen Gemeinden Ortssatzungen erlassen, die Dachantennen untersagen, um das „Ortsbild“ nicht zu beeinträchtigen? Anfragen im Bundestag haben bislang nicht zu den notwendigen Klarstellungen durch die Bundesregierung geführt<sup>12)</sup>.

### **3. Der Direktabstrahlende Rundfunksatellit: eine technisch-politische Alternative zur Flächenverkabelung**

Wie jedes andere europäische Land erhielt die Bundesrepublik Deutschland 1977 auf der Funkverwaltungskonferenz in Genf fünf Satellitenkanäle für Rundfunkzwecke zugeteilt. Der Deutsche Direktabstrahlende Rundfunksatellit (DBS — Direct Broadcasting Satellit) sendet mit 260 Watt je Kanal aus einer Position von 36 000 km über den Äquator, 19° West, in Clarks Orbit, seine Signale auf die Bundesrepublik. Die Programme können mit Hausparabolantennen (Durchmesser 60 — 90 cm) in der ganzen Bundesrepublik empfangen werden. Die Investitionskosten für eine Parabolantenne werden vergleichbar sein mit den Anschlußkosten an das Koaxialkabel. Der DBS hätte jedoch den Vorteil, daß die Bürger alleine nach dem persönlichen Bedarf entscheiden, ob sie mehr Programme empfangen wollen oder nicht. Die Aufwendungen für

<sup>12)</sup> Vgl. Sitzungsprotokoll des Deutschen Bundestages, 10. Wahlperiode, 52. Sitzung, Bonn, 8. 2. 1984, S. 3713 ff.; vgl. Protokoll der 78. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 29. 6. 1984, S. 5727 ff.; vgl. Aktuelle Probleme der Deutschen Bundespost, in: Bulletin Nr. 113, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 1025, Bonn (28. 10.) 1983; vgl. Große Anfrage zur Breitbandverkabelung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, in: Informationen, (Bonn 1983) 18/21.

eine flächendeckende Verkabelung würden entfallen. Aus diesem Grund hat sich die SPD in ihrem medienpolitischen Aktionsprogramm vom März 1984 für den DBS als Alternative zur Verkabelungspolitik der bürgerlichen Koalition ausgesprochen.

Obwohl die CDU-Ministerpräsidenten die Verkabelungspolitik des Bundespostministers nachdrücklich unterstützen, scheinen sie an einen Erfolg dieses Unternehmens nicht recht glauben zu können. Anders ist ihr hartnäckiges Verhandeln für Übertragungskanäle für private Anbieter auf dem deutschen DBS nicht zu begreifen, zumal auf dem Fernmeldesatelliten in Zukunft „Kanäle-satt“ (Peter Glotz) vorhanden sein werden<sup>13)</sup>.

### **4. Der Medienbeschluß des Essener Parteitages der Sozialdemokraten und was daraus wurde: Vier Ministerpräsidenten und vier Standpunkte**

Die Union hat in der Bundesrepublik die Rolle des politischen Promotors für kommerziellen Rundfunk übernommen. Sie möchte privaten Veranstaltern eine „faire Entwicklungschance“ geben. Die SPD dagegen fürchtet, daß die Teilkommerzialisierung der bundesdeutschen Rundfunklandschaft zu einer Verflachung des Programmangebotes führt. Nach ihrer Auffassung wird das Ergebnis nicht Vielfalt durch Vielzahl von Programmen, sondern mehr vom Gleichen sein. Überdies halten die Sozialdemokraten die Funktionsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit dem Auftreten von privatem Rundfunk für gefährdet. Unabhängig von den politischen Mehrheitsverhältnissen in der Bundesrepublik ist der Aktionsspielraum der Sozialdemokraten auch dadurch eingeschränkt, daß deutsche Rundfunkveranstalter sich auf ausländischen Satelliten einmieten und Fernsehprogramme für die ganze Bundesrepublik abstrahlen können. Für diesen Weg hat sich z. B. der Gütersloher Medienkonzern Bertelsmann entschieden.

<sup>13)</sup> Zwei TV-Kanäle auf dem Europäischen Kommunikationssatelliten ECSI für 3SAT (ZDF, ORF, SRG), der seit dem 1. Juni 1984 sendet, und für Sat I, der seit dem 1. Januar 1985 sein werbefinanziertes Programm ausstrahlt (APF, PKS, Springer, Burda, Bauer, Holtzbrinck, etc.); sechs TV-Kanäle ab 1986 auf dem „Intelsat“ (Internationaler Fernmeldesatellit); sieben TV-Kanäle auf dem deutschen Fernmeldesatelliten (DFS, Kopernikus). Alle drei Satelliten sind jedoch Fernmeldesatelliten und müssen in Kabelanlagen eingespeist werden. Zit. nach: „Bremsische Bürgerschaft“, Landtag, 11. Wahlperiode, Drs. 11/179 vom 4. 6. 1984, S. 3 f.

Bertelsmann ist mit 40% am deutschsprachigen Fernsehprogramm RTL-plus beteiligt. Ab 1986 wird RTL seine Programme, die in der Bundesrepublik empfangbar sein werden, von dem französischen Rundfunksatelliten TDF I abstrahlen.

Am 19. Mai 1984 versuchte sich die SPD auf ihrem Essener Parteitag medienpolitisch auf die „Wende“ einzustellen. Privater Rundfunk wird nun auch nach Auffassung der SPD möglich, wenn die verfassungsrechtlich gebotenen Anforderungen für Rundfunkprogramme von den neuen Veranstaltern eingehalten werden. Voraussetzung für die Zulassung von privatem Rundfunk ist nach sozialdemokratischer Beschlußlage allerdings eine tatsächliche Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Funktionssicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks impliziert seine gleichberechtigte Teilhabe an allen neuen Übertragungstechniken und den Erhalt des derzeitigen Finanzierungssystems aus Gebühren und Werbung. Einen neuen Weg in der Rundfunkgeschichte beschreitet die SPD mit ihrer Forderung, daß öffentlich-rechtliche Anstalten auch mit privaten Rundfunkveranstaltern kooperieren können, wenn dabei der Programmauftrag der Anstalten nicht gefährdet wird. Privater Rundfunk muß dem Vielfaltsgebot der Verfassung gerecht werden und seine Programme müssen von demokratisch legitimierten Gremien kontrolliert werden. Privater Rundfunk soll sich allein aus der Werbung finanzieren. Auch für private Veranstalter soll ein höherer Anteil von Eigenproduktionen gegenüber ausländischen Filmproduktionen vorgeschrieben werden<sup>14</sup>).

Für den lokalen Rundfunk schließt die SPD eine Beteiligung kommerzieller Veranstalter aus. Lokaler Rundfunk soll nur in gemeinnütziger Trägerschaft und nicht zu erwerbswirtschaftlichen Zwecken errichtet werden. „Die SPD ist nicht auf Anpassungskurs, sie schlägt einen ‚dritten‘ Weg ein“<sup>15</sup>).

Das medienpolitische Modell der Sozialdemokraten ist vergleichbar mit dem dualen Rundfunksystem Großbritanniens, wo es seit den sechziger Jahren ein Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk

gibt. Ob die SPD ihre eigenen Beschlüsse hinreichend ernst nimmt und, was noch relevanter ist, ob sie auch die Kraft hat, sie durchzusetzen, wird sich 1985 erweisen.

##### **5. Die Ministerpräsidentenkonferenz zur Neuordnung des Rundfunkwesens am 19. Oktober 1984 in Bremerhaven**

Der Auftrag der SPD an die von ihr gestellten Ministerpräsidenten war eindeutig. Die SPD hat auf ihrem Parteitag in Essen die Grenzen ihrer Kompromißfähigkeit abgesteckt. Sechs Wochen nach dem 19. Mai 1984 kamen die Ministerpräsidenten der Bundesländer zusammen, um den Entwurf eines Staatsvertrages zur Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik zu skizzieren<sup>16</sup>). Die Entwurfsskizze des Staatsvertrages privilegierte private Veranstalter auf Kosten der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Eine tatsächliche Bestands- und Entwicklungsgarantie für die öffentlich-rechtlichen Anstalten wurde nicht vereinbart. Die privaten Veranstalter werden nicht verpflichtet, in ihrem Programm Vielfalt herzustellen. Von dem Essener Medienbeschluß der SPD blieb nur wenig essentielles übrig. Diese Eckpunkte für einen Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens wurden von den Ministerpräsidenten am 19. Oktober 1984 in Bremerhaven in den Staatsvertragsentwurf eingearbeitet. Wenige Tage wurde der Vertragstext von allen Ministerpräsidenten und dem Großteil der Presse wegen der Kompromißfähigkeit der SPD- und CDU-Ministerpräsidenten als die Hohe Schule der Staatskunst gefeiert. Aus sozialdemokratischer Sicht indes übertraf das Verhandlungsergebnis die schlimmsten Befürchtungen.

Zwar wurde noch einmal das Gebührenmonopol der Anstalten gemeinsam akzeptiert, eine Funktionssicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die Zukunft bedeutete dies jedoch nicht. Die Werbezeiten der öffentlich-rechtlichen Anstalten sollten eingefroren werden. Diese Festlegung hätte für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk fatale Folgen.

Wenn in naher Zukunft zwei bis drei werbefinanzierte, bundesweit ausgestrahlte Programme mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten konkurrieren, dann fallen auch die

<sup>14</sup>) Vgl. Politik, aktuelle Informationen der SPD, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn (Juni 1984) 7.

<sup>15</sup>) Dieter Stammler, Müt zur Alternative. Anmerkungen zur medienpolitischen Wende der SPD, in: Die neue Gesellschaft, 31 (1984), S. 835.

<sup>16</sup>) Vgl. Ergebnis der Besprechung der Ministerpräsidenten am 29. 6. 1984 in Bonn, Entwurf, zit. nach Funkreport Nr. 25 vom 25. 7. 1984, S. 13 ff.

derzeitigen Werbepreise von ARD und ZDF. Allein um den Bestand zu sichern, müßten ZDF und ARD ihre Werbezeiten in diesem Falle verdoppeln. Bei der Gebührenfinanzierung weigerten sich die CDU-Regierungschefs, eine Erhöhungsdynamik festzulegen. Damit ist in Zukunft nicht einmal mehr die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Programme aus Gebühren gesichert. Im Gegenteil — in Zukunft sollen Gebührenerhöhungen nur noch nach „objektiven“ Gesichtspunkten vorgenommen werden. Welche Kriterien die Objektivität des Verfahrens der Gebührenerhöhung bestimmen sollten, wurde im Vertragstext nicht erläutert.

Die 16 digitalen Hörfunkprogramme auf einem DBS-Kanal, die in der ganzen Bundesrepublik empfangbar sind, sollen nach dem Vorschlag der Ministerpräsidenten vor allem neuen Veranstaltern vorbehalten sein. Entscheiden nun einzelne Bundesländer, daß die digitale Übertragung für Hörfunk von den öffentlich-rechtlichen Anstalten genutzt werden, dann sollen diese keine neuen Programme, sondern nur vorhandene senden. Werbesendungen dürfen in diesem Fall die Einnahmen der Anstalten nicht erhöhen. Mit anderen Worten: Den öffentlich-rechtlichen Sendern werden die Mittel für neue Programmentwicklungen verweigert. Dagegen dürfen private Rundfunkveranstalter bis zu 20% ihrer Sendezeit für Werbezwecke nutzen; faktisch kommt dies einer unbegrenzten Werbezeit gleich, die selbst das amerikanische Privatfernsehen nicht wahrnimmt.

Sendungen, die eine Dauer von 60 Minuten übersteigen, dürfen nach dem Staatsvertragstext durch Werbung unterbrochen werden; von Eigenproduktionsquoten bei den Privaten ist nicht mehr die Rede; nationale und europäische Filmproduktionen sollen lediglich berücksichtigt werden. Präventiv soll der WDR, falls sich seine Gremien für Funkwerbung entscheiden, auf 32 Minuten Werbezeit täglich festgelegt werden. Gegen die 124 Minuten täglicher Hörfunkwerbung im Bayerischen Rundfunk machen die Ministerpräsidenten keine Einwendungen<sup>17)</sup>.

<sup>17)</sup> Vgl. vorläufiges Ergebnisprotokoll der Ministerpräsidentenkonferenz vom 17. bis 19. 10. 1984 in Bremerhaven, Entwicklung in der Gesetzgebung und öffentliche Auseinandersetzung zur rechtlichen Stellung von Rundfunk und Fernsehen im Laufe des Jahres 1984, hrsg. vom Präsidenten des Landtags NRW, Düsseldorf, Dez. 1984, S. 21 ff.

Damit wird der Westdeutsche Rundfunk in mehrfacher Weise geschwächt. Der WDR trägt mit über 30%<sup>18)</sup> zum Gesamtprogramm der ARD bei, obwohl er nur einen Anteil von 25,97% am Gesamtgebührenaufkommen der ARD hat<sup>19)</sup>. Zum Finanzausgleich trägt der WDR mit jährlich 55,54%<sup>20)</sup> bei und sichert damit dem Saarländischen Rundfunk, dem Sender Freies Berlin und Radio Bremen die Existenz. Mit den Gebühren der nordrhein-westfälischen Bevölkerung ist die Kölner Anstalt „zum Zahlmeister der ARD“ geworden; gleichzeitig soll sie aber in ihren eigenen Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt werden.

Die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen, insbesondere die regierungstragenden von Hessen und Nordrhein-Westfalen, wiesen den Staatsvertrag als unannehmbar zurück. Schließlich sah sich auch der Parteivorstand und der Parteirat der SPD gezwungen, die Sozialdemokraten in der Ministerpräsidentenrunde zu bitten, den Vertragstext entsprechend nachzubessern<sup>21)</sup>.

Als die Ministerpräsidenten dann erneut am 14. Dezember 1984 in Bonn zusammenkamen und die Sozialdemokraten ihre Nachbesserungswünsche vortrugen, platzten die Staatsvertragsverhandlungen. Die CDU begründete das Scheitern der Runde mit dem Wunsch der SPD-Ministerpräsidenten, die Hörfunkwerbung beim WDR nicht durch Staatsvertrag, sondern durch Landesrecht zu regeln, sowie mit Bedenken gegen das geplante Kooperationsmodell des Westdeutschen Rundfunks mit privaten Veranstaltern. Die CDU-Regierungschefs vereinbarten daraufhin, sich am 14. Januar 1985 exklusiv zu treffen. Beide Seiten hielten sich jedoch den Weg für weitere Verhandlungen offen<sup>22)</sup>.

Trotz der demonstrierten Einhelligkeit der CDU/CSU-Ministerpräsidenten sind die Ausgangspositionen der süddeutschen und norddeutschen CDU-Landesregierungen verschie-

<sup>18)</sup> Vgl. ARD-Jahrbuch 84, hrsg. von Prof. Bausch (Intendant des Süddeutschen Rundfunk), Frankfurt/M. 1984, S. 371.

<sup>19)</sup> Ebd., S. 318.

<sup>20)</sup> Ebd., S. 339.

<sup>21)</sup> Jürgen Büssow/Jan van Nes Ziegler (SPD-Landtagsfraktion NRW), Die Maßstäbe, mit denen wir messen müssen. Zum Medienkompromiß der Ministerpräsidenten, in: epd, Nr. 89 vom 10. 11. 1984, S. 21; vgl. SPD-Kritik am bisherigen Entwurf des Medien-Staatsvertrages, in: epd, Nr. 100 vom 19. 12. 1984, S. 6.

<sup>22)</sup> Vgl. epd, Nr. 2 vom 9. 1. 1985, S. 21.

den. Die süddeutschen Länder haben offensichtlich wenig Neigung, die ARD oder gar das ZDF zu zerschlagen. Dafür gibt es aus ihrer Sicht auch keinen Grund. Schließlich operieren die Christdemokraten im Bayerischen Rundfunk, im Süddeutschen Rundfunk und im Südwestfunk sowie im ZDF mit eindeutigen Mehrheiten. Sie können ihren Einfluß in den privaten Sendern gegenüber den Landessendern kaum steigern.

Der Chef der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, diskutiert bereits über ein bayerisches Fernsehprogramm via Satellit für die ganze Bundesrepublik — öffentlich-rechtlich natürlich.

Die süddeutschen Länderchefs wissen also, was sie an ihren Anstalten haben und gehen pfleglich mit ihnen um. Die norddeutschen Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen dagegen sind die rundfunkpolitischen Habenichtse der Bundesrepublik. Sie müssen sich nicht nur den Norddeutschen Rundfunk untereinander, sondern auch noch mit Hamburg teilen. Sie scheinen davon auszugehen, daß sie mit der Schwächung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf die Gewinnerseite wechseln können.

Die niedersächsische Landesregierung hat in diesem Kontext folgerichtig als erstes Bundesland am 23. Mai 1984 ein Landesmediengesetz durch den Landtag gebracht, das privaten Rundfunk mit einem Zulassungsprivileg für Zeitungsverleger vorsieht.

## **6. Zur Relevanz der Kategorie des Gleichgewichtes zwischen privaten und öffentlichen Rundfunkveranstaltern bei den neuen Übertragungstechniken**

Aus sozialdemokratischer Sicht muß es bei der Verteilung der Satellitenkanäle, insbesondere bei den Kanälen des DBS, um die Herstellung von Gleichgewicht zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkveranstaltern gehen. Die terrestrisch ausgestrahlten Programme von ARD und ZDF können in die Gleichgewichtsabwägung nicht einbezogen werden, weil die privaten Veranstalter mit der Programmvierfalt der öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht konkurrieren können. Sie werden weder Kultursendungen, Dokumentationen, Sozialthemen, Experimentalfilme, avantgardistisches Theater, Hörspiele,

kultur- und sozialkritische Themen produzieren, noch sind sie in der Lage, Minderheitenprogramme herzustellen. Denn diese Programmprodukte sind kostenintensiv, lassen aber nur geringe Zuhörer- und Zuschauerreichweiten erwarten.

Bei den Werbezeitregelungen für die Landesrundfunkanstalten kommt es nicht in erster Linie auf die Festlegung von Werbeminuten an, sondern auf das *Verhältnis* von Werbeeinnahmen zu Gebühreneinnahmen bei der Programmfinanzierung. Auf dieser Basis muß ein Ausgleich zwischen privaten Interessenten und öffentlich-rechtlichen Anstalten im Dienst der Informationsfreiheit der Zuhörer und Zuschauer gefunden werden.

Wie immer die Verhandlungen mit der Union ausgehen werden, die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten können sich nicht vor die SPD-Landtagsfraktionen stellen, ohne ein medienpolitisches Gleichgewicht zwischen privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk hergestellt zu haben. Denn in dieser Phase wird über die Existenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für die nächsten Jahrzehnte entschieden. Die Befürworter des Privatfunks sollten sich in der Einschätzung der Wünsche der Bevölkerung nicht täuschen. Selbst wenn viele Menschen mehr Programme sehen und hören wollten und dabei auch Werbung in Kauf nehmen würden, ist das nicht mit einem breiten Einverständnis gleichzusetzen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu zerschlagen.

So ist denn die Medienpolitik der SPD der verzweifelte Versuch, das Richtige im Falschen zu tun (was es nach Theodor Adorno nicht gibt)<sup>23</sup>). Das Ergebnis könnte aber auch ungewollt eine kulturpolitische Vielfalt sein, wenn das Rundfunkexperiment, das in Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit dem WDR-Gesetz diskutiert wird, gelingt: die Kooperation zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk, Zeitungsverlagen und selbständigen Kulturproduzenten. Maßstab für das Gelingen dieser Zusammenarbeit ist die Einhaltung der Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes an Rundfunkprogramme.

<sup>23</sup>) Vgl. Theodor W. Adorno, *Minima Moralia*, Frankfurt/M. 1964, S. 42.

## II. Wettbewerb durch private Veranstalter oder die Einschränkung von Vielfalt durch neue Medienkonzentration

### 1. „Go West“: Die Pioniere des Privatfunks

Die Forderung nach einem Mediengleichgewicht bei der Neuordnung der Rundfunklandschaft der Bundesrepublik Deutschland ist plausibel, wenn deutlich wird, welche kapitalstarken Interessengruppen den privaten Rundfunk organisieren.

Unter dem Dach der Anstalt für Kabelkommunikation (AKK) des Pilotprojektes Ludwigshafen sendet seit dem 1. Januar 1985 eine „Arbeitsgemeinschaft ECS I — Westbeam“ ein werbefinanziertes Fernsehprogramm, das derzeit überall dort von Kabelnutzern zu empfangen ist, wo privater Rundfunk zugelassen ist. Experten schätzen, daß rund 250 000 verkabelte Bundesbürger in Berlin, Kiel, Hamburg, München, Bad Pyrmont, Hildesheim, Oldenburg, Osnabrück, Emden, Werden, Wilhelmshaven, Hannover, Kaiserslautern, Mainz, Pirmasens, Trier sowie im Kabelpilotprojekt Ludwigshafen das kommerzielle Sat I-Programm empfangen können<sup>24)</sup>.

Der Arbeitsgemeinschaft gehören an:

Die Aktuell-Presse-Fernseh GmbH (APF), die Verlage Springer, Bauer und Burda, die Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenfunk (PKS), die Kabel-Media Programmgesellschaft, die Verlagsgruppe Holtzbrinck und die Neue Mediengesellschaft Ulm.

Insgesamt hatten sich bei der AKK 76 Programmveranstalter um Sendelizenzen beworben, darunter auch Bertelsmann. Dem Gütersloher Medienkonzern wurde die Teilnahme jedoch von dem Veranstalterkonsortium wegen seiner „RTL-plus-Beteiligung“ verweigert<sup>25)</sup>. Gegen die Ausschlußklausel hat Bertelsmann zwischenzeitlich Klage erhoben.

Die publizistische Affinität der Konsorten der AG-ECS I Westbeam mit der derzeitigen Bundesregierung ist evident.

### 2. Wer sind die Großen und die Kleinen, die Antreiber und die Getriebenen im neuen Mediengeschäft?

Der Zentralausschuß für Werbewirtschaft (ZAW), dem auch die Zeitungsverleger ange-

hören, versprach für 1984 seinen 42 Mitgliedsorganisationen eine Umsatzzunahme von 1 Mrd. DM. Dies entspricht einer Steigerung der Werbeumsätze von mehr als 7 % auf weit über 15 Mrd. DM<sup>26)</sup>.

Nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) nahmen allein die Werbeeinnahmen der Tageszeitungen 1983 gegenüber dem Vorjahr um rund 8 % bzw. 426,5 Mio. DM zu. „Die aktuellen Daten, wie auch schon die positive Umsatz- und Auflagenentwicklung vergangener Jahre läßt alle notorischen Klagen der Presseverleger über ihre angeblich besonders gefährdete wirtschaftliche Lage unbegründet erscheinen. Sie zeigen vielmehr, daß bei dem in letzter Zeit zunehmenden Engagement der Verleger im Bereich der elektronischen Medien in der Bundesrepublik, das allenthalben mit der angeblichen Existenzbedrohung der Presse durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk begründet wird, die derzeit gegebene wirtschaftliche Basis ein entscheidender Impetus ist.“<sup>27)</sup>

Die dominante Stellung der Presse bei den privaten Rundfunkkonsortien unterstreicht die wirtschaftliche Potenz, sich am riskanten Fernsehgeschäft zu beteiligen. Sie verfügen darüber hinaus über notwendige redaktionelle und publizistische Mittel und sind in der Lage, ihre Medienprodukte mehrfach zu verwerten. Die fünf größten Verlagskonzerne repräsentieren 15,5 Mrd. DM Umsatzkapital und eine ausgewiesene verkaufte Auflage bei den Publikumszeitschriften von 42,5 Mio. Exemplaren, sowie eine verkaufte Auflage bei den Tageszeitungen von 6,4 Mio. beim Springer-Verlag. Dagegen beträgt das Gesamtvermögen der ARD mit seinen neun Landesrundfunkanstalten 1983 5,73 Mrd. DM<sup>28)</sup>.

Allein Bertelsmann ist umsatzstärker als die ARD. Für alle kleinen und mittleren Verlage, aber auch für Springer gründete der BDZV am 28. Februar 1984 die Aktuell Presse-Fernsehen GmbH & Co. KG (APF), mit dem Standort Hamburg. Die APF wird die Nachrichten des ECS-Konsortiums liefern. Beteiligt sind

<sup>24)</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau vom 31. 12. 1984, S. 12.

<sup>25)</sup> Vgl. Rundfunk und Fernsehen, 32 (1984) 3, S. 417.

<sup>26)</sup> Media Perspektiven. Zur wirtschaftlichen Lage ausgewählter privater Rundfunkveranstalter, in: Pressebericht Nr. 9/84, S. 669.

<sup>27)</sup> Ebd., S. 669.

<sup>28)</sup> ARD-Jahrbuch (Anm. 18), S. 288.



148 Verlage mit 165 Zeitungen, die eine Gesamtauflage von 11 Millionen Tagesexemplaren repräsentieren.

Es wurden Kapitalanteile in Höhe von 66 Mio. DM gezeichnet. Der Axel Springer Verlag hält 35 % und ist zugleich der einzige Verlag, der mehrere Titel (insgesamt 9) in die APF einbringt.

Die Konzentration von Medienkonzernen und Presseverlagen auf dem ECS-Kanal läßt kaum eine Bereicherung und Vielfalt erwarten, sondern wird zu Programmabsprachen und Kooperationsformen führen, die den ohnehin eingeschränkten Wettbewerb auf den bisherigen Pressemärkten zum Erliegen bringen wird.

Gegenüber der publizistischen Gleichschaltung von über 160 Zeitungen in den Nachrichtenprogrammen der APF produzieren die ARD-Anstalten Vielfalt. Die Profile der einzelnen Landessender können von den Zuschauern jeden Abend identifiziert werden; so ist z. B. leicht zu erkennen, ob ein Kommentar oder politischer Bericht vom Bayerischen Rundfunk, vom WDR oder von Radio Bremen gesendet wird. Keine der 148 Gesellschaften, abgesehen von Springer, haben die Chance, ihr publizistisches Profil zu zeigen.

### 3. Kooperation zwischen deutschem und amerikanischem Medienkapital: Die Welt wird ein Dorf

Vorerst scheint es so, daß ausländisches Medienkapital nur mittelbar am Aufbau des kommerziellen Rundfunks in der Bundesrepublik beteiligt ist. CBS, der drittgrößte Medienkonzern der Welt mit 4,12 Mrd. Dollar Umsatz, kooperiert mit der APF. Aber auch Bertelsmann soll mit amerikanischen Filmfirmen verhandeln, z. B. mit Universal, Paramount und MGM/UA, um Filmrechte für Pay-TV zu erhalten<sup>29)</sup>.

Privates Fernsehen, ob als Vollprogramm oder als Pay-TV angeboten, wird die Kanäle vor allem mit Unterhaltung füllen. Denn nur Unterhaltungsfilm sind das geeignete Programmumfeld für Werbeeinblendungen mit hohen Zuschauerzahlen. Es werden jedoch auch Entwicklungen in der Richtung erwartet, daß in Zukunft die Vielzahl von Fernsehprogrammen zu einer Segmentierung des Zuschauermarktes führt und somit eine präzi-

sere Zielgruppenwerbung mit geringeren Streuverlusten möglich wird<sup>30)</sup>.

Private wie auch öffentlich-rechtliche Veranstalter müssen also zu möglichst günstigen Preisen produzieren (lassen). Die Soft-Ware-Produzenten aus Hollywood helfen aus, dieses Dilemma zu meistern. Die meisten Produkte der amerikanischen Filmindustrie, die bereits auf dem einheimischen US-Markt und den internationalen Märkten verwertet wurden, lassen den nationalen und europäischen Filmproduktionen keine Chance. Dieser Vorgang muß über kurz oder lang die systematische Zerstörung der europäischen und nationalen Filmproduktion zur Folge haben. Aus diesem Grund verlangt die SPD von privaten Rundfunkveranstaltern eine bestimmte Eigenproduktionsquote und eine Schutzklausel für die europäische Filmproduktion. Gegen diese Forderung hat Manfred Lahnstein, Vorstandsmitglied des Bertelsmann Verlages, bereits Protest eingelegt. Denn je billiger die Filmware in den USA gekauft wird, um so höher ist die Rendite im kommerziellen Fernsehgeschäft.

Zu diesem Zweck hat sich Bertelsmann mit den großen Filmproduzenten Paramount, MGM/UA und Universal zu einer internationalen Pay-TV-Firma, der „United International Pictures“ (UIP), mit dem Hauptsitz in London, zusammengeschlossen. Die UIP-Gruppe verfügt über einen Filmstock von 9 300 Titeln. Der geschätzte Wert dieses Pakets liegt bei 900 Mio. Dollar.

Leo Kirch, Europas größter Filmhändler, hat sich dagegen mit den Partnern des britischen Pay-TV-Anbieters „Premiere“ zusammengesetzt; das sind die Hollywood-Studios von Columbia, Warner und Fox, den US-amerikanischen Pay-TV-Betreibern Home-Box-Office (HBO) und Show-Time/The Movie-Channel. Für den deutschsprachigen Filmmarkt sicherte sich Kirch eine 51 %ige Mehrheitsbeteiligung<sup>31)</sup>.

Am 29. Januar 1985 wurde bekannt, daß Bertelsmann, Springer und Leo Kirch einen gemeinsamen Pay-TV Filmkanal auf einem Satelliten mieten werden. Die Filmunterhaltung

<sup>30)</sup> Vgl. Axel Zerdick, Mehr Arbeitsplätze durch neue Medientechnologien? Argumente zu den erwarteten Beschäftigungseffekten der ‚Neuen Medien‘, in: Die neuen Medien — eine Gefahr für die Demokratie, hrsg. von Johannes Rau und Peter von Rügen, Mainz 1984, S. 167.

<sup>31)</sup> Die Hollywood-Connection, in: Neue Medien, (1984) 2, S. 144 ff.

<sup>29)</sup> Vgl. Neue Medien, (1984) 1, S. 107.

soll den Fernsehzuschauer zwischen 25,— und 30,— DM monatlich kosten. Einen Namen hat der Kanal auch schon: „Teleclub“ soll das Ereignis genannt werden<sup>32)</sup>.

Für die Attraktivität der Arbeitsgemeinschaft ECS 1 wird vor allem die Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenfunk mbH (PKS) mit ihren Unterhaltungsbeiträgen sorgen. Während die Großverlage 30 % Sendeanteile haben, wird die PKS allein über 40 % der gesamten Programmsendezeit verfügen. Programmlieferant der PKS ist Leo Kirch mit seiner Beta-Taurus-Gruppe. Hinter der PKS ste-

hen Wareneinzelhandelsverbände, wie REWE und EDEKA sowie die Deutsche Genossenschaftsbank. Bereits 1984 sollen Verhandlungen der PKS mit dem Deutschen Sportbund über eine aktuelle Sportberichterstattung geführt worden sein. Wenn es zu Exklusivverträgen der privaten Veranstalter mit dem DFB kommen sollte, weil die öffentlich-rechtlichen Anstalten mit ihrer Gremienstruktur zu schwerfällig sind und wegen ihrer ungesicherten Einnahmeentwicklung nicht mehr mithalten können, dann verlieren ARD und ZDF einen wesentlichen Teil ihrer Konkurrenzfähigkeit mit dem Kommerzfunk.

### III. Fernsehen und Öffentlichkeit

#### 1. Das Wohnzimmer verändert sich durch den Fernsehapparat und mit ihm die Menschen

In über 85 % aller bundesdeutschen Haushalte stehen Fernseher, die von Menschen jeden Alters genutzt werden, am stärksten jedoch von Kindern und Älteren. Auf die Kommunikationsfähigkeit der Menschen hat Fernsehen zweifellos einen einschränkenden Einfluß genommen. Mitte der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre reagierte die Möbelindustrie auf die Einführung des Fernsehens als Massenprodukt. Die Mattscheibe beherrschte seither einen freien Winkel des Wohnzimmers, das zur Kulisse der Weltereignisse wurde.

Die Ereignisse, die uns alle berühren, verlieren zunehmend ihren gesellschaftlichen Charakter, sie werden gleichsam privatisiert. Gleichwohl konnte das Wohnzimmer nicht zum Kinosaal umgestaltet werden. Seiner anderen Funktionen und auch der Größe des Bildschirms wegen hatte das Wohnzimmer bislang nicht mit der Erlebniswelt des Kinos konkurrieren können. Es will im Wohnzimmer nicht gelingen, in die Phantasie-Welt des Films emotional einzutauchen, in der die Träume für 90 Minuten Wirklichkeit werden.

Auch das Erinnerungsvermögen kann sich nicht entwickeln, weil die Wahrnehmungsfähigkeit der Menschen nicht mehr mithalten kann. Die wenigsten Menschen sind übrigens

in der Lage, den Inhalt eines Interviews, eines Films oder einer Nachrichtensendung verbal zu rekapitulieren. Gleichwohl werden die Bild- und Textsignale aufgenommen und gespeichert. Wie wir die Bilder- und Informationsflut verarbeiten, ist unbekannt. Symptome geben Hinweise, sie erklären aber noch nichts. Neil Postman prognostiziert, daß mit der Etablierung des Fernsehens das Zeitalter der Literalität und damit auch das Zeitalter des Kindes seinem Ende zugeht<sup>33)</sup>.

#### 2. Fernsehen will unterhalten: Es geht um Zerstreuung mit ablenkendem Charakter, nicht um Erfahrung

Da die Breitenwirkung des Fernsehens offensichtlich aus Unterhaltung für erschöpfte Menschen besteht, werden die Programme mit Spiel- und Aktionsfilmen gefüllt. Selbst bei den Informations- und Nachrichtensendungen wird ein stärkerer Unterhaltungskarakter gefordert. Beispielhaft dafür werden die News-Shows der großen amerikanischen Networks genannt, die jeden Abend den amerikanischen Zuschauer in lockerer und ungezwungener Weise die Neuigkeiten der Welt präsentieren. RTL-plus und die Nachrichtensendung von APF orientieren sich an der US-amerikanischen Nachrichtendramaturgie.

Die Existenz des kommerziellen Rundfunks kann jedoch auch die Programmleistungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks schwä-

<sup>32)</sup> Vgl. Die Welt vom 30. 1. 1985.

<sup>33)</sup> Neil Postman, Das Verschwinden der Kindheit, Frankfurt/M. 1983.

chen. Deshalb dient die Forderung nach einer Bestands- und Entwicklungsgarantie für die Landesrundfunkanstalten auch dem Erhalt der Programmvielfalt. Die ungehemmte Entwicklung privaten Rundfunks, wie sie sich nach den Diskussionen um den Staatsvertrag für die Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik abzeichnet, kann zum Verlust der kollektiven Ausdrucksfähigkeit unserer Gesellschaft führen. Der Verlust von kommunikativer Handlungskompetenz des einzelnen schwächt jede demokratisch verfaßte Gesellschaft.

Das wenige, das wir wahrnehmen, scheint uns mehr oder weniger gleich. Je kürzer die Bilder zwischen den Schnitten sind, um so eher zielen die Botschaften an der Kontrollinstanz des Bewußtseins vorbei auf unser Unterbewußtes. Das ist der Weg von Werbespots. Menschen, die als handelnde Subjekte ihre Geschichte selbst bestimmen wollen, kann ein solcher Rundfunk nicht genügen.

Zu diesem Thema hat sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einem NDR-Interview Anfang Januar 1985 zu Wort gemeldet. Darin beklagte der Bundespräsident, daß die Politiker zwar um Rechtsformen der künftigen Anstalten und um Werberegulungen streiten, nicht aber um die Wirkung von neuen und mehr Programmen auf die Menschen. „Das wichtigste ist in erster Linie, daß man zum eigenen Selber-Tun und nicht bloß zur Passivität erzogen wird.“<sup>34)</sup>

### 3. „Mehr Wettbewerb im Programm“ durch werbefinanzierten Rundfunk

Durch die Konkurrenz von Privatfernsehen soll sich auch das Programm der öffentlich-rechtlichen Anstalten verbessern. Das setzt voraus, daß die Privaten in allen Programmsparten mit den öffentlich-rechtlichen Programmanbietern konkurrieren. Diese Entwicklung ist nicht zu erwarten, weder im Dokumentarbereich, in den Bildungssendungen, den gesellschaftlich analytischen Reportagen noch im kulturellen und experimentellen Bereich. Konkurriert wird vor allem in der Un-

terhaltungssparte. Dabei wird der Begriff der Unterhaltung in Zukunft extensiver interpretiert. Nachrichten und Wetterkarte werden noch mehr als jetzt für Zerstreuung sorgen. Um ihre Konkurrenzfähigkeit unter Beweis zu stellen, werden die öffentlich-rechtlichen Anstalten entsprechende Programmaffinitäten entwickeln. Das Ergebnis wird nicht mehr Wettbewerb, sondern mehr Gleiches vom Gleichen sein. Deshalb ist es für die öffentlich-rechtlichen Anstalten eine Überlebensfrage, daß alle Landesparlamente gegenüber den Landesrundfunkanstalten ihrer Gewährleistungspflicht nachkommen, um sie nicht einem Vernichtungswettbewerb auszusetzen. Für die Programmacher in den klassischen Rundfunkanstalten bedeutet das aber auch, daß an den unverwechselbaren Programmprofilen festgehalten wird und diese sich nicht nach dem Prinzip des vorauseilenden Gehorsams privater als die Privaten verhalten und sich damit selbst zur Disposition stellen.

Die Planspiele der Intendanten der ARD, Informationssendungen, z. B. die Tagesthemen, zu kürzen und an ihre Stelle amerikanische Billigserien auf attraktive Programmplätze zu setzen, oder den 20.00 Uhr-Termin der Tagesschau aufzugeben, um zu einem früheren Zeitpunkt Politisches zu senden, sind Hinweise, die auf Unsicherheit und mangelnde Programmkonzeption schließen lassen. In fünf bis acht Jahren werden die heutigen Einschaltquoten Geschichte sein. Die Einschaltquoten werden sich je nach Angebot durch die Zahl der Programme dividieren. Das bedeutet aber auch, daß derzeitige Minderheitenprogramme mit Einschaltquoten zwischen 8 und 15% in fünf bis zehn Jahren Spitzenplätze sein werden.

Es geht um den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der unabhängig von staatlichen und einseitigen privaten Interessengruppen Programme für alle produziert, es geht um den Erhalt des freiesten Rundfunks, den es auf deutschem Boden je gab.

Aus der Sicht des Fernsehzuschauers und Hörers ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht nur eine Frage der Rundfunkgebühr, sondern gleichzeitig auch ein Stück demokratischer Öffentlichkeit.

<sup>34)</sup> Richard von Weizsäcker, in: Kirche und Rundfunk Nr. 2 vom 9. 1. 1985, S. 24.

# Die größten Presseverlage in Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine größere Verlagsgruppe, die nicht mit Fernsehen, Hörfunk, Video oder Bildschirmtext experimentiert. Nicht alle deutschen Unternehmen

veröffentlichen ihre Umsätze, so daß wir teilweise auf Schätzungen angewiesen waren. Aus diesem Grund kann diese Tabelle auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Verlag	Umsatz Mio. DM	Printobjekte	Neue-Medien-Aktivitäten
Bertelsmann AG Gütersloh (inkl. 74,9% Gruner + Jahr)	6 218	23 inländische <u>Verlage</u> (z. B. C. Bertelsmann, Goldmann, Mosaik, Lexikothek, RV Reise- und Verkehrsverlage); 6 inländische, 21 ausländische <u>Buchgemeinschaften</u>	50%-Beteiligung an Ufa Film und Fernseh GmbH ( <u>Fernsehen</u> : 40% an RTL-plus, Pay-TV; <u>Hörfunk</u> : „Radio Ufa“, Niedersachsen, München), <u>Btx</u> : A-Z Direktmarketing
Axel Springer AG Hamburg, Berlin	2 363	<u>Tageszeitungen</u> : Bild, Welt, Hamburger Abendblatt, Berliner Morgenpost, BZ u. a.; <u>Wochenzeitungen</u> : Bild am Sonntag, Welt am Sonntag; <u>Zeitschriften</u> : HörZu	<u>Fernsehen</u> : 9,9% an der SAT 1-GmbH, 35% an der APF; <u>Hörfunk</u> : „Radio 89“ (mit Burda und KMP), FFN-Mitglied Niedersachsen; <u>Bildschirmtext</u>
Gruner + Jahr AG Hamburg	2 103	<u>Zeitschriften</u> : Stern, Brigitte, Geo, PM, Schöner Wohnen, Essen & Trinken, Capital, Impulse, Nicole, Häuser, Art; 25%-Beteiligung am „Spiegel“	50%-Beteiligung an Ufa Film und Fernseh GmbH ( <u>Fernsehen</u> : 40% an RTL-plus, Pay-TV; <u>Hörfunk</u> : „Radio Ufa“, Niedersachsen, München); <u>Bildschirmtext</u>
Heinrich Bauer Hamburg, München	2 031	<u>Zeitschriften</u> : Quick, Neue Revue, TV Hören und Sehen, Playboy, Bravo, Praline, Tina, Bella, Wochenend, Mikado, Auto Zeitung; <u>Taschenbücher</u>	<u>Fernsehen</u> : 6,1% an der SAT 1-GmbH, Bauer TV; <u>Hörfunk</u> : München, Niedersachsen
Burda-Gruppe Offenburg, München	2 000 (geschätzt)	<u>Zeitschriften</u> : Bunte, Das Haus, Bild + Funk, Freizeit Revue, Mein schöner Garten, Freundin, Ambiente, PAN, Burda Moden, Carina, Irene	<u>Fernsehen</u> : 8,2% an der SAT 1-GmbH, PAN TV, Neue Werbeges. mbH; <u>Hörfunk</u> : Kooperation mit Springer und KMP in München
Holzbrinck-Gruppe Stuttgart	1 399	<u>Tageszeitungen</u> : Handelsblatt, 49%-Beteiligung an „Saarbrücker Zeitung“; <u>Zeitschriften</u> : DM, Wirtschaftswoche; <u>Buchverlage</u> : Rohwolt, Droemer Knauer, Fischer	<u>Fernsehen</u> : 5,4% an der SAT 1-GmbH, Euro Media, merca media, Wirtschafts TV, Handelsblatt Messe TV, Regional-Fernsehen der „Saarbrücker Zeitung“ bei RTL-plus
WAZ-Gruppe Essen	650 (geschätzt)	<u>Tageszeitungen</u> : WAZ, Westfälische Rundschau, Westfalen Post, Neue Ruhr Zeitung; 46 <u>Anzeigenblätter</u> ; <u>Zeitschriften</u> : Echo der Frau, Frau aktuell	<u>Fernsehen</u> : Kooperationsgespräche mit dem WDR; Gründung der Westfilm GmbH
Sebaldus-Gruppe Nürnberg, München	443	<u>Zeitschriften</u> : Gong, die aktuelle, die zwei, Ein Herz für Tiere	<u>Hörfunk</u> : „Radio Gong“, Beteiligung an der Mittelfränkischen Kabelgesellschaft mbH, Nürnberg
Süddeutscher Verlag München	425	<u>Tageszeitungen</u> : Süddeutsche Zeitung; <u>Zeitschriften</u> : Schöne Welt (Deutsche Bundesbahn); <u>Fachzeitschriften</u>	<u>Fernsehen</u> : 3%-Anteile an der APF; 21,5%-Anteile an der mbt der Bayerischen Tageszeitungen

Verlag	Umsatz Mio. DM	Printobjekte	Neue-Medien-Aktivitäten
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH Frankfurt	390	<u>Tageszeitung:</u> Frankfurter Allgemeine Zeitung; Beteiligung an Buchverlagen (DVA) und Buchhandlungen	<u>Fernsehen:</u> 1,4% an der SAT 1-GmbH, Programmlieferung RTL-plus, Stadt- und Hotelfernsehen
Madsack Hannover	308	<u>Tageszeitungen:</u> Hannoversche Allgemeine, Neue Presse Hannover, Anzeigenblätter, Fachzeitschriften	<u>Fernsehen:</u> 2,47%-Anteile an der APF; TV-Nachrichtenagentur; Hotelfernsehen; <u>Bildschirmtext</u>
Spiegel Verlag Rudolf Augstein Hamburg	300 (geschätzt)	<u>Zeitschriften:</u> Der Spiegel, Manager-Magazin; <u>Bücher:</u> Spiegel-Bücher	<u>Fernsehen:</u> Filmverlag der Autoren (Privatbeteiligung von Augstein)
Ebner-Gruppe Ulm	300 (geschätzt)	<u>Tageszeitungen:</u> Südwest-Presse, Beteiligung am Stuttgarter Fachzeitschriftenverlag, Infodienste	<u>Fernsehen:</u> 1,4% an der SAT 1-GmbH; 9,5%-Beteiligung an der APF
Jahreszeiten Verlag Hamburg	250 (geschätzt)	<u>Zeitschriften:</u> Petra, Für Sie, Zuhause, Merian, Selbermachen; <u>Lesezirkel;</u> <u>Buchverlag:</u> Hoffmann & Campe	<u>Fernsehen:</u> Videothek Programm (Merian)
Verlagsgruppe Motorpresse Stuttgart	220 (geschätzt)	<u>Zeitschriften:</u> Auto Motor Sport, Das Motorrad, Audio, Video, Stereoplay	<u>Fernsehen:</u> Verhandlungen mit RTL-plus, Videoproduktionen, <u>Bildschirmtext</u>
Ehapa-Gruppe Stuttgart	200	<u>Zeitschriften:</u> Mickey Maus, Asterix	<u>Video:</u> Comic-Programme, Select Video
Lübbe-Gruppe Bergisch-Gladbach	180 (geschätzt)	<u>Zeitschriften:</u> Das Goldene Blatt, Goldene Gesundheit, 44 Romanhefte, Comics	<u>Fernsehen:</u> Lübbe-TV
Deutscher Fachverlag Frankfurt	100 (geschätzt)	<u>Fachzeitschriften:</u> Lebensmittelzeitung, Textilwirtschaft	Video-Schulungsprogramm, <u>Bildschirmtext</u>

Quelle: Neue Medien (Hamburg), (Januar 1985) 3, S. 17.

## Neue Medien und Kultur

Das Bundesverfassungsgericht hat am 5. März 1974 die Aufgabe, ein freiheitliches Kunstleben zu erhalten und zu fördern, auch auf die Medien bezogen.

Im Gegensatz zu Ländern wie Frankreich oder England gewinnen jedoch in Deutschland die kulturellen Aspekte neben den vorherrschenden technischen, juristischen, wirtschaftlichen und allgemein-gesellschaftlichen Gesichtspunkten erst sehr verspätet mitgestaltenden Einfluß auf die Diskussion um die Neuen Medien. Selbst der wesentlich kleinere Nachbar Österreich hat demgegenüber viel früher erkannt — so der Salzburger Kommunikationsforscher Hans Heinz Fabris —: „Österreichs Chancen sollten eher im Softwarebereich liegen, wo es darum ginge, die traditionellen Ressourcen des kreativen Potentials heimischer Künstler, Schauspieler, Regisseure, Autoren usw. zu einer Entwicklung des heimischen Marktes und zu einer Kulturexportoffensive zu nutzen.“

Die Zurückhaltung in Deutschland ist erstaunlich, sind doch weite Bereiche der Kunstpolitik von der Entwicklung der audiovisuellen Kommunikation betroffen; doch die Medien- und Kulturberufe haben hierzulande lange überwiegend in Ablehnung und Passivität verharret. In diesem Defizit mag sich auch etwas von der Distanz von Kunst und Politik, Geist und Macht widerspiegeln — eine Beziehung, die sehr verschiedene, auch historisch gewachsene Ursachen hat<sup>1)</sup>.

Es wiederholen sich in dieser Auseinandersetzung um die Neuen Medien Verhaltensmuster, die in nahezu allen Phasen der geschichtlichen Zivilisation festzustellen waren, nämlich die Methode, kulturelle Entfaltung und medientechnischen Fortschritt als Gegensätze zu interpretieren, stets verdächtig, unvermeidlich die Originalität künstlerischer und geistiger Arbeit zu verderben und vor-

nehmlich auf Massenproduktion für primitiven Geschmack abheben zu wollen<sup>2)</sup>.

Der Medienpessimismus, verbunden mit der Urangst des Menschen vor einer totalen Beherrschung durch die Technik, so Dietrich Ratzke, ist die neue Form des klassischen Kulturpessimismus<sup>3)</sup>.

Allerdings: Wer dem mündigen Bürger mißtraut, mißtraut auch dem mündigen Kulturbürger. Wir stehen heute erneut inmitten eines medientechnologisch bedingten Umbruchs der gesamten Strukturen unserer „Kulturindustrie“. Statt diese Herausforderungen aber gestalterisch aufzugreifen, verharren viele in ängstlichen Fragen:

Kommt jetzt die elektronische Kulturrevolution?

Wird eine künftig immer uneingeschränktere Verbreitung leicht konsumierbarer Fernsehkultur die traditionellen Kulturen verdrängen? Sterben wir nunmehr den kulturellen Wärmetod? Wird mit den neuen Medienformen Kultur eher zerstört als gefördert oder weiterentwickelt?

Werden z. B. die neuen Kabel-Kanäle, die dem Bürger dank den modernen Kommunikationstechniken in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ins Haus stehen, zur kulturellen Nivellierung, zu Passivität und zum Abbau des öffentlichen Kulturangebotes führen?

Fragen und Vorbehalte, die freilich zumindest so alt sind, wie das Kabel selbst. Bekanntlich wurde bereits am 15. Januar 1884 das erste Patent für ein Koaxialkabel erteilt; es benötigte fünfzig Jahre, bis es zum praktischen Einsatz kam. Anfang der dreißiger Jahre wurde das erste Breitbandkabel zwischen dem Reichspostzentralamt in Berlin-Tempelhof und dem Fernsehlaboratorium in Witzleben über eine Länge von 11,5 km verlegt. Damit begann die „Verkabelung“ — aber auch

<sup>1)</sup> W. Schreckenberger, in: D. Weirich/M. Schöneberger (Hrsg.), Kabel zwischen Kunst und Konsum. Plädoyer für eine kulturelle Medienpolitik, Berlin 1985.

<sup>2)</sup> Vgl. I. Heiskanen, Kulturindustrien aus politischer Warte, in: Forum Europarat, (1984) 2/3.

<sup>3)</sup> D. Ratzke, Neue Medien und Kulturentwicklungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Mai 1981.

schon die gleichzeitige Übertragung von einem Fernsehkanal und 200 Telefonkanälen. So neu ist — technisch gesehen — das neue Medium „Kabel“ also nicht. Und auch viele der Argumente, die heute wiederum dagegen vorgetragen werden, sind keinesfalls neu, sondern abgeschrieben aus dem Geschichtsbuch des technischen Fortschritts.

Der Medienwissenschaftler und heutige SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz schrieb 1968: „Seit dem 19. Jahrhundert werden nur die vermassenden und verdummenden Wirkungen der Massenkommunikation prophezeit, und jede empirische Untersuchung beweist das genaue Gegenteil. Es wäre an der Zeit, diese Art der Kulturpolitik endlich auf dem Schutthaufen der Geschichte zu deponieren.“<sup>4)</sup>

Denn die Geschichte der Massenmedien vom 16. Jahrhundert an ist voll von Klagen über den sicheren Niedergang, den die jeweils neuen Medien mit sich bringen würden; erst gab es das Wehklagen über die Unsitte des Zeitungslesens, das zwischen 1650 und 1700 seinen Höhepunkt hatte; später das gleiche, als Film, Radio, die Schallplatte aufkamen. Da wurde etwa der rasche Tod der Hausmusik vorausgesagt. Aber war nicht vielfach das Gegenteil zu beobachten? Die damals neuen Medien wirkten gleichsam als Animatoren. Warum könnten z. B. neuen Präsentationsformen der Musik über Kabel solche Wirkungen nicht ebenso zeitigen? Wie war es vor sechzig, siebzig Jahren, als der Tonfilm aufkam? Da wurden Flugblätter gegen die „Gefahren des Tonfilms“ in Massenaufgabe verbreitet mit Parolen wie: „Tonfilm ist Kitsch!“ oder: „Tonfilm ist Einseitigkeit!“ oder: „Tonfilm ist wirtschaftlicher und geistiger Mord!“ oder: „Fordert gute Stummfilme!“ Und ein anderes Flugblatt verlangte schlicht: „Fordert Orchesterbegleitung durch Musiker!“

Warum aber sollten die Neuen Medien, um die es heute geht, dem angeschlagenen Medienklassiker Film nicht ebenfalls neue Impulse vermitteln können, die er so dringend nötig hätte — angesichts der Tatsache, daß der Marktanteil des deutschen Films in der Bundesrepublik Deutschland von 39,2 Prozent im Jahre 1970 auf 18,7 Prozent im Jahre 1981 zurückging und daß parallel zu dem schwindenden Marktanteil auch die Zahl der Kinobesucher sank? 1982 wurden an den deutschen Kassen nur noch 120 Millionen Besu-

cher gezählt. Eine der Ursachen hierfür ist das Fehlen eines Programmangebotes mit Anspruch und gleichzeitigem Unterhaltungswert; dies hat auch etwas mit Subventionsmentalität, mit der Förderpraxis zu tun, die teilweise am Interesse der Filmbesucher vorbeizieht. Doch: Ermöglichen nicht gerade die Neuen Medien neue dramaturgische Kompositionen, eine neue Filmkultur? Die Kunstgattung der Film- oder Fernsehoper zum Beispiel. Man denke an Franco Zeffirellis Verfilmung von Verdis „La Traviata“, die zu einem Kinobestseller wurde, an die Einspielergebnisse von Josef Loseys „Don Giovanni“, an Hans-Jürgen Syberbergs „Parsifal“. Als der Münchner Filmzar Leo Kirch das Filmballett „Carmen“ — nach einer Novelle von Mérimée und der Oper von Bizet — in Lichtspielhäuser und Videotheken schickte, jubelte die Kritik: „Dieser makellose Film von Carlos Saura ist der Höhepunkt dieses Kinjahres.“ (Münchner Abendzeitung).

Der bayerische Filmkaufmann Leo Kirch, mit mehr als 400 weltweiten Opern-, Operetten-, Ballett- und Konzertprogrammen einer der erfahrensten Filmproduzenten auf dem Gebiet der klassischen Musik, glaubt daran, daß anspruchsvolle Unterhaltungsangebote von den Neuen Medien nur gewinnen können. Die Japaner machen es vor: Sie haben eigens zur Einführung der Bildplatte Dvóřaks Sinfonie „Aus der neuen Welt“ und Smetanas Zyklus „Mein Vaterland“ filmisch umgesetzt.

So läßt sich Kunst nicht nur an das traditionelle Opern- und Konzertpublikum verkaufen, so könnten auch junge Leute, das Stammpublikum unserer Lichtspielhäuser, neu gewonnen werden. Immerhin: Vier Fünftel der häufigen Kinogänger — die rund zwei Drittel aller verkauften Eintrittskarten erbringen — entstammen den Altersgruppen bis dreißig. Das klassische Unterhaltungsmedium Film hat ungeachtet der Medien Rundfunk und Fernsehen und vielfältiger sonstiger technischer Versuche überlebt. Das Kino wird auch gegen die Konkurrenz von Video, Kabel, Satellit bestehen, wenn man rechtzeitig umdenkt.

Denn eine Zukunft des Films ohne eine Zukunft des Kinos, sagen viele Experten, wird und kann es nicht geben. Selbst in Amerika finanziert sich die Filmproduktion trotz der neuen Medienkonkurrenten immer noch zu 60 Prozent über die Kinoeintrittskarte, nur zu acht Prozent durch den Videomarkt. Aber bereits 17,4 Prozent entfallen auf Pay-TV, den

<sup>4)</sup> Hier zitiert nach: Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, 33. Sitzung, 10. 11. 1983, S. 2153.

elektronischen Abruf einzelner Programme im eigenen Heim gegen individuelle Gebühr, die gleich vom Konto abgebucht wird. Wer mehr schaut, zahlt mehr. Pay-TV hat auch bei uns Zukunft. Nicht umsonst hat die Monopolkommission 1981 in einem Sondergutachten über „Wettbewerbsprobleme bei der Einführung von privatem Hörfunk und Fernsehen“ für privates Pay-TV plädiert. Der Vorsitzende der Monopolkommission, Erhard Kantzenbach, begründete die Funktionsfähigkeit dieses Abrufdienstes u. a. mit dem Hinweis darauf, daß auch Filme und Opern einen sehr unterschiedlichen Preis hätten.

Daß neue Angebote bisherige Medien keineswegs schlicht verdrängen, ist vielfältig belegbar. Die Lesekultur etwa ist durch den Vormarsch der elektronischen Konkurrenz keineswegs abgelöst worden — allen Unkenrufen zum Trotz, das Ende des alphabetischen Zeitalters sei angebrochen. Genauso, wie auch die Befürchtungen, die von vielen Seiten 1450 an Gutenbergs bahnbrechende Erfindung der Buchdruckerkunst geknüpft wurden, sich als Irrtum erwiesen. Im Gegenteil: Damit erst wurden die Grundlagen zur modernen Industrie- und Kommunikationsgesellschaft gelegt. Eine neue Epoche begann: Die Mächtigen verloren ihr Bildungs- und Informationsmonopol. Indem Wissen und Tradition in gedruckter, somit objektiverer und anonymisierter Form weitergegeben und vielfältigt werden konnten, entfielen wichtige, auf die Notwendigkeit mündlicher Überlieferung zurückführbare Funktionen geschlossener sozialer Gemeinschaften. Das gedruckte Wort, das dazu geführt hat, daß mehr Menschen am kulturellen Leben teilnehmen konnten denn je, hat genauso alle nachfolgenden Veränderungen unserer Medienlandschaft überlebt.

Das Buch z. B. hat längst die Kooperation mit dem beargwöhnten „Lese-feind“ Fernsehen gelernt; es hat gelernt, wie Literaturverfilmungen den Buchumsatz stimulieren können, wenn das passende Buch zur passenden Sendung erscheint. Viele erfolgreiche Buchautoren rekrutieren sich heute aus dem Medium Fernsehen. Das Fernsehen regt vielfach Themen an, die erst das Buch vertiefend zu behandeln vermag.

In ähnlicher, wenn auch nicht vergleichbarer Weise erlebt der schon vielfach totgesagte Rundfunk seit Jahren eine Renaissance — für die junge Generation wird er sogar von manchen unter bestimmten Aspekten als eines

der Leitmedien bezeichnet. Die Bedeutung traditioneller Kulturmedien wie Kunst, Rundfunk Fernsehen wurde auch nicht geschmälert durch den Videoboom in den letzten Jahren.

Heute steht in knapp jedem zehnten Haushalt der Bundesrepublik Deutschland bereits ein eigener Videorecorder. 1990 wird jeder zweite Haushalt über eine eigene Videothek verfügen. Allein die Hersteller von Videofilmen erzielen in der Bundesrepublik Deutschland inzwischen einen Jahresumsatz von über 60 Millionen DM. In den wenigen Jahren, in denen der Markt der Videocassetten besteht, sind annähernd 100 Programmanbieterfirmen entstanden, die inzwischen 5 000 Titel auf den Markt gebracht haben, darunter rund 200 Musikproduktionen, deren Anteil steigt. Die Präferenz für Spielfilme und Unterhaltungsware traditionellen Zuschnitts ist zwar eindeutig, die Angebotspalette reicht aber inzwischen von Charly-Chaplin-Oldtimern bis zu Mozarts „Don Giovanni“.

Johann Speyer von der Hamburger Ozean-Musik, die Opern wie „Tosca“, „La Bohème“ oder die Brandenburgischen Konzerte anbietet, glaubt bereits, „daß vorsichtig die erste Nachfrage nach Klassik auf Video einsetzt“<sup>5)</sup>.

Auch Videomagazine anspruchsvoll unterhaltender Art mit kulturellen, informierenden, bildenden Themen stellen in zunehmendem Maße neue publizistische, künstlerische Formen dar, die erst durch neue Techniken möglich geworden sind.

Verstärkt treten inzwischen kreative Unternehmer hervor, die jetzt schon Programme für den Zeitraum planen, da das Interesse an dem derzeit noch vorherrschenden Billigkonsumangebot abebben wird. Wird es zu diesem „zweiten“, qualitätsbezogenen Videomarkt kommen? Der von Sex und Crime diskreditierte Videomarkt scheint inzwischen gute Chancen auf Rehabilitierung durch eine „zweite Programmgeneration“ zu haben.

Belegt wird dies auch durch jüngste Erfahrungen des Börsenvereins des deutschen Buchhandels. Er hat im September 1983 während der internationalen Funkausstellung bundesweit einen Feldversuch „Video beim Buchhändler“ gestartet. Inzwischen hat sich herausgestellt: Den größten Absatz erzielten Videokaufkassetten mit Filmklassikern wie „Metropolis“, „Nosferatu“ oder „Kinder des

<sup>5)</sup> Pressemitteilung der Ocean-Musik, Hamburg, September 1983.



Olymps". Sie rangieren mit weitem Abstand vorn.

Ein beachtlicher Nebeneffekt dieser Initiative ist, daß mancher Videowunsch offenbar auch mit dem alten Medium Buch befriedigt werden konnte.

Ebenso zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, daß der Videoerfolg in erster Linie vom Kinoruhm lebt; würden die Lichtspieltheater existenziell gefährdet, würde z. B. auch der Kassettenmarkt kaum eine solche Expansion erfahren. Wieder zeigt sich, wie intensiv „alte“ und „neue“ Medien aufeinander angewiesen sind.

Der Filmregisseur und Kinoliebhaber Niklaus Schilling, der unlängst begonnen hat, Filme nicht mehr auf Zelluloid, sondern auf Magnetband zu drehen, begreift z. B. das Videosystem nicht als Tod, sondern als einen neuen Anfang des Kinos und fragt: „Sind es die Chips, ist es die Elektronik, die es immer weiter noch verdrängen? Ich denke, daß wir es auch sind, die wir nicht kämpferisch genug seine spezifischen Formen weiterentwickelt haben... Wir haben Angst vor der Numerierung, Digitalisierung, vor der Elektronik überhaupt. Wir lächeln über den Begriff ‚Video‘. Aber wir lächeln, weil wir uns fürchten davor... Es gilt, sich einzunisten in diesen neuen Schaltkreisen, bevor es zu spät ist und die Bilderverteiler uns weltweit versorgen. Die werden übrigens ihre Kinos haben, weil sie sie brauchen für ihre Kampagnenwirkung auf allen Schienen“<sup>6)</sup>.

Wie wenig konstruktiv es ist, neue Medientechniken und kulturelle Entwicklung als Gegensätze einander gegenüberzustellen, zeigt sich auch beim Medium Fernsehen. „Keinen Meter Film für das Fernsehen“ hieß in den fünfziger Jahren eine der angsterfüllten Kampfpapieren.

Heute haben sich Film und Fernsehen längst arrangiert und eine, wenn auch nicht immer spannungsfreie, so doch konstruktive Kooperation gefunden.

Oder: Die erste geplante Live-Sendung der „Lustigen Witwe“ konnte nicht stattfinden, weil die Zuschauer nachdrücklich gegen Scheinwerfer und Kameras protestierten. Heute sind solche Theaterübertragungen mitunter Höhepunkt des Fernsehprogramms.

Der Kultur hat das Fernsehen keinesfalls geschadet, und trotzdem rechnen — so das Institut für Demoskopie Allensbach im Januar 1984 — nur zehn Prozent der Bundesbürger den Bildschirm ganz unbefangen der Kultur zu. Liegt es am Medium oder an einem Kulturbegriff, der dynamische Fortentwicklungen nicht hinreichend reflektiert?

Heute, da die Vollversorgung der deutschen Bevölkerung mit Bildschirmgeräten fast abgeschlossen ist, der Prozeß der Veralltäglichen dieses einstmaligen neuen Mediums weit fortgeschritten ist, sieht so manche Bilanz grundlegend anders aus. So hat z. B. der Wiener Journalist Thomas Pluch in einer jüngeren, im übrigen sehr kritischen Zwischenbilanz dem Fernsehen sogar attestiert, es habe „als Vermittlerin von Hochkulturen neue Maßstäbe geschaffen“<sup>7)</sup>; es sei die weltweite „Kulturgroßmacht Nr. eins“, mit der die Exklusivität der bürgerlichen Kultur des 19. Jahrhunderts endlich untergegangen sei. Pluch weist mit Recht darauf hin, daß heute selbst der einfachste Zeitgenosse aus einem Kultur- und Unterhaltungsangebot auswählen kann, das seine Wohnung zu einem „Privattheater mit täglich einem dutzend Vorstellungen macht. Das permanente Volkstheater ist Selbstverständlichkeit geworden.“ Die Weltkultur schicke sich gerade an, Wirklichkeit zu werden, wobei allerdings auch (in Ost wie West) die Gefahr eines „Kulturkolonialismus“ drohe.

Trotzdem sind die Kulturkritiker natürlich nicht verstummt. So warf der Verband deutscher Schriftsteller (VS) in der IG-Druck und Papier den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im August 1984 vor, sie „trügen zur Verarmung unserer Kulturszene“ bei, sie „hätten sich weit von der ihnen ursprünglich zugedachten kulturellen Funktion entfernt“. Und der Deutsche Musikverlegerverband rügte im Mai des gleichen Jahres die Musikauswahl in den deutschen Programmen, in denen z. B. fast bis zu 80 Prozent ausländische Autoren favorisiert würden. Zudem könnten „die Autoren klassischer Musik erst auf die Präsentation ihrer Werke in den deutschen Rundfunksendern hoffen, wenn sie gestorben sind“<sup>8)</sup>. Derartige konkrete Programmkritik läßt sich natürlich mit vielen Beispielen belegen, bis hin zu einer dezidierten Auseinan-

<sup>6)</sup> N. Schilling, Ist das Kino tot?, in: Die Zeit vom 17. 2. 1984.

<sup>7)</sup> Großer Bruder Fernsehen. Die elektronische Kulturrevolution, Wien 1984.

<sup>8)</sup> dpa, 20. 8. 1984, sowie D. Weirich (Anm. 1).

dersetzung mit der Filmpolitik von ARD und ZDF, zunehmend in Amerika in großem Stil Filmpakete einzukaufen und dafür Eigenproduktionen zu vernachlässigen. Solche offenkundigen Mängel können aber über die kulturell-künstlerischen Gesamtleistungen des Mediums Fernsehen nicht hinwegtäuschen, einschließlich seiner Imagewerbung für Theater, Kino, Musik- und Konzertveranstaltungen<sup>9)</sup>. 1984 lag der Anteil der Neuproduktionen, die zum großen Teil deutschen Produzenten und damit Autoren, Regisseuren, Schauspielern zugute kommen, bei 80 Prozent des Produktionsvolumens, 1985 sollen es 81,4 Prozent sein.

Da Kultursendungen wie Schauspiel, Oper und Operette im Fernsehen deutlich höhere Zuschauerzahlen verzeichnen, wenn sie live präsentiert werden, liegt in einer größeren Transportkapazität durch mehr Kanäle zugleich auch die große Chance echter Programmerweiterung durch die Verbindung von Kulturvermittlung und Direktübertragung.

Vor ähnlichen neuen Herausforderungen steht die Musikbranche, die für die Verbreitung schöpferischer Werke immer abhängiger geworden ist von den Innovationsschüben der technischen Speichermedien wie traditionell vor allem der Schallplatte; auch hier ist in einem historischen Prozeß allenfalls eine neue Etappe erreicht, wenn jetzt z. B. Compact-Disc, Bildplatte, Videoclips zunehmend den Musikmarkt beeinflussen. Die euphorischen Gedanken über die Technisierung der Musik, die schon im 19. Jahrhundert Edward Bellamy nachhaltig anstimmte, sind dabei zumindest ebenso alt wie auf der anderen Seite das Lamento über das, was Stefan Zweig die „Monotonisierung der Welt“ genannt hat und was die professionellen Kulturpessimisten als kommerzialisierte Massenproduktion mißbilligen, die bis heute Marcel Prousts Essay vom „Lob der schlechten Musik“ nicht zu teilen vermögen<sup>10)</sup>.

„Eine Kulturrevolution erschüttert die Musikwelt“<sup>11)</sup> so beklagte Franz Manola Anfang 1984 in der Wiener „Presse“ die neuesten Tendenzen. Die Musik werde jetzt ihrer speziellen Aura entkleidet, zum Soundtrack degradiert. Musik, die man hören könne, die jeder

<sup>9)</sup> U. Saxer, Kulturförderung durch die Rundfunkanstalten, in: Media-Perspektiven (1981), S. 753 ff.

<sup>10)</sup> K. Blaukopf, Strategien der Musikindustrie, in: Forum Europarat, (1984) 2/3.

<sup>11)</sup> F. Manola, Vom inneren Auge auf den Bildschirm, in: Die Presse (Wien) vom 4. 1. 1984.

auf die gleiche Weise sehen müsse, sei ein kommerziell genau kalkulierbares, für das Televisionszeitalter, die Ära der total visualisierten Reizüberflutung, ideales Produkt.

Aber ist dies die einzig denkbare Perspektive der Musik im Lichte der „Neuen Medien“? Der medientechnische Fortschritt hat jedenfalls die Lust des Menschen an der Musik nicht reduziert. Im Gegenteil: Massenhafte musikalische Aktivität breiter Schichten — gerade der jungen Generation — ist auch und vor allem in Ländern mit hochentwickelter Unterhaltungselektronik festzustellen, in denen die Zahl der Menschen und Vereinigungen, die sich dem aktiven Musizieren widmen, eher gestiegen ist (z. B. Japan). Neue Medien haben hier neue Motivationen ausgelöst.

So wie die Medien Buch, Film, Schallplatte, Rundfunk und Fernsehen zur kulturellen Befindlichkeit wesentlich beigetragen haben, können und müssen auch die Neuen Medien als Kulturmedien verstanden und genutzt werden. Lutz Jonas, Beauftragter für Neue Medien der Bertelsmann AG, entwarf unlängst ein Szenario der „Kabelzukunft“, das gerade die „Kunst um die Ecke reaktivieren könnte: Die Opernpremiere im Stadttheater, die Jazzsession in der Kellerkneipe, das regionale Volksmusiktreffen, das Konzert des Popstars in der Stadthalle, mit der Fernsehkamera im örtlichen Konservatorium, das städtische Sinfonieorchester bei der Probe als Vorbereitung zur Live-Übertragung des Konzerts usw. ... Besonderen Reiz könnte hierbei der sogenannte ‚Offene Kanal‘ entwickeln, in dem sich musikalische Gruppierungen und Solisten, welcher Art auch immer, zwanglos präsentieren könnten. Ein solcher frei zugänglicher Kanal ist vielleicht die aufregendste Perspektive eines auch auf dem Musiksektor bürgerlichen Fernsehens.“<sup>12)</sup>

Neue Techniken ermöglichen im Bereich der Musik neue kulturelle Erlebnisformen — so die neue Schallplattengeneration der Compact-Disc. Vom März bis September 1983 wurden 500 000 CD-Platten verkauft; Klassik, gehobene Unterhaltung vorneweg. Das Repertoire der Bildplatte von mehreren hundert Titeln reicht von „Der letzte Countdown“ bis zu Helmut Schmidts Klaviertrio mit Christoph Eschenbach, Justus Frantz und dem Züricher Tonhalleorchester. Das Mozart-Konzert für drei Klaviere und Orchester in F-Dur (KV

<sup>12)</sup> Musik im Lichte neuer Medien, in: Bertelsmann-Briefe, (1983) 113.

242) vom Februar 1976 wurde erstmals im Zweiten Deutschen Fernsehen bereits am 23. Dezember 1983 werbewirksam ausgestrahlt. Ein Beispiel übrigens auch für sinnvolle Zusammenarbeit verschiedener Kommunikationstechniken nicht zuletzt mit dem Ziel, kulturelle Verteilungsleistungen zu optimieren.

Fernsehen, Film, Schallplatte, Buch haben vielfältige Formen sinnvoller Kooperation praktiziert; warum sollte dies nicht auch mit den Neuen Medien möglich sein?

Von Rolf Liebermann, dem Schweizer Komponisten und Intendanten der Hamburgischen Staatsoper, stammt die Frage, ob Film und Fernsehen die früher so elitäre Oper nur „vermasst, oder aber „demokratisiert“<sup>13)</sup> haben. Götz Friedrich, Generalintendant der Deutschen Oper Berlin, bezeichnete es grob als Unfug, zu behaupten, Opern im Fernsehen oder Film hielten das Publikum von den Opernhäusern fern. Opern, beispielhaft für andere Formen der Unterhaltung, durch die vielfältigen Kombinationsmöglichkeiten eines neuen Medienverbundes immer mehr Menschen immer besser zugänglich zu machen, ist die Perspektive, die möglich wird.

Dies gilt auch für das Theater. So verfißt August Everding, Münchner Generalintendant, mit anderen Bühnenexperten die Idee, mit den neuen Medien auch dem Theater die Zukunft zu sichern und die 84 öffentlichen Theaterunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland zum vielseitigen Programmlieferanten für künftige Anbieter zu profilieren. Von den rund 800 Premieren in Deutschland sollten etwa 200 aufgezeichnet und einem Pool überantwortet werden. Eine Marketinggesellschaft sollte diese in einem zentralen Archiv zu speichernden Produktionen dann bei Fernseh- und Kabelgesellschaften gewinnbringend verkaufen. In ähnlicher Weise haben bereits die Wiener Bundestheater eine privatwirtschaftliche „Tele-Theater/Videofilmproduktions- und Vertriebsgesellschaft mbH“ aufgebaut, deren zweijährige Bilanz erstaunlich und ermutigend ist. Auch Initiativen großer europäischer Opernhäuser zur Videoauswertung ihrer Produktionen sind allenthalben zu beobachten, so Covent Garden London, das hierfür eine eigene Videofirma gegründet hat. Die Deutsche Oper Berlin, unterstützt vom Elektronik-Konzern Sony, hat kürzlich die erste selbstproduzierte Kassette

herausgebracht — einen Probenreport über Götz Friedrichs Regiearbeit an der Bergschen „Lulu“. Häuser wie die Metropolitan Opera in New York brauchen sogar die übertragende Fernsehanstalt nicht mehr ins Haus zu bitten, sondern verkaufen den Sendern eigene fertige Angebote. Das Theater, entsprechende Ausstattung und Größenordnung vorausgesetzt, wird zum Medienunternehmen. Eine utopische Videovision? Ein neuer Kulturauftrag!

Erfahrungen mit den neuen Techniken wurden auch in vielen anderen Bereichen gesammelt. Neue künstlerische Ausdrucksformen wie elektronische Musik, Digitalkomposition, elektronisch gestaltete Bilder bzw. Bildverarbeitung oder eine spezifische Videokunst sind bereits bekannt, ebenso synthetische Bilder (Zeichnungen, Cartoons, sogar Fotografien), die durch Zeichenautomaten entstehen. Insbesondere für Kino- und Trickfilme werden immer häufiger Computerbilder konzipiert. Weitere technisch inspirierte Formen und Kreationen werden womöglich noch hinzukommen; manche derartige Kommunikationskünste werden freilich bald auch wieder auf der Strecke bleiben, wenn sie „ihr“ Publikum nicht erreichen. Geschmack läßt sich nicht verordnen — Zustimmung nicht erzwingen.

Kulturelle Entfaltung und medientechnischer Fortschritt verhalten sich keineswegs als negative Pole zueinander, sondern, auch wenn sie sich in wechselseitiger Spannung befinden, erweisen sich überwiegend als fruchtbare Stimulans.

Noch nie war z. B. das Medienangebot in Deutschland so reichhaltig wie derzeit, aber gleichzeitig gab es hierzulande noch nie so viele prämierte Kunstschaffende, so viele Konzertabonnenten, Theater- und Museumsbesucher. Der Anteil der Kultur am öffentlichen Leben hat im Laufe der Jahre außerordentlich zugenommen — nicht zuletzt dank der vervielfältigenden Kraft der Medien, die bereits heute gewaltige kulturelle Verteilungsleistungen erbringen. Die modernen Mediensysteme von morgen könnten noch mehr kulturelle Teilhabe und künstlerische Vielfalt ermöglichen. Diese Zusammenhänge haben freilich erst sehr allmählich in die Diskussion um die Neuen Medien Eingang gefunden — in letzter Zeit freilich mit beschleunigtem Tempo.

So rückte die 4. Konferenz der europäischen Kultusminister aus 25 Nationen im Mai 1984 in Berlin das Thema „Kultur und Kommunika-

<sup>13)</sup> Nürnberger Nachrichten vom 4. 11. 1983.

tionstechnologie" in den Mittelpunkt ihrer Beratungen. Der Ende 1982 in Bonn gegründete Deutsche Kulturrat als Dachorganisation von 140 Verbänden aus Kunst, Kultur und Medien mit dem Ziel, „Kunst und Kultur mehr Geltung zu verschaffen und die Voraussetzungen für ihre Entwicklung zu verbessern“, legte im Februar 1984 umfassende Forderungen vor für ein kulturfreundliches Medienrecht. Der Katalog zielt vor allem auf die noch überwiegend im Fluß befindlichen Beratungen der Landesmediengesetze in den einzelnen Bundesländern. Und der Präsident des Goethe-Instituts und ehemalige WDR-Intendant Klaus von Bismarck setzte sich im September 1984 auf der dreitägigen Jahreskonferenz des International Institut of Communication (IIC), einer unabhängigen Weltorganisation für Kommunikationsforschung und -politik, für die Entwicklung einer „kulturellen Marktordnung“ für den Medienbereich ein; vor dem gleichen Forum meldete der ZDF-Intendant Dieter Stolte die konkrete Forderung an, die neuen Informationstechniken für mehr direkte Kulturvermittlung zu nutzen. Das sind Forderungen, die auch die praktische politische Ebene erreicht haben, wie u. a. Pläne für einen spezifischen „Kulturkanal“ über Satellit verdeutlichen, die der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth im Dezember 1983 vorgelegt hat. Intendanten der Rundfunkanstalten, private Verleger sowie Theater und Filmvertreter sollen danach für ein gemeinsames Modell gewonnen werden, um bei der Nutzung künftiger Satellitenkapazitäten die kulturelle Komponente in der Programmgestaltung zu stärken und damit eine dritte Säule zwischen den bestehenden öffentlich-rechtlichen Anstalten einerseits und den privaten Programmveranstaltern andererseits zu fördern — im Sinne der Fortentwicklung unserer Medienkultur. Auch die Britische BBC prüft in Zusammenarbeit mit einer europäischen Konzertdirektionsgruppe Möglichkeiten zur Errichtung eines „Kulturkanals per Satellit“. Die Vorstellungen gehen dahin, Live-Übertragungen von Opernhäusern, Konzerten und Theatern zu bringen. In London vertraut man auf das große europäische Potential an kulturell Interessierten.

Inzwischen hat der Bundesinnenminister ein umfassendes Forschungsprojekt durchführen lassen, das sich mit den Auswirkungen neuer Informations- und Kommunikationstechniken im Bereich Kunst und Kultur befaßt hat; zentrale Untersuchungsfragen des inzwischen

vorliegenden Berichtes sind vor allem das mögliche Zusammenspiel der neuen Informations- und Kommunikationstechniken, ihr Verhältnis zu den traditionellen Trägern der Kunst- und Kulturvermittlung sowie die Auswirkungen auf die künstlerischen und kulturellen Inhalte.

Die zum Münchner Infratest-Unternehmen gehörende ABT-Forschung, die das Projekt durchführte, erläuterte das Vorhaben u. a. mit dem Hinweis: „Mögliche positive Auswirkungen, aber auch Gefahren lassen sich sowohl im Individualbereich als auch im gesellschaftlichen Bereich finden. So können die neuen Informations- und Kommunikationstechniken einerseits neue künstlerische und kulturelle Betätigungsmöglichkeiten (z. B. Videokunst) eröffnen, andererseits aber auch die Entwicklung eigener Aktivitäten verhindern und lediglich zu einem mehr passiven Rezipieren von Angeboten verleiten. Desweiteren können sie erweiterte Zugangsmöglichkeiten zu Kunst und Kultur für breite Bevölkerungsgruppen eröffnen, wohingegen Befürchtungen dahingehen, daß durch die Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken traditionelle kulturelle Einrichtungen (z. B. Museen, Oper, Theater) einem starken Verdrängungsprozeß ausgesetzt werden können.“<sup>14)</sup>

Ebenso haben die beiden Großen Anfragen zur Kulturpolitik<sup>15)</sup>, die erstmals am 9. November 1984 im Deutschen Bundestag zu einer umfassenden Kulturdebatte geführt haben, Leitlinien einer künftigen kulturellen Medienpolitik markiert. Vor allem der Bundestagsabgeordnete Dieter Weirich wies auf die zusätzlichen neuen kulturellen und kreativen Chancen der neuen Medienentwicklungen hin. Er betonte allerdings auch: Sollte die unterschiedliche Ausgangslage in verschiedenen Ländern zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Künstler führen, müsse darüber nachgedacht werden, ob und wie die Wettbewerbschancen der einheimischen Künstler verbessert werden könnten.

Die noch vor wenigen Jahren erhobene Klage des Züricher Wissenschaftlers Ulrich Saxer, die staatspolitischen Gesichtspunkte domi-

<sup>14)</sup> ABT-Forschung, Auswirkungen neuer Informations- und Kommunikationstechniken im Bereich Kunst und Kultur. Zusammenfassender Bericht, in: D. Weirich/M. Schöneberger (Anm. 1).

<sup>15)</sup> Dokumente der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zur kulturpolitischen Debatte des Deutschen Bundestages vom 8. 11. 1984 sowie Drucksache 10/382 des Deutschen Bundestages.

nierten in der Mediendebatte die kulturpolitischen, bedarf angesichts derartiger Aktivitäten einer differenzierenden Korrektur. Die Neuen Medien werden aber den kulturellen Erwartungen nur dann Rechnung tragen können, wenn neben der kommunikationstechnischen auch die künstlerische „Infrastruktur“ vorausschauend geplant und gefördert wird; wenn sich mit den technischen Neuerungen zugleich auch die programmschaffende Kreativität steigert. Nur dann bieten die Neuen Medien die Chance, Kunst und Kultur besser in ihrer Vielschichtigkeit zu erfassen und zu ermitteln. Wer sagt, wir setzen in der Medienordnung von morgen auf mehr Vielfalt, muß auch dafür Sorge tragen, daß sich die Vielfalt des künstlerischen Schaffens in diesem neuen Medienwettbewerb wiederfinden kann.

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien könnten — so die Prognosen — das Programmangebot für den Bürger bis Ende dieses Jahrzehnts in etwa verzehnfachen. Die zentrale Frage aber lautet: „Haben wir in Zukunft genügend gute Künstler für genügend gute Programme?“ Bereits in den Beratungen der Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ des Deutschen Bundestages wurde 1981/83 deutlich die Befürchtung ausgesprochen, daß es bei einem erweiterten Medienangebot sehr bald zu einer derart breiten Nachfrage nach kreativen Kräften kommen würde, daß angesichts der heute schon bestehenden Marktknappheit dann erst recht ein entsprechendes Angebot an künstlerisch Tätigen fehlen würde. So führte z. B. das ZDF in einer Stellungnahme aus: „Mehr Programmveranstalter lösen eine zusätzliche Nachfrage an fernsehspezifischen Gütern und Dienstleistungen am Markt aus. Da das Angebot aus erfahrenen Spezialisten sowohl bei festen Mitarbeitern als auch bei freien Kräften heute schon knapp ist — als Beispiel seien nur Autoren, Darsteller, Regisseure, Kameraleute und Cutter genannt; überdies gilt das insbesondere für den gesamten Bereich der Redaktion, Produktion und Technik —, werden Löhne und Preise sicher überproportional steigen und so zu weiteren unausweichlichen Mehrbelastungen der bestehenden Veranstalter führen.“<sup>16)</sup>

<sup>16)</sup> Protokolle der Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ des Deutschen Bundestages, Bonn, vom 25. Mai 1981 bis 10. März 1983.

Gefragt sind jetzt auch vor allem die Leistungsträger des kulturellen Lebens, die kreativen Kräfte. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es rund 95 000 hauptberufliche Künstler sowie eine ungefähr doppelt so hohe Zahl von anderen Berufsangehörigen im engeren Medienbereich und in der damit verbundenen Kulturindustrie. Faßt man eine erweiterte Anwenderbranche zusammen, nämlich die Autoren und Künstler, den Verlagsbereich, den Buchhandel, die Bibliotheken, die Museen, die Bühnen, die Filmwirtschaft, den Rundfunk sowie den Bereich der Tonträger, so sind in dem von den Neuen Medien betroffenen kreativen Bereich in der Bundesrepublik Deutschland etwa 450 000 Erwerbstätige beschäftigt. Bayern hält daran den relativ wie absolut größten Anteil. Ihre Beschäftigungsmöglichkeiten sind in dem derzeitigen Medienangebot an einer oberen Grenze angelangt. Film, Fernsehen und Hörfunk, die rund 60 000 künstlerisch oder publizistisch Tätigen — ganz oder teilweise — Arbeit und Einkommen bieten, wälzen ihre zunehmenden wirtschaftlich-finanziellen Engpässe immer deutlicher auf jene Freischaffenden ab. Die deutschen Theater mußten in der Saison 1981/82 ebenfalls die Zahl ihrer Schauspieler, Sänger, Orchestermitglieder zwischen drei und fünf Prozent verringern.

Um so gezielter sind die Spekulationen und Erwartungen im Bezug auf die kommunikationstechnischen Innovationen. Dann, wenn Video, Bildplatte, Kabel und Satellit sich endgültig durchgesetzt haben werden — unter welcher rechtlichen Trägerschaft, in welcher Organisationsform auch immer, dies zu entscheiden ist primär Sache der Kulturhoheit der Länder —, wird es nach allen vorliegenden Marktdaten und Prognosen innerhalb der künstlerisch-kreativen Berufsgruppen einen erheblichen Entwicklungsschub nach vorne geben, mit all den Berufschancen, die damit auch für junge Nachwuchskräfte verbunden sind, wenn sich alle diese Betroffenen frühzeitig auf die veränderten Rahmenbedingungen einstellen<sup>17)</sup>.

Die Dimensionen, um die es alleine für den Film geht, sind beeindruckend: Westeuropas Filmwirtschaft produziert derzeit jährlich bis zu 5 000 Stunden neuer Film- und Fernsehprogramme. Gebraucht werden aber nach unabhängigen Berechnungen in den neunziger

<sup>17)</sup> D. Weirich/M. Schöneberger (Anm. 1).

Jahren jährlich rund 500 000 Programmstunden insgesamt. Nach Schätzungen der EG-Kommission wird 1990 jeder europäische Fernsehteilnehmer zwischen 30 Kabelfernsehprogrammen wählen können; der Programmbedarf wird dann bis zu 1,5 Millionen Programmstunden umfassen.

Da die neuen Informations- und Kommunikationstechniken erheblich erweiterte Kapazitäten zur Verfügung stellen, wird ein großer Bedarf an publizistischen und kreativ-künstlerischen Leistungen entstehen. Es dürfte eine realistische Erwartung sein, daß sich die Zahl der in diesen Bereichen Beschäftigten langfristig etwa verdoppeln wird<sup>18)</sup>.

Es kann uns aber weder beschäftigungspolitisch noch als Kulturnation gleichgültig sein, ob dieses kreative Potential in Deutschland Entfaltung findet oder ob diese künstlerischen Kräfte ins Ausland abwandern, weil sie dort bessere Zukunftschancen sehen: angefangen von konkreten technischen Arbeitsbedingungen etwa in den Studios bis hin zu den vielfältigen und besseren Berufschancen und Darstellungsmöglichkeiten — ganz gleich, ob in Luxemburg, Japan oder in den USA.

Die verfassungsmäßige Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland zum Kulturstaat verpflichtet den Staat nicht nur zum Schutz bestehender kultureller Angebote, sondern auch im Sinne einer Zukunftsvorsorge zur Schaffung von Rahmenbedingungen, daß schöpferische Selbstentfaltung gerade auch in einem neuen Medienzeitalter möglich bleibt — unter Wahrung des von unserer Verfassung garantierten Freiraums von Kunst und Kultur.

Dieses Bekenntnis erfordert einen Katalog praktischer Maßnahmen, der mit einer systematischen Untersuchung über den künftigen Arbeitsmarktbedarf, neue Berufsstrukturen, veränderte Aufgabenfelder und die Ausbildungsperspektiven beginnt. Über allgemeine Hinweise auf die Dringlichkeit einer intensivierte Nachwuchspflege und auf die Risiken einer Verknappung des künstlerischen Angebotes hinaus ist eine mittel- und langfristig angelegte Konzeption erforderlich, wie Künstler, Autoren, Unterhaltungsschaffende in die Neuen Medien, ihre veränderten und erweiterten Ausdrucksmöglichkeiten sinnvoll

eingeführt werden können. Dies beginnt bereits bei der Frage der Ausbildung und Berufsorientierung.

Daneben steht als weitere zentrale Forderung: Die Urheber- und Leistungsschutzrechte der Angehörigen des Kunst-, Kultur- und Unterhaltungsbetriebes müssen auch im Bezug auf die Neuen Medien sichergestellt sein. Diese dürfen nicht zu modernen Raubrittern geistigen Eigentums werden. Lösungen sind allerdings nicht ausschließlich im nationalen Alleingang möglich. Wer aber sagt, die Neuen Medien erweitern die freiheitlichen Gestaltungsmöglichkeiten, die Chancen für kreative Kräfte, muß auch hinzufügen: Es wäre einer der größten Widersprüche dieser sich immer mehr beschleunigenden technischen Entwicklung, wenn sie im Ergebnis zu der Un-Gleichung führen würde: Mehr Freiheit — weniger Recht am geistigen Eigentum. Oder: Mehr geistige Produktivität — weniger Gewinn.

Rechtliche Sicherheit und künstlerische Freiheit gehören zusammen. Es geht hier konkret um die Frage: Wie werden die Urheber- und Leistungsschutzrechte der kreativen Kräfte in der Zukunft abgesichert, wo die individuelle Wahrnehmung von Urheberrechten zunehmend auf ganz praktische Grenzen stößt? Der Schutz des geistigen Eigentums für Schöpfer eines Werkes der Literatur, Wissenschaft, Musik ist eine wichtige, fundamentale Errungenschaft unserer kulturellen Ordnung. Er ist nicht nur ein wesentliches Merkmal des modernen Rechts- und Kulturstaates; er ist gerade in einer Zeit, da die technische Revolution zunehmend umschlägt in eine neue intellektuelle, geistig-produktive Qualität, auch ein Menschenrecht.

Schließlich müssen wir angesichts heute schon bestehender internationaler Restriktionen — siehe Frankreich oder England — über den notwendigen Schutz einheimischer Künstler, besser noch: die Förderung und internationale Wettbewerbsfähigkeit eigener Produktionen frühzeitig nachdenken. Die große Bedeutung der USA als Programmlieferant für den deutschen Markt läßt sich z. B. daran ablesen, daß 1981 ca. ein Drittel ur- und erstaufgeführter Spielfilme in Deutschland aus den USA stammten. Andere Berechnungen kommen zu einem ähnlichen Ergebnis: Ein Drittel der europäischen Fernsehzeiten wird mit importierten Programmen gefüllt. Es besteht die berechtigte Sorge, daß sich diese Einseitigkeit im Softwareangebot bei den Neuen Medien fortsetzen bzw. sogar noch

<sup>18)</sup> H. Afheldt, Neue Medien — Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, Referat anlässlich des Fachkongresses „Neue Medien“ der Konrad-Adenauer-Stiftung, 31. 8. 1983 in Berlin.

verstärken könnte, wenn keine Korrekturen erfolgen. Kultur- und Programmaustausch sind aber keine Einbahnstraße. Ob ein gleichwertiger offener Austausch freilich mit der von verschiedenen Seiten erneut propagierten strikten Reglementierung nationaler Mindestquoten bei der Programmgestaltung erreicht werden kann, bezeichnen Experten als ziemlich fraglich.

Eine solche Politik könne „auch zur Auszehrung und Verhinderung dessen führen, was beim freien Kulturaustausch mit auf die Bahn käme. Kulturelle Ressourcen sind nirgends so üppig, als daß man sie noch quotieren könnte. Mit Zwang läßt sich weder in der Landwirtschaft noch in der Kultur die „Selbstverteidigung Europas“ betreiben: „Die richtigen wirkungsvollen Gegenproduktionen sind gefragt“<sup>19)</sup>, mahnt z. B. der stellvertretende ZDF-Programmdirektor Heinz Ungreit.

Es geht um Fragen unserer kulturellen Identität, d. h. Eigentümlichkeiten und Mannigfaltigkeiten im Ausdruck, um Fragen des internationalen Kultur- und Informationsaustausches, um unsere auswärtige Kulturpolitik — Stichwort: Satelliten —, wenn künstlerische Angebots- und Nachfragestrukturen in einem neuen Medienzeitalter ihren Charakter verändern.

Um international wettbewerbsfähig zu sein bzw. wieder zu werden, brauchen die kreativen Kräfte ebenso ein Klima kulturfreundlicher Ermutigung wie konkrete Förderung und Unterstützung durch entsprechende rechtliche, praktische wie finanzielle Instrumentarien. Dies darf freilich kein Plädoyer für eine falschverstandene Subventionsmentalität sein. Denn sich durchsetzen müssen, war und ist immer auch ein Stück künstlerischer Bewährung. Dies gilt auch im Blick auf neue Entwicklungen.

Die Münchner Ballett- und Chanson-Künstlerin Margot Werner prägte einmal den Satz: „Kabel und Satellit werden kommen. Opposition zu dieser Medienzukunft wäre Demontage an unserer eigenen künstlerischen Zukunft“<sup>20)</sup>. Ein Satz von zukunftsweisender Aktualität.

Aber statt Schranken aufzubauen und Quotierungen festzulegen, die auf einen „Kulturna-

tionalismus“ hinauslaufen würden, fordert z. B. der Europarat, auf dem europäischen Festland ein Klima ausgewogener Zusammenarbeit zu schaffen und dabei besonders die Produktion der Länder mit den schwächsten Kulturindustrien zu beachten. Diese Investitionen in schöpferische Arbeit dürfen aber nicht alleine dem Film gelten, sondern — so der Europarat weiter — ebenso auch dem Reichtum, den die lebendigen Künste wie Tanz, Oper, Musik oder Theater bieten.

Diese Förderung neuer Ideen, origineller Inhalte, programmlicher Innovationen, um quantitativ der verstärkten Nachfrage in der Zukunft Rechnung tragen zu können, könnte vielleicht zugleich die Bereitschaft zur Annahme einer Vielfalt von Ausdrucksformen stärken; dies könnte das Publikum bereichern, es kritischer und von sich aus aktiver machen. Auch die Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ des Deutschen Bundestages forderte 1982/83 Lösungskonzepte<sup>21)</sup> im Bereich internationaler Koproduktionen und der Verleihförderung auf Gegenseitigkeit, der Zusammenarbeit nationaler Filmarchive. Angestrebt wird eine Zusammenarbeit von Staaten, die sich von einem gemeinsamen Kulturbewußtsein geprägt fühlen.

In diesem Sinne ist es Aufgabe einer „kulturellen Medienpolitik“, vorausschauend dafür Sorge zu tragen, daß auch unter den sich in raschem Tempo verändernden kommunikativen Bedingungen in Zukunft die notwendige Balance zwischen den kulturellen Qualitäts- und den sozialen Teilhabeansprüchen der kreativ Tätigen nicht verloren geht. Die angebrochene Medienrevolution verändert die Bedingungen für künstlerisches Schaffen auf vielfältige Weise. Kunst — in welchen Bereichen auch immer — wird in Zukunft noch mehr durch die Medien vermittelt und vielfach erst durch diese wirksam.

So können die Neuen Medien, wenn sie sinnvoll genutzt, verantwortungsbewußt eingesetzt werden, auch einen neuen, erweiterten Kulturauftrag fördern und begründen — als große geistige Tauschplätze. Die neuen Jedermanns-Techniken erhöhen für das Publikum die zeitliche und räumliche Verfügbarkeit künstlerischer-unterhaltender Darbietungen. Kulturelle Angebote werden damit völlig neuen Dimensionen individuell zugänglich

<sup>19)</sup> H. Ungreit, Referat vor der Arbeitsgemeinschaft der Filmjournalisten in Hamburg am 29. 9. 1984.

<sup>20)</sup> Margot Werner, in: Münchner Merkur vom 19. März 1984.

<sup>21)</sup> Protokolle der Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ des Deutschen Bundestages 1981/1983.

und abrufbar. Bisher anstehende Zugangsbarrieren werden abgebaut. Das bedeutet mehr Partizipation, mehr aktives Erleben, mehr Auswahl. Medienforscher beobachten schon seit einigen Jahren eine wachsende Differenzierung und Segmentierung der kommunikativen Bedürfnisse. Der Publikumserfolg neuer Programmanbieter hängt in hohem Maße davon ab, wie sie bei ihren konzeptionellen Überlegungen diesem Trend Rechnung tragen. Unterhaltungsangebote, Spezial- und Spartenprogramme, Pay-TV lassen jedenfalls eine hohe Akzeptanz erwarten. Für Künstler und Produzenten, bisher schon unter dem Zwang strenger Professionalität, wachsendem finanziellen Engagement, erhöht sich die Auswertungschance auf dem Markt, damit der Risikoausgleich für Kreativität. Das schafft Mut zu mehr Engagement, neue Freiräume, Bereitschaft, nicht nur Ideen zu haben, Konzepte zu entwerfen, sondern diese auch in Produktionen umzusetzen. So könnten die modernen Kommunikationstechniken einen spezifischen Beitrag leisten, Vielfalt und Qualität des Kulturangebotes in ein ausgewogeneres Verhältnis zueinander zu bringen.

Aufgabe einer aufgeklärten Medienkultur ist es, alle sich neu darbietenden Möglichkeiten in sinnvolle Verbindungen, kreative Kombinationen und Kompositionen zu bringen. So können durch sinnvolle Zusammenarbeit mit den modernen Kommunikationstechnologien künstlerische Darstellungsformen gesichert, neue geschaffen, bisherige schöpferische Spielräume erweitert werden.

Keine offene Zukunftsentwicklung kann durch Garantien abgesichert werden, aber es

könnte das kulturelle Umfeld durch die Neuen Medien erweitert und fortentwickelt werden. Das schließt auch die Chance ein, etwa über Video- und Bildschirmtext bessere, aktuellere und dezentrale öffentliche Informationen über das kulturelle Angebot zu ermöglichen oder eine gezielte Dokumentation bedeutender künstlerischer Ereignisse mit vielfältigen Verwendungsformen.

Die neuen Techniken könnten zur Kultur — kein Privileg mehr für wenige, sondern ein Angebot an alle — einen spezifischen Beitrag leisten. Den Ausdrucksformen einer pluralistischen Gesellschaft, in der sich einheitliche Kulturformen immer mehr auflösen, kommt jedenfalls die Tendenz zur Individualisierung der Kommunikationsmittel im Sinne einer größeren Differenzierung und Spezialisierung unserer Medienkultur, unserer kulturellen Ordnung insgesamt sehr entgegen. Dies setzt freilich auch die Öffnung unserer Gesellschaft für einen Kulturbegriff voraus, der herausführt aus einer elitär-esoterischen Verengung, sich für breite Schichten erweitert und, wie Jacob Burckhardt vor hundert Jahren schon interpretierte, ein Inbegriff wird für „alle Geselligkeit, alle Techniken, Künste, Dichtung und Wissenschaften. Die Welt des Beweglichen, Freien, nicht notwendig Universalen; desjenigen, was keine Zwangsgeltung in Anspruch nimmt“.

Die neuen Informationssysteme sind lediglich ein technischer Baukasten. Er kann so oder so zusammengesetzt und mit Inhalten gefüllt werden. Die derzeitige „Medienrevolution“ ist somit auch und gerade eine kulturpolitische Herausforderung ersten Ranges.



# Informationstechnik und gesellschaftliche Zukünfte

## Optionen zwischen Telematik und Wertewandel

### I. Zeitenwende als Methodenproblem

Am Eingang ins Zeitalter der Information steht ein Widerspruch. Für viele ist die ehemalige Faszination am technischen Fortschritt in Angst vor den Risiken der technischen Zivilisation umgeschlagen. Sie glauben nicht mehr daran, daß das Weltbild der industriellen Gesellschaft eine Zukunft haben kann. Aber es gibt andere, die Mehrheit, die glauben, daß das jüngste Produkt des industriell-technischen Fortschritts, der Computer, ein Überleben im materiellen Wohlstand sichern werde. Dieses Spannungsfeld soll hier das Thema sein.

Letztlich sind es zwei fundamentale Entwicklungen, die sich aus dem gegenwärtigen Nebeneinander unterschiedlicher Trends, Stimmungen, neuen Polarisierungen deutlich hervorheben: Der von der ökonomischen und politischen Elite vorangetriebene Prozeß der „Informatisierung“<sup>1)</sup> der Gesellschaft korrespondiert bislang in auffälliger Weise nicht mit jener Entwicklung, die von dem Glauben bestimmt wird, daß das mechanistische Weltbild, das unsere Kultur jahrhundertlang beherrscht hat, unwiderruflich der Vergangenheit angehört. Offensichtlich ist es bislang weder wissenschaftlich-technisch, geschweige denn wirtschaftlich und politisch gelungen, die in dem jetzt und wohl noch für längere Zeit ablaufenden gesellschaftlichen Umbruchprozeß erkennbaren neuen Prinzipien, Werteorientierungen und neuen Zielvorstellungen schon mit dem durch die Mikroelektronik angestoßenen Prozeß des (informations-)technologischen Wandels zu verzahnen. Zu kraß liegen die Entwicklungsmöglichkeiten von Computern, Robotern, Bürosystemen und Expertensystemen und deren Vernetzung *neben* jener ebenfalls gesellschaftspolitisch wirkenden Dynamik, die prinzipiell andere Denkkategorien und Bezugs-

systeme als wesentlich für die Erreichung menschlicher und gesellschaftlicher Ziele hält.

Die erste Hypothese lautet daher:

— *Die Computertechnologie steht wegen ihrer formalen Eigenschaften prinzipiell und logisch unversöhnlich jener fundamentalen Entwicklung gegenüber, die die Abkehr von der christlich geprägten materialistischen, quantitativen Wertauffassung zugunsten eines ganzheitlichen, d. h. eines ökologisch orientierten, Weltbildes für geboten hält.*

Ob die Mikroelektronik mit der auf ihr basierenden neuen Informations- und Kommunikationstechnik einmal mehr den historisch bekannten Industrialisierungszyklus des „Stirb und werde“ anstößt, kann für viele und immer mehr Menschen in den entwickelten Industriegesellschaften des Westens doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die technische Zivilisation zunehmend ihre Faszination verliert. Zu wenig systematisch können und werden die gleichberechtigten Belange von Natur, Mensch und Gesellschaft im Fortschrittsmodell der industriellen Gesellschaft berücksichtigt. Die Notwendigkeit zur Transformation unserer technisch-industriellen Infrastruktur in der Weise, daß sie mit der Struktur unseres ökologischen Systems in Einklang steht<sup>2)</sup>, ist eine Forderung, die von immer mehr Menschen angesichts der industriellen Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen erhoben wird. Denn es wird offensichtlich immer deutlicher, daß von einer weiterhin automatisch funktionierenden „stillen Akzeptanz“ (technischer Fortschritt = gesellschaftlicher Fortschritt) — gerade wegen der technologisch neuen Qualität der Computertechnologie — nicht mehr ausgegangen werden

<sup>1)</sup> Begriffe wie „Informatisierung“, „Umbruchprozeß“, „Expertensysteme“ werden unten inhaltlich eingeführt und in ihren Konsequenzen offengelegt.

<sup>2)</sup> Vgl. C. Amery, *Natur als Politik*, Reinbek 1976; G. Zellentin, *Abschied vom Leviathan. Ökologische Aufklärung über politische Alternativen*, Hamburg 1979.

kann<sup>3)</sup>. Die Radikalität und Konsequenz, mit der die „Informatisierung“ einen totalen Rationalisierungs-<sup>4)</sup> und Zentralisierungsprozeß<sup>5)</sup> auslöst, macht immer betroffener.

Hinzu kommt der Zweifel, ob die durch den Computer noch gesteigerte Zweckrationalität tatsächlich geeignet ist, die anstehenden Probleme der Umbruchphase besser zu meistern. Kann Maschinenintelligenz solche Entscheidungen und Kommunikationsformen ersetzen, die gerade menschliche Qualitäten wie Weisheit, Respekt, Verstehen und Toleranz erfordern? Eben weil menschliche Rationalität nie von Intuition, von Emotionalität getrennt werden kann und unser Denken immer von körperlichen Wahrnehmungen und Vorgängen begleitet ist<sup>6)</sup>, setzen sich zunehmend und offensichtlich jene Argumente der Kritik aus, die den menschlichen Körper als „eine Maschine“ analysieren. Eine naturwissenschaftlich-elementaristische Weltbetrachtung prägt die Auffassung von einer möglichen Trennung des Menschen in Geist und Materie und kann dann folgerichtig auch den Computer als Metapher für Gehirn, Verstand und menschliche Intelligenz einsetzen und damit hantieren<sup>7)</sup>.

Das uralte Spannungsverhältnis zwischen Natur und Kultur, also die immerwährende Irritation von Tradition und Innovation, soll hier am aktuellen Diskussionsgegenstand der „Moderne“ behandelt werden: Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die Mechanisierung der

geistigen Tätigkeit als Durchgangsstation zu neuen menschengemäßen kulturellen Horizonten gewertet werden kann. Dazu ist es notwendig, die Begründung der Computertechnologie und ihrer sozialen „Nützlichkeit“ aus dem Blickwinkel einer naturwissenschaftlichen Interpretation der Welt darzulegen. Dies führt zu einer weiteren Schlüsselfrage: Welchen Beitrag können die der Logik des Computers innewohnenden Eigenschaften eigentlich für eine nach anderen nicht-materialistischen Werten ausgelegte Gesellschaft der Zukunft leisten?

Dies führt zu der zweiten Hypothese:

— *Der Versuch, die „gesellschaftliche Herausforderung der Informationstechnik“<sup>8)</sup> zu ermitteln, muß ergebnislos bleiben, solange nicht gesellschaftliche Ziele, Werte und verpflichtende Vorstellungen über das jenseits des gegenwärtig ablaufenden kulturellen Wandels liegende Weltbild als heutiger Maßstab zur Beurteilung der Nützlichkeit, Notwendigkeit und der Einsatzmöglichkeiten des Computers eben zur Erreichung dieser Zukunftsziele herangezogen werden. Wieweit ist dieses in der gegenwärtigen Phase des Paradigmenwechsels<sup>9)</sup> zu leisten?*

Aus diesem Blickwinkel wird die Orientierungslosigkeit der gegenwärtigen Zeit offenbar. „Das Alte löst sich auf, das Neue will noch nicht werden“<sup>10)</sup> — dies gilt insofern, als die qualitative Umorientierung hin zu einem anderen Weltbild noch nichts über die soziale und technische Struktur dieser „Zukunftsgesellschaft“ aussagt. Die Diskussion über „alternative Zukünfte“<sup>11)</sup> oder über „Szenarien für die sanfte Wende“<sup>12)</sup> deuten dieses Dilemma

<sup>3)</sup> Die technologisch neue Qualität wird hier insbesondere in der gesellschaftlich nicht kontrollierten Selbständigkeit automatisch kommunizierender Informationssysteme gesehen. Vgl. unten das Kapitel „Zur Logik der Telematik“.

<sup>4)</sup> Vgl. dazu zum Beispiel U. Briefs, Alternativen zur Rationalisierungstechnologie — Computerisierung unter den Bedingungen der ökonomischen Stagnation und Krisenhaftigkeit, in: O. Ulrich (Hrsg.), Die Informationsgesellschaft als Herausforderung an den Menschen, Frankfurt 1984, S. 79—92; D. Janshen, Kabelfernsehsysteme im Rationalisierungsprozeß der Industriegesellschaft, in: Politische Vierteljahresschrift, (1979) 2, S. 135—152.

<sup>5)</sup> Vgl. dazu zum Beispiel K. Lenk, Informationstechnik und Gesellschaft, in: G. Friedrichs/A. Schaff (Hrsg.), Auf Gedeih und Verderb. Mikroelektronik und Gesellschaft. Bericht an den Club of Rome, 1982, S. 289—326; W. Steinmüller, Computer in öffentlichen Verwaltungen, in: Leviathan, (1975) 4, S. 508—543.

<sup>6)</sup> Vgl. F. Capra, Ende oder Wende? Optionen der Informationsgesellschaft, in: gdi impuls, (1984) 3, Rüschiikon 1984.

<sup>7)</sup> Zur Problematisierung der Unterschiede zwischen menschlicher und technischer Informationsverarbeitung vgl. K. Haefner, Die neue Bildungskrise, Basel 1982, S. 105 f.

<sup>8)</sup> Vgl. dazu die Tagung der OECD im November 1984 in Berlin zum Thema: 1984 und danach. Gesellschaftliche Herausforderung der Informationstechnik.

<sup>9)</sup> Ein Paradigma ist ein Gedankenrahmen (vom griechischen paradeigma: Muster). Ein Paradigma ist ein Schema, um gewisse Aspekte der Wirklichkeit zu verstehen und zu erklären. Ein Paradigmenwechsel ist eine eindeutig neue Denkweise im Hinblick auf alte Probleme. Das neue Paradigma wird nicht „berechnet“, sondern plötzlich gesehen: Einsteins Spezielle Relativitätstheorie bildete das neue Paradigma, das Newtons Beschreibung mechanischer Kräfte ersetzte.

<sup>10)</sup> E. Bloch, Über das Problem Nietzsches, in: Das freie Wort, (1906)6, S. 566—570, wieder abgedruckt in: Ernst-Bloch-Archiv, Ludwigshafen (Hrsg.), Bloch-Almanach, 3. Folge, 1983, S. 76—80.

<sup>11)</sup> Vgl. C. Böhret, Wohin steuern wir? Alternative Zukunftsperspektive am Ende des 20. Jahrhunderts, Speyer 1981.

<sup>12)</sup> Vgl. R. Lutz, Die sieben Zukünfte. Szenarien für die sanfte Wende, in: gdi impuls, (1984) 2, Rüschiikon 1984.

an. Aber die Entwicklung und die zunehmende soziale und wirtschaftliche Integration der Computertechnologie ist real und gegenwärtig. Damit werden jetzt Fakten geschaffen, Straßen in die Zukunft gelegt und programmiert<sup>13)</sup>. Jetzt müßten Antworten darüber erarbeitet werden, welcher humane und soziale Nutzen z. B. von der 1985 anlaufenden „Digitalisierung des Fernsprechnetzes“ bzw. der ab 1990 möglich werdenden „Integration von Schmal- und Breitbanddiensten der Individualkommunikation (ISDN)“<sup>14)</sup> in der Zukunft ausgehen — denn dann wirken die *heutigen* Strukturentscheidungen.

Oft wird in diesem Zusammenhang von einer die Entwicklung begleitenden Technologiefolgenabschätzung<sup>15)</sup> viel erwartet.

Die dritte Hypothese lautet:

— *Der Versuch, mit Hilfe der heutigen Methoden der Technologiefolgenabschätzung (TA) Anhaltspunkte für soziale Konsequenzen zu finden, kann prinzipiell solange nicht gelingen, als die soziale und politische Entwicklung in der Gesellschaft und ihre Repräsentanz als „Gruppe“ nicht als „dynamischer Basisfaktor“ in die Bewertung von Technologien und deren Beitrag zur Erreichung gesellschaftlich als wünschenswert angesehener Ziele einbezogen werden.*

*Die systemimmanenten Methoden der TA von heute enthalten keine Maßstäbe dafür, wie eine soziale Entwicklung, die sich prinzipiell anderen Werten und Zielen als denen der Industrialisierung verpflichtet fühlt, zu behandeln ist. Kann es weiterhin richtig sein, daß soziale Phänomene ignoriert werden müssen, weil das formelle Methoden- und Wissenschaftsverständnis einer elementaristisch-naturwissenschaftlichen Auffassung*

*von „Objektivität“ hierfür keine Verwendung hat?*

Die Tabuisierung der gesellschaftlichen Entwicklung, die Reduzierung der Technologiefolgenabschätzung auf eine Ex-post-Analyse bereits entwickelter Technologien und die Nicht-Existenz einer Verantwortungsethik des handelnden Technikers (konkreter des Informatikers)<sup>16)</sup> sind Fehler der Vergangenheit.

Die Vorgehensweise orientiert sich an den obigen Hypothesen. In einem ersten Schritt wird die neue Technostruktur der Telematik abgesteckt und insbesondere bezüglich des Zusammenspiels ihrer Eigenschaften mit dem schon bekannten Trend zur stetigen Bürokratisierung sozialer Aktivitäten analysiert. Als Ergebnis werden Anhaltspunkte darüber erwartet, wie das komplementäre Vordringen von Informatisierung und Bürokratisierung zu einer neuartigen Formalisierung des gesellschaftlichen Lebens führt — wobei insbesondere die anthropologischen Konsequenzen der Informatisierung von Interesse sind.

Im nächsten Schritt ist die angedeutete Auffassung zu entfalten, daß wir in einer fundamentalen Umbruchphase leben, in der aber doch prinzipiell die Strukturen mindestens zweier alternativer gesellschaftlicher Zukünfte deutlich zu markieren sind. Dieser Analyseschritt ist notwendig, um der hier zu behandelnden Grundfrage näher zu kommen, ob sich Anhaltspunkte darüber ermitteln lassen, in welcher Weise die mit der Informatisierung von Arbeit und Freizeit auf den Menschen wirkenden Konsequenzen blockierend oder fördernd auf die eine oder andere „Wahrheit“ von gesellschaftlicher Zukunft wirken.

In einem dritten Schritt soll gefragt werden, ob das Instrument der Technologiefolgenabschätzung methodisch kompetent ist, zwischen diesen fundamentalen Entwicklungen zu vermitteln. Es geht also darum, was TA leisten müßte, um die in der Informatisierung liegenden humanen und sozialen Risiken mit den sich abzeichnenden prinzipiellen Erfordernissen für eine ökologische Überlebensfähigkeit politikrelevant herauszuarbeiten.

<sup>13)</sup> Der entscheidende qualitative Sprung in den sozialen Auswirkungen wird nach der Integration der verschiedenen Datennetze eintreten.

<sup>14)</sup> Vgl. dazu: Konzept der Deutschen Bundespost zur Weiterentwicklung der Fernmeldeinfrastruktur, Bonn 1984. ISDN steht für „Integrated Services Digital Network“ und meint die Absicht, die verschiedenen Netze und Dienste der Post in einem einzigen „dienstintegrierten“ Netz zusammenzufassen.

<sup>15)</sup> Aus der Fülle der Literatur vgl. insbesondere auch wegen des didaktischen Aufbaus C. Böhret / P. Franz, Technologiefolgenabschätzung. Institutionelle und verfahrensmäßige Lösungsansätze, Frankfurt 1982.

<sup>16)</sup> Vgl. F. Kienecker, Kommunikationstechnologie und Kulturverantwortung, in: Archiv für das Post- und Fernmeldewesen, (1984) 2, S. 140—147.

## II. Zur Logik der Telematik

### 1. Informatisierung und Bürokratisierung

Der Schwerpunkt der öffentlichen Diskussion liegt heute noch bei den zahllosen neuen Anwendungsmöglichkeiten der Mikroelektronik und den davon erwarteten Impulsen für eine gesteigerte wirtschaftliche Produktivität durch verbesserte Rationalisierung. Verstärkt hat sich aber in der Debatte ein breiteres Verständnis über die Informationstechnik, wobei insbesondere jener politische Brisanz entwickelnde Aspekt, der sich mit den absehbaren Möglichkeiten einer Verbindung der Computertechnik mit der Nachrichtentechnik befaßt, in den Vordergrund rückt. Schon 1977 haben die Franzosen *Nora* und *Minc* auf die komplexen Chancen einer Verschmelzung von Telekommunikation und Informatik (zur *Telematik*) aufmerksam gemacht. Sie haben dabei vor allem auch die weitreichenden sozialen und politischen Risiken einer „Informatisierung der Gesellschaft“ abgesteckt<sup>17)</sup>.

Tatsächlich ist der Trend zur Informatisierung immer weiterer Arbeits- und Lebensbereiche zu einem zentralen Charakteristikum der umfassenden Durchdringung aller gesellschaftlicher Bereiche durch vielfältigste Formen und Anwendungen der Informationstechnik geworden. Die gestiegenen Möglichkeiten der Verknüpfung und Vernetzung unterschiedlicher Informationen<sup>18)</sup> stellt jene neue Qualität dar, die es geboten erscheinen läßt, zukünftig nicht mehr nur das einzelne Telekommunikations-Endgerät (z. B. den Computer, das Bildschirmtext-Gerät, die Speicher-Schreibmaschine, den Fernkopierer) zu betrachten, sondern stets mit zu bedenken, daß jedes so „harmlose“ Gerät für sich gesehen nur der sichtbare Teil einer gigantischen, elektronischen, im Gesamtüberblick *nicht* sichtbaren

Technostruktur ist, nämlich des weit verzweigten und eng vernetzten Telefonnetzes der Deutschen Bundespost. Der Aufbau einer Telematik-Infrastruktur ist ausdrückliches Ziel der Deutschen Bundespost<sup>19)</sup> und der Telekommunikationsindustrie<sup>20)</sup>. Die Vorteile des Telefonnetzes<sup>21)</sup> dienen als Grundlage, um zu einer enormen Vermehrung der mit dem „neuen“ Netz und mit zahllosen *miteinander* kommunikationsfähigen „intelligenten“<sup>22)</sup> Maschinen zu einem rasanten Anstieg der nutzbaren Kommunikations-Dienstleistungen zu kommen.

Der Ersatz der direkten, zwischenmenschlichen Kommunikation durch eine technische, über Geräte vermittelte Kommunikation, liegt in der Logik der Telematik, zumal, wie es scheint, auch alles gemacht werden soll, was sich technisch im Bereich der Kommunikationsmedien anbietet: 1847 gab es als Kommunikationsmedium nur den Telegraph. 1877 kam das Telefon dazu. 1930 gab es vier Kommunikationsdienste. Heute sind es 17. Im Jahre 1990 werden es voraussichtlich 23 sein.

Erstaunlicherweise wird der mit der nationalen Telematik-Infrastruktur einhergehende

<sup>19)</sup> Vgl. dazu u. a. BMFT (Hrsg.), Konzept der Bundesregierung zur Förderung der Mikroelektronik und der Informations- und Kommunikationstechnik, Bonn 1984.

<sup>20)</sup> Zu den Argumenten der Telekommunikations-Industrie vgl. u. a. die Beiträge der Vertreter von Siemens, SEL, IBM auf der 25. Post- und Fernmeldetechnischen Fachtagung des Verbandes Deutscher Post-Ingenieure vom 5. bis 6. April 1984 in Hannover.

<sup>21)</sup> Das Telefonnetz in der Bundesrepublik Deutschland ist das flächenmäßig am dichtesten ausgebaute Netz. Es hat die bei weitem größte Teilnehmerzahl (25 Mio.), es dient der geschäftlichen wie auch der privaten Kommunikation, seine technischen Einrichtungen für Massenverkehr sind nicht hoch spezialisiert, daher preiswert. Die technischen Bedingungen sind weitgehend international standardisiert.

<sup>22)</sup> „Intelligente Maschinen“ meint hier lediglich, daß es ein zentrales Charakteristikum eines jeden telematik-fähigen Gerätes sein wird, die ihm in digital aufbereiteter Form zugeführten Daten (sei es eines Textes, Bildes, Tons, der Sprache) entweder zu speichern, abzugeben, weiterzuleiten, zu empfangen und wieder auszugeben in der gewünschten Informationsart. Diese Aktionen können automatisch, d. h. gesteuert nach Programm, Kennwort usw., ohne Zwischenschaltung eines Menschen ablaufen („selbständig kommunizierende Informationssysteme“); vgl. W. Steinmüller, Informations-technologien und gesellschaftliche Macht, in: WSI Mitteilungen, (1979) 8, S. 426—436.

<sup>17)</sup> Vgl. als Klassiker S. Nora/A. Minc, Die Informatisierung der Gesellschaft, Frankfurt 1979.

<sup>18)</sup> Was ist Information? Allgemein gilt, wenn für einen Menschen eine Nachricht aus gegebenem Anlaß und in einer konkreten Situation eine besondere Bedeutung erlangt, wird sie zur Information. M. a. W.: die digital aufbereiteten Nachrichten (technischer, wirtschaftlicher, sozialer, personaler Art) sind Daten und solange keine Information, als nicht ein Mensch oder ein technisches Gerät aus bestimmtem Anlaß, in konkreter Situation mit spezifischem Interesse diese Daten dann als zweckgebundene Information abfragt. Die Literatur zur Problematik des Informationsbegriffes ist sehr groß; vgl. zum Beispiel J. Schnepel, Gesellschaftliche Ordnung durch Computerisierung, Frankfurt 1984, S. 33 f.

Zwang zur „Informatisierung“ immer weiterer gesellschaftlicher Bereiche nicht politisiert<sup>23</sup>). Die Erkenntnis, daß die „Informatisierung“ in charakteristischer Weise den schon seit längerem bekannten Trend einer zunehmenden Bürokratisierung aller sozialer und wirtschaftlicher Aktivitäten belebt, ist ein Aspekt, der in den USA schon seit längerem unter dem Stichwort „bürokratischer Konservatismus“ diskutiert wird<sup>24</sup>).

Um die sich wechselseitig verstärkenden Wirkungen beider formaler Prozesse in ihren Konsequenzen für die zunehmende Formalisierung des Wissens bzw. die Wissensentleerung des Menschen abschätzen zu können, ist ein analytisch schärferer Blick auf die die Logik der Telematik bestimmenden Eigenschaften notwendig.

Computer beruhen ihrer ganzen Funktionsweise nach auf der Formalisierung von Entscheidungsstrukturen. Die einzige Logik, die ihnen entspricht, kann nur nach den Kriterien richtig oder falsch vorgehen (binäre Logik). Die dazu notwendige Formalisierung inhaltlicher Aussagen erfolgt dergestalt, daß genau definiert wird, welche Form Aussagen besitzen müssen, und daß nur eine bestimmte Kombinatorik zulässig ist (*und* und *oder* und *nicht*), die dann nach ihrem jeweiligen Wahrheitsgehalt abgefragt wird. Dieses algorithmische Verfahren zur Lösung von Problemen ist einem Spiel, z. B. dem Schachspiel, vergleichbar; es funktioniert nur, wenn die Spielregeln vorher festgelegt sind und sich alle daran hal-

<sup>23</sup>) Ein wesentlicher Grund liegt dafür wohl in der „Unsichtbarkeit“ der informationellen Verknüpfung und der Nutzung z. B. personenbezogener Daten durch Dritte. Die Großtechnologie z. B. des Kernkraftwerkes war sinnlich erfahrbar. Das immaterielle Produkt „Information“ ist dagegen nicht konkret erlebbar und nur über äußere Strukturen (Volkszählung, maschinenlesbare Identitätskarte usw.) politisierbar, wie die jüngste Vergangenheit zeigte.

<sup>24</sup>) Die Entstehung und Ausbreitung neuartiger, formaler, informationell begründeter Strukturen, Routinen, Standards durch die sich in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen Ebenen ausbreitende Informatisierung kann als grundsätzlicher Prozeß zur Veränderung spezifisch menschlicher Denkvorgänge bewertet werden. Diese Tendenz der formalen Konsequenzen von Informatisierung (aber auch von Bürokratisierung) muß hier entfaltet werden, weil in der oberflächlich bleibenden Frage nach den „gesellschaftlichen Herausforderungen der Informationstechnik“ der Computer nur als neues Instrument begriffen wird, nicht aber in seiner qualitativ neuen Dimension, nämlich als Subjekt, das in den kulturellen Wandel grundsätzlich eingreift; vgl. S. Turkle, Die Wunschmaschine. Vom Entstehen der Computerkultur, Reinbek 1984.

ten. Solche Lösungsverfahren können sehr komplex, ja fast unüberschaubar sein; ihr mechanischer Charakter bleibt aber auch dann erhalten. Gerade die Logik der Computerprogramme veranlaßt zu der Meinung, der Computer befreie von dem Routinehaft-Wiederkehrenden. Er befreit die Betroffenen nicht davon, sondern konfrontiert sie an ihrem Bildschirm-Arbeitsplatz ständig mit derartigen streng geregelten Abläufen.

Kein Problem kann durch einen Computer erklärt werden, er kann es nur zerlegen und damit bearbeitbar machen. Computer simulieren Wirklichkeit, aber nur in der Form, daß alle Uneindeutigkeit im integrierten Schaltkreis verschwindet. Auf diesen formalen Vorgängen der Null-Eins-Logik des Computers baut sich nun der Prozeß der „Informatisierung“ weiter auf. Damit der Computer (und immer mitgedacht die zahllosen anderen digital operierenden Telekommunikationsgeräte) überhaupt arbeiten können, müssen alle sachlichen und sozialen Informationen in eine maschinengemäße Form — also in Nullen und Einsen — aufgelöst werden. Diese mittlerweile industriemäßige Aufbereitung der Wirklichkeit in eine „künstliche Realität“ geht auf die spezifische stoffliche Natur des Produktes, nämlich der besonderen Ware „Information“, zurück.

Im Gegensatz zu anderen Produktionsprozessen ist das Produkt „geistiger“ Arbeit, die Information, ein *immaterielles* Produkt. Mit der maschinellen Aufbereitung der Daten können die Objekte — Sachen und Personen — quasi durch eine Verdoppelung informationell abgebildet werden. Neben den „Originalen“ existiert danach ein informationelles Abbild eines Objektes, ein sogenannter Datenschatten. Diese Datenschatten sind selektive Abstraktionen der Wirklichkeit. Ein Schatten zeigt jedoch nur die Umrisslinie etwa einer Person oder eines Sachverhaltes, wobei sich die Form des Umrisses danach bestimmt, aus welcher Perspektive die „Beleuchtung“ erfolgt. Charakteristisch für den Verdattungseffekt ist vor allem seine „Unsichtbarkeit“. Derjenige also, der über seine Daten nicht verfügt, ihre Vernetzung mit anderen Daten nicht kennt und auch über ihre Verwendung nichts weiß, kann sich im eigentlichen Sinn des Wortes kaum ein Bild von dem machen, was eigentlich mit ihm bzw. den Informationen über ihn geschieht<sup>25</sup>). Ein ähnlich wichtiger Aspekt wie

<sup>25</sup>) Vgl. G. Dörr/E. Hildebrandt/R. Seltz, Kontrolle durch Informationstechnologien in Gesellschaft und Betrieb, in: Jürgens/Naschold (Hrsg.), Arbeitspolitik, Opladen 1984, S. 171—197.

die geringe Sichtbarkeit der informationellen Prozesse ist die Verknüpfungsmöglichkeit verschiedener Informationen. Vor allem die *Herauslösung* unterschiedlichster Informationen aus ihrem spezifischen Entstehungszusammenhang und die über die Telematik-Infrastruktur sich öffnenden, automatisch ablaufenden Möglichkeiten zur Verknüpfung verschiedenster, zu verschiedenen Anlässen gesammelten Daten macht den Prozeß der Informatisierung überaus nützlich für die formalen Prozesse der Bürokratisierung.

„Informatisierung und Bürokratisierung der Gesellschaft sind geistig verwandte Prozesse. Beide wurzeln in der offensichtlichen Überlegenheit formaler Strukturen, wenn es um die Erreichung bestimmter Ziele geht. Die deutliche Parallele zwischen Informatisierung und Bürokratisierung bestärkt den Verdacht, daß der Vorsprung von Organisationen beim Einsatz der Informationstechnik nicht ausschließlich auf wirtschaftliche oder politische Gründe zurückzuführen ist.“<sup>26)</sup>

Die Fähigkeit, formalisierte Information zu verarbeiten, nützt der Bürokratie, die prinzipiell dazu neigt, sowohl ihre internen Strukturen als auch die Wahrnehmung ihrer Umgebung in formale Raster zu pressen<sup>27)</sup>. Die Informatisierung, also die zweiwertige Auflösung technischer, wirtschaftlicher, sozialer und personaler Realität, verstärkt tendenziell den Prozeß der Bürokratisierung der Gesellschaft, weil sie bürokratischen Formen der Problemlösung größere Effizienz verleiht. An die formalen Bedingungen und Zwänge der Bürokratie haben wir uns irgendwie angepaßt. Jetzt erhält aber das Vordringen weiterer formaler Elemente in die Gesellschaft mit Hilfe der Informatisierung und spezifisch dazu entwickelter Programme der „künstlichen Intelligenz“<sup>28)</sup> eine neue Qualität. Jetzt

<sup>26)</sup> Vgl. K. Lenk (Anm. 5), S. 321.

<sup>27)</sup> Das klassische Büromodell Max Webers geht u. a. von dem Merksatz aus, „daß die Bürokratie einen kontinuierlichen regelgebundenen Betrieb von Amtsgeschäften darstellt“; vgl. M. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Originalausgabe Tübingen 1922, S. 125 f.

<sup>28)</sup> „Künstliche Intelligenz“ ist ein unscharfer, vieldeutiger, übergreifender Sammelbegriff für eine Reihe sehr unterschiedlicher Forschungs- und Anwendungsgebiete. Eine weitverbreitete Version der Definition ist folgende: „Die Forschungsrichtung der ‚künstlichen Intelligenz‘ befaßt sich mit dem Bau intelligenter Maschinen, d. h. der Entwicklung von Programmsystemen, die intelligente Fähigkeiten haben. Diese ‚Wissensmaschinen‘ sollen Aufgaben bewältigen, die in der Regel menschliche Intelligenz verlangen.“ Vgl. A. Schwabl, *Künstliche Intelligenz und Expertensysteme*, in: *Die Neue Ge-*

geht es um den Binnenbereich des Menschen, seine Denkstrukturen, also um die technische Einengung des Erfahrungswissens, um den Ersatz der Lebenswirklichkeit durch eine künstliche, formalisierte Computerrealität, kurz: um die auf die Spitze getriebene Verdinglichung sozialer Erfahrungshorizonte. Dies macht die eigentliche anthropologisch bedeutsame Konsequenz der strukturellen Eigenschaften der Telematik aus.

## 2. Informationstechnik als Trendverstärker

Daß neue Technologien als Verstärker bestimmter, in der Gesellschaft bereits vorhandener Trends wirken und alten Tendenzen — z. B. dem Vordringen bürokratischer Verhaltensmuster — neue Werkzeuge liefern, ist bekannt<sup>29)</sup>. Ganz besonders gilt dies für die Informations- und Kommunikationstechnik; sie verstärkt vorhandene Zentralisierungs- und Rationalisierungstendenzen. Das weitere Vordringen formaler Elemente jetzt über den Arbeitsbereich hinaus in den Bereich von Freizeit und Familie muß als allgemeine Konsequenz der Informatisierung gewertet werden. Eindeutig verstärkt die Telematik den Prozeß der Entfremdung, indem sie sich mit ihren Maschinen in die zwischenmenschlichen Beziehungen hineinschiebt, im Verhältnis Mensch-Maschine den Stellenwert der Maschine über den des Menschen stellt und so dem Vordringen einer „Computerkultur“ Vorschub leistet<sup>30)</sup>.

Die eigentliche Provokation in diesem Trend zur Überfremdung durch eine vom Computer diktierte instrumentelle Zweckrationalität liegt für den Menschen in den Maschinen der nächsten, der fünften Computer-Generation. Damit sind „Wissensmaschinen“ gemeint, die auf der Grundlage von Programmen der „künstlichen Intelligenz“ das Wissen von Experten „aufschlürfen“<sup>31)</sup>, um damit als technische „Expertensysteme“ den Menschen von

*sellschaft/Frankfurter Hefte*, (1985) 1; St. Lem, *Gläubige Maschinen*, in: *Summa technologiae*, Frankfurt 1976, S. 211—223.

<sup>29)</sup> „Informationstechnik hat eine Doppelnatur: Wenn sie nicht mit einem Netz von sozialen Innovationen gekoppelt wird, so verstärkt sie gewisse Tendenzen, die der gegenwärtigen Industriegesellschaft immanent sind...“; vgl. C. Lutz, *Westeuropa auf dem Weg in die Informationsgesellschaft*, Rüschnikon 1984.

<sup>30)</sup> Vgl. S. Turkle (Anm. 24).

<sup>31)</sup> Zit. nach E. Feigenbaum/P. McCorduck, *Die Fünfte Computer-Generation. Künstliche Intelligenz und die Herausforderung Japans*, Basel 1984, S. 77.

seinen im Lebensprozeß erworbenen Erfahrungen zu entleeren. Diese Übertragung des fachlichen Könnens von den Menschen auf die Maschine wird aber nicht nur einige Experten berühren. Die entsprechend ausgerüsteten Technologien erfassen auch breitere und tiefere Zonen der Qualifikationspyramide: „Beispiele dafür sehen wir im Bereich des ‚Computer Aided Engineering‘<sup>32)</sup>, das erlaubt, mit weniger Routine auszukommen, weil bereits ein großer Teil routinemäßigen Ingenieurwissens im Rechner implementiert ist. Ähnliches bieten uns Textsysteme moderner Bauart, die, mit eingebautem Lexikon oder Grammatik, in der Lage sind, synthetische Briefe zu erzeugen. Roboter schließlich sind als intelligente Systeme fähig, mit höherer Präzision, also nicht nur ausdauernder und zuverlässiger, sondern auch noch mit höherer Präzision und deshalb besserer Qualität zu arbeiten und gestatten insgesamt eine ökonomisch rationellere Fertigung.“<sup>33)</sup> Deutlich ist dabei, daß Facharbeiter, Techniker, Büroangestellte, aber auch Spezialisten die von diesen neuartigen Maschinen mehr oder weniger Betroffenen sind.

Diese technischen Möglichkeiten zur Enteignung und Mechanisierung des Wissens im Bereich dieser breiten Berufsqualifikationen liegen in der Logik der von der industriellen Gesellschaft nicht zu trennenden Rationalisierungsbemühungen — die Telematik ist dabei ein neuartiges Instrument zur Verstärkung dieses Prozesses. Was da wirkt, ist nicht die abstrakte Vernunft der Aufklärung im Sinne der Befreiung des Menschen, es ist das übersteigerte Walten einer Zweck-Mittel-Logik, die tendenziell alle Lebensäußerungen dem Gesichtspunkt quantitativer Effektivität unterwirft<sup>34)</sup>. Diese macht nicht halt vor der Subjektivität des Menschen, seinen von der Natur mitgegebenen Fähigkeiten zu assoziativem Denken, zur Kombinatorik, zur logischen Deduktion, zum wechselseitigen zwischenmenschlichen Dialog.

„Menschen, die ständig mit routinierten Abläufen zu tun haben, werden selbst in gewis-

<sup>32)</sup> Abkürzungen wie CAD, CAM oder CAE stehen für „computerunterstützter“ Entwurf, Fertigung oder — wie hier — Ingenieur Tätigkeit (also Planung, Konzeption usw.).

<sup>33)</sup> Zitiert nach K. Haefner, Was ist der Mensch gegenüber der intelligenten Maschine?, in: gdi impuls, (1984) 3, Rüşchlikon 1984.

<sup>34)</sup> Vgl. J. Prott, Rationalisierung von Arbeit und Freizeit — Verlust kommunikativer Kompetenz?, in: Rundfunk und Fernsehen, 32 (1984) 3, S. 330 bis 340.

ser Weise routinen- und automatenhaft.“<sup>35)</sup> Die Instrumentarisierung und Anpassung des Menschen an die Regeln einer technischen Funktionslogik verwischt die für ein „Kopf-Zeug“ (wie dem Computer) so besonders kritische Abgrenzung zwischen menschlicher und maschineller Kompetenz. Lange entwickelte Begriffe der menschlichen Kultur wie „Wissen“, „Dialog“, „Partner“ und „Intelligenz“ werden auf Maschinen abgebildet, selbst (oder gerade wenn) auch nur Teilbereiche davon verwendet werden<sup>36)</sup>. Die Versuchung, die Regelmäßigkeit von Computern auch auf das „normale“ Leben zu übertragen, ist groß für jene, deren Wirklichkeitserfahrung von Computern, Kabeln, Terminals und den in den Computerprogrammen vorgegebenen starren Interpretationen der sozialen Realität bestimmt wird. Vielleicht ist dies aber nur eine Übergangsphase. Denn umgekehrt gibt es auch Tendenzen, die Rationalität, das Denken und alles Verstandesmäßige, was als Kennzeichen des Menschen gilt, ganz dem Computer zu überlassen, um sich auf das Emotionale, das damit als der wahre Kern des Menschen erscheint, zurückzuziehen. Das boomartige Vordringen von Mystik, Meditation, von Esoterik dürfte hier seinen Ursprung haben. Nicht zuletzt — und das ist von besonderem Interesse hier — könnte die Hinwendung zu neuen Werten, anderen gesellschaftlichen Zielen, die Entwicklung eines neuen ganzheitlich orientierten Bewußtseins auch als Reflex einer inneren Flucht des Menschen vor der Einbindung in die instrumentelle Welt der hochtechnisierten Gesellschaft interpretiert werden. Dieser Aspekt wird noch von Interesse sein.

Wer viel mit inhaltsentleerten Symbolen umgeht, sich oft als Herrscher in der programmierten Kunstwelt des Computers aufhält, sich in ausgearbeiteten Sonderwelten abkapselt, der bekommt Probleme im Umgang mit dem Mitmenschen<sup>37)</sup>. Die gefühlsmäßige

<sup>35)</sup> Vgl. W. Volpert, Macht die Arbeit am Computer stumpf?, in: Blick durch die Wissenschaft, (1984) 11, S. 90—100.

<sup>36)</sup> Vgl. K. Brunnstein, Perspektiven und Risiken der informationstechnischen Entwicklung aus europäischer Sicht, in: O. Ulrich (Anm. 4), S. 14—32.

<sup>37)</sup> Vgl. W. Volpert, Denkmaschinen und Maschinendenken: Computer programmieren Menschen, in: psychosozial, 6 (1983) 18, S. 10—29; vgl. zu den psychologischen Konsequenzen des Computers auch die Arbeit von S. Turkle (Anm. 24), aber auch J. Weizenbaum, Die Macht des Computers und die Ohnmacht der Vernunft, Frankfurt 1977; P. Brödner / D. Krüger / B. Senf, Der programmierte Kopf, Berlin 1982; K.-D. Heß, Automatisierung geistiger Prozesse — Was bedeutet: Menschliche Fä-

Kontaktfähigkeit wird zerstört, das Vermögen zur sinnlichen Erkenntnis der Wirklichkeit erlahmt. Die Enteignung von Erfahrung, das Vordringen von technischem Funktionswissen schafft Verletzlichkeiten und Abhängigkeiten vom Computer. In dem Maße, wie die direkt-wechselseitige zwischenmenschliche Kommunikation durch eine technische Kommunikation ersetzt wird, geht der Demokratie eine politische Substanz verloren, nämlich die Entwicklung und Einbringung kommunikativer Kompetenzen, gepaart mit individuellem Erfahrungswissen. Weil die mediale Kommunikation die interpersonale Kommunikation verdrängt, die Bildorientierung über die Wortorientierung dominiert, Maschinen-Denken zum zeitgemäßen Denken wird, breitet sich rationales Denken aus, wird Mehrdeutigkeit durch formale Eindeutigkeit ersetzt, werden Simulationen bevorzugt, bei denen aus bekannten Bedingungen eindeutige Maßnahmen abgeleitet werden<sup>38</sup>).

Ob sich aber diese Tendenzen in Richtung, Tempo und Intensität durchsetzen, ist prinzipiell offen in dem Sinne, daß eine bestimmte Entwicklung für möglich und wahrscheinlich gehalten wird. Sie ist nicht zwangsläufig, zumal, wie angedeutet, auch Entwicklungen vorstellbar sind, wonach der Mensch als hochkomplexes, dem Computer weit überlegenes Wesen fähig ist, die eigentlich als persönlichkeitschädigenden Risiken einzuschätzenden Konsequenzen der Informatisierung „wegzustecken“, d. h. in neue Hoffnungen umzusetzen.

Informationstechnik als Trendverstärker? Ja! Vordergründig fördern die verwandtschaftlichen Prinzipien von Informatisierung und Bürokratisierung — unter verstärktem Einsatz neuer Wissensmaschinen — die Prägung des menschlichen Denkens nach den formalisierten Regeln des Computers.

Aber könnte dies nicht eine Durchgangsstation sein? Verstärken sich nicht gerade dadurch auch Tendenzen, die von einer neuen Denkweise im Hinblick auf alte Probleme gekennzeichnet sind? Warum beobachten wir in

---

igkeiten verschwinden im Computer?, in: N. Müllert (Hrsg.), *Schöne elektronische Welt*, Reinbek 1982, S. 124—145.

<sup>38</sup>) Vgl. H. Kubicek, *Glasfasernetze als Autobahnen zum elektronischen Büro und zum elektronischen Heim*, in: DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz (Hrsg.), *Medientag 1982*, Mainz 1983; H. G. Rolff, *Lehren und Lernen in der Schule unter den Bedingungen neuer Informationstechniken*, in: O. Ulrich (Anm. 4), S. 132—147.

den letzten zehn Jahren, und zunehmend deutlicher, daß der vertraute Gedankenrahmen unseres mechanistischen Weltbildes von vielen nicht mehr als ausreichende Perspektive zur Bewältigung der Zukunft akzeptiert wird? Warum entdecken viele in sich, daß es von Natur aus eine Einheit von Körper und Geist gibt, und die Vernachlässigung, die Verdrängung der spirituellen Qualität des menschlichen Seins eine Verkümmern von Lebensmöglichkeiten darstellt? Ist die persönliche und gesellschaftliche Transformation im Denken und Bewußtsein, die Definition und der Glaube an eine den Menschen, nicht Institutionen, in den Mittelpunkt stellende Politik — wir nennen diese Vorgänge Wertewandel, sozialer Wandel — nicht längst ein sozialer Prozeß, der wie eine „Verschwörung“ um sich greift und neue, fundamental andere politische Prinzipien zum Tragen bringen will? (Otto Schily: „Die Grünen vertreten eine andere politische Kultur.“) Fördert die „Entmenschlichung der Kommunikation“ die Hervorbringung übergeordneter Werteprinzipien, wonach die Wiedervereinigung von Natur und Kultur, von technischer Welt und natürlicher Welt zur Maxime einer „neuen Politik“ werden muß? Objektiviert sich eine veraltete Vorstellung von menschlichem Wissen gerade zu dem Zeitpunkt in maschinellen „Expertensystemen“, zu dem immer mehr Menschen erkennen, daß es auf ein „höheres Prinzip“, also auf ganzheitliche Sichtweisen und persönliche Sinnerfüllung, ankommt? Wird formalisiertes Denken, gefördert durch die Telematik, gerade dann zu einem Massenphänomen, da die moderne Naturwissenschaft dieses elementaristische, mechanistische Weltbild weithin für überwunden und obsolet erklärt?<sup>39</sup>).

Daß die neuen sozialen Bewegungen als Reflex der Risiken des technischen Fortschritts begriffen werden können, ist sozialwissenschaftliches Allgemeinut<sup>40</sup>). Die Feststellung, daß die Informatisierung die Tendenzen zur Mechanisierung jetzt auch der geistigen Tätigkeit verstärkt, scheint das durch die neuen sozialen Bewegungen repräsentierte neue Bewußtsein weiter zu verstärken. Eine kühne Annahme?

---

<sup>39</sup>) Vgl. dazu insbesondere C. F. v. Weizsäcker, *Die Einheit der Natur*, München 1971; F. Capra, *Das Tao der Physik*, Bern 1983.

<sup>40</sup>) Vgl. zum Beispiel J. Raschke, *Politik und Wertewandel in den westlichen Demokratien*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 36/80, S. 23—45.



Welche Mechanismen und Erklärungsmodelle sind erkennbar, um die Dynamik der Hervorbringung einer — nach konventionel-

len Maßstäben — alternativen gesellschaftlichen Zukunft zu fördern und welche Prinzipien sind dabei bestimmend?

### III. Der Zusammenprall von Wellen

#### 1. Alternative gesellschaftliche Zukünfte

Wir leben in einer Periode des Umbruchs. In der sozialen Realität sind unschwer eine Fülle von Elementen, Trends, Polarisierungen und Stimmungen erkennbar, die, würden sie geordnet, die Annahme bestätigen könnten, daß wir an einem historischen Kreuzungspunkt stehen: Es öffnen sich Wege für alternative gesellschaftliche Zukünfte.

Unterschiedliche Zukunftsvorstellungen finden je für sich Anhänger. Dies gibt sowohl der einen als auch der anderen Richtung die Wirkungskraft. Zukünfte entwickeln sich nur selten als etwas völlig Neues: Immer sind Vergangenheit und Gegenwart und vor allem die davon geprägten Menschen dabei<sup>41)</sup>. Irgendetwas geschieht, geht in diesen Menschen vor, deutlich zumal in hochentwickelten Industriegesellschaften. Scheinbar plötzlich erkennen und glauben mehr und mehr Menschen, daß nur noch ein radikaler Wandel unserer gesellschaftlichen Institutionen, Wertebegriffe und Vorstellungen die eng miteinander verbundenen und stark voneinander abhängigen Probleme lösen kann.

Der Glaube an den technischen Fortschritt als Problemlöser ist abhanden gekommen. Dieser Überzeugung folgt ein anderes Realitätsempfinden, eine andere Interpretation von „Wahrheit“. Diese Version der Denk- und Sichtweise sieht in der sozialen Realität eine Fülle von Anzeichen heranwachsen und aufkeimen, die auf eine dramatische Veränderung in den Gedanken, Wahrnehmungen und Wertebegriffen schließen lassen. Hier wird ein neues Weltbild, ein neues Paradigma, definiert, empirisch (u. a. neue soziale Bewegungen) abgesichert, zyklentheoretisch begründet und politisch formiert. Das neue Paradigma ist von einer ganzheitlichen ökologischen Sicht geprägt.

Diametral entgegengesetzt wirkt aber weiterhin noch jenes Weltbild, das die letzten Jahrhunderte strukturiert hat, nämlich die Ver-

sion von „Wahrheit“, die glaubt, daß die wissenschaftliche Methode der einzig gültige Zugang zum Wissen ist, welche von einer Trennung von Geist und Materie ausgeht. Diese begreift Natur als ein mechanisches System, postuliert das Leben in der Gesellschaft als einen Konkurrenzkampf und setzt auf die Richtigkeit eines unbegrenzten materiellen Fortschritts durch wirtschaftliches und technologisches Wachstum.

Diese „Wahrheit“ steckt in einer fundamentalen Krise — sagen die einen. Jetzt komme das Zeitalter neuer Konzepte von Raum, Zeit und Materie. Sie werde Wirtschaft und Technologie anders („menschengemäßer“) strukturieren; eine ökologische und feministische Betrachtungsweise werde vordringen. Kurz: Das Neue habe eine spirituelle Qualität — sagen die „Verschwörer im Zeichen des Wassermannes“<sup>42)</sup>.

Die Gläubigen der materiellen „Wachstums-Gemeinde“ sehen dagegen aber gerade jetzt, mit Hilfe des Computers, eine weitere Chance zur Bewältigung der Zukunftsprobleme durch „Superindustrialisierung“<sup>43)</sup>.

Was stimmt denn nun? Beides — zunächst noch! Dies läßt sich im Rahmen zyklentheoretischer Annahmen über den Verlauf des sozialen und wirtschaftlichen Geschehens in den letzten Jahrhunderten bis heute einigermaßen plausibel begründen. Das Denken in Zyklen, in Wellen, sensibilisiert für neue Möglichkeiten zur Analyse sozialer und politischer Prozesse und damit auch für die Möglichkeit zur Gestaltung der Zukunft. Die Betrachtung der Geschichte, sei es die — zeitlich kürzere — der industriellen Gesellschaft oder die — zeitlich längere — der kulturellen

<sup>42)</sup> Vgl. den Klassiker der „New-Age-Bewegung“, M. Ferguson, Die sanfte Verschwörung. Persönliche und gesellschaftliche Transformation im Zeichen des Wassermannes, München 1984.

<sup>43)</sup> Vgl. u. a. A. Toffler, Die Dritte Welle Zukunftschance. Perspektiven für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts, München 1983, S. 139 f.; J. Huber, Die verlorene Unschuld der Ökologie, Frankfurt 1982, S. 43.

<sup>41)</sup> Vgl. C. Böhret (Anm. 11).

Werthaltungen aus der Perspektive zyklentheoretischer Entwicklungsmodelle, wird eine Fülle von Phänomenen feststellen, die mit eindeutiger Regelmäßigkeit wiederkehren. Über den kausalen Zusammenhang, der diese Regelmäßigkeit hervorbringt, ist damit noch nichts gesagt<sup>44)</sup>.

Die Erforschung der langen Wellen hat eine inzwischen hundertjährige Geschichte. Die Untersuchungen über „lange Wellen“ konzentrieren sich auf die industrielle Entwicklung seit der Französischen Revolution. Ziemlich einheitlich ist das Bild der langen Perioden, welches von den „Wellenforschern“<sup>45)</sup> über den Verlauf und die zentralen „Wende“-Ereignisse der Industrialisierung angegeben wird: Die erste Periode der Mechanisierung — durch die Dampfmaschine und den Webstuhl — begann mit der Französischen Revolution und reichte bis zur Zeit der Revolution von 1848. Die nächste Welle, sie stand im Zeichen der Eisenbahn, beginnt 1848 und reicht bis 1893. Die dritte Welle ist die der Elektrifizierung und dauerte bis zum Anfang des Zweiten Weltkrieges. Die letzte Welle, deren Ende noch nicht erreicht ist, steht unter dem Zeichen der Massenmotorisierung.

Diese Industrialisierungswelle läuft noch, und schon deutet sich mit der Mikroelektronik eine neue Innovationswelle an, mit den damit gegebenen Möglichkeiten zum informationell orientierten Umbau industrieller und bürokratischer Strukturen. Es ist festzuhalten: Diese „langen Wellen“ umfassen Perioden von ca. 50 Jahren und orientieren sich an technologischen Innovationen. Eine solche „kurzfristig“ orientierte zyklentheoretische Betrachtung der Vergangenheit mit ihrer inhaltlichen Verengung auf technische Basiserfindungen hat keine Maßstäbe für die Existenz und Wirksamkeit von tatsächlich längerfristigen Wellen, d. h. von Trends und Phänomenen, die über das „künstliche“ System Industrie hinausgehen, um z. B. auch Veränderungen der Bewußtseins- und kulturellen Verhaltensformen im Zeitablauf zyklisch zu erfassen.

So ist z. B. für Toffler<sup>46)</sup> die erste Welle die Agrarrevolution; Sie dauerte von 8000 v. Chr.

<sup>44)</sup> Vgl. J. Huber (Anm. 43), S. 16.

<sup>45)</sup> Vgl. als Basisliteratur über Industrialisierungszyklen: N. D. Konratieff, Die langen Wellen der Konjunktur, Berlin 1972; J. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1952; E. Mandel, Der Spätkapitalismus, Frankfurt 1972; H. Kahn, Der kommende Boom, München 1983; R. Schwendter, Zur Geschichte der Zukunft, Frankfurt 1982.

<sup>46)</sup> Dies gilt auch für Kahn (Anm. 45).

bis ungefähr 1650/1750 n. Chr. Die zweite Welle ist der Prozeß der Industrialisierung und beanspruchte nur zwei Jahrhunderte. „Heutzutage geht die Entwicklung noch weit aus schneller vonstatten, und so wird wahrscheinlich die dritte Welle innerhalb weniger Jahrzehnte über uns hinwegfegen.“<sup>47)</sup> Für Toffler (und erst recht für Kahn) ist die neue Periode im Grunde eine alte, nur mit neuen Technologien, also eine „Superindustrialisierungswelle“.

Aber dies ist nur *eine* Version der sozial wirkenden „Wahrheit“. Die andere geht von real langfristigen Zyklen aus, ist aber nicht an Dingen, also z. B. Innovationen, orientiert, sondern an Tierkreiszeichen, an Sternbildern.

Vertreter<sup>48)</sup> dieser vielleicht umfassenderen Vision von „Wahrheit“ denken in Wellenlängen von 500 bis 1000 Jahren. Danach stehen wir in einer „Wendezeit“, weil am Ende dieses Jahrtausends das alte, also materialistisch-naturwissenschaftlich geprägte Weltbild durch ein neues, ganzheitliches Paradigma abgelöst wird. Nicht zufällig trifft dies genau zusammen mit dem Übergang in das Zeitalter des Aquarius, des Wassermanns.

„Astrologische Zyklen stellen die ältesten und umfassendsten Erklärungsmodelle für die Entwicklung des Menschen dar. So zeigen die letzten fünf, sechs langen Wellen, die immer im Zeichen eines Tierkreises stehen, interessante Analogien zur Realität.“<sup>49)</sup> Danach ist der bevorstehende Übergang um das Jahr 2000 von Bedeutung: Das Zeitalter der Fische, geprägt vom Christentum und dem Vordringen westlicher Denkweisen, wird durch das Wassermann-Zeitalter abgelöst, das die Menschheit als eingebettet in die Natur betrachtet. Offenbar wird die Zahl der an diese „Zukunftsversion“ glaubenden Menschen immer größer.

Was wir also zur Zeit als Umbruch konstatieren, als Auflösung von Identitäten erkennen, als Orientierungslosigkeit und Ortlosigkeit bewerten — bei weiter bestehender Kontinuität formaler Strukturen, Institutionen und Ritualen —, ist das Wirken, der Zusammenprall, die Kollision zweier Kulturen, zweier Wahr-

<sup>47)</sup> Vgl. Toffler (Anm. 43), S. 21.

<sup>48)</sup> Hiermit sind in erster Linie die „Theoretiker“ des „New Age“ zu nennen, etwa neben Ferguson, Capra auch G. Trevelyan, Eine Vision des Wassermann-Zeitalters. Gesetze und Hintergründe des „New Age“, München 1984.

<sup>49)</sup> Vgl. R. Lutz (Anm. 12).

heiten, eben zweier Wellen: Einer neuen Innovationswelle — wobei allerdings das Prinzip des Industrialismus historisch auf dem absteigenden Ast sitzt — und einer Welle des „neuen Bewußtseins“, die erst noch voll zum Durchbruch kommen soll, aber eben schon wirksam ist.

„Computopia“ und „sanfte Wende“ könnten als Stichworte für die gesellschaftliche Wirksamkeit zweier extremer Geistesauffassungen stehen. Was charakterisiert sie? Befruchten die Konsequenzen der einen Welle vielleicht erst recht die Hervorbringung der anderen Welle?

### III. Computopia und/oder „Sanfte Wende“

„Computopia“ ist ein Wortgebilde, das einen umfassenden, geschichtlich belegbaren und damit „besetzten“ Begriff mit einer modernen technologischen Vokabel zusammenspannt: Utopia und Computer.

Utopia zielt auf Utopie als ein Ort für Sehnsucht, Flucht und Projektion. Dieses „Nirgendland“ könnte „Gegenbild“ von heute, aber auch Endpunkt von Entwicklungen bedeuten. Gegenwartserfahrung wird in die zeitliche und räumliche Ferne hochgerechnet. Utopien zu haben ist für viele ein Gefühl der Befreiung, enthebt es doch der Konfrontation mit unvorhergesehenen Veränderungen. Die Entwicklung, das Weiterschreiten vollzieht sich dann nicht mehr wahllos, ziellos, orientierungslos, zufällig, schicksalhaft, sondern steuerbar, prognostizierbar, erkennbar. Die Projektion der Utopie ist die „Führungsgröße“; die Gesellschaft wird zum Objekt, das „geregelt“ wird — und zwar durch den Regler, also den Computer<sup>50</sup>).

Unsere hochtechnisierte Zivilisation wird mit der Integration des Computers und dessen Vernetzung in alle Bereiche sozialer Realität regelbar — die gleichgeschaltete, technisch steuerbare „Gesellschaft“ der Zukunft —, genannt wird sie die „Informationsgesellschaft“<sup>51</sup>). Diese Zukunftsgesellschaft steht im Zeichen der Telematik, also einer neuen, globalen Informationsordnung.

Information ist darin zur Ware geworden; sie hat zur Neo-Kolonialisierung zwischen denen geführt, die Computerdaten haben, und jenen, die informationell abhängig sind. Die Gleichschaltung der geistigen Tätigkeit war als eine

zentrale Konsequenz dieses Computopias herausgearbeitet worden. Die Hinwendung zum Emotionalen, die wachsende Begeisterung für Fantasy und Mystik, für „Selbstgemachtes“, also die Förderung der Wiedergeburt traditionsreicher alter Techniken, war als mögliche Flucht aus der Rationalität der technischen Gesellschaft, als Flucht vor der künstlichen Realität des Computers angedeutet worden.

André Gorz macht aber noch auf eine für uns hier interessante weitere Konsequenz von Computopia aufmerksam, nämlich der wahrscheinlichen Tatsache, daß der Beschäftigungseffekt informationserzeugender und -verarbeitender Tätigkeiten weitgehend ausbleiben wird: „Nehmen wir an, daß das jährliche Wirtschaftswachstum ab jetzt bis zum Beginn des nächsten Jahrhunderts 2 bis 2,5 % betragen wird, d. h. daß es von heute bis zum Jahr 2001 insgesamt 40 bis 50 % ausmachen wird. Nehmen wir des weiteren an, daß sich die Produktivität in Zukunft nicht schneller erhöht als bisher, nämlich um 3,5 bis 4 % pro Jahr. Die Arbeitseinsparung, die wir somit bis zum Jahr 2001 zu verzeichnen hätten, würde sich auf ungefähr 30 % belaufen. Man könnte also 40 bis 50 % zusätzlichen Reichtums mit einem um ein Drittel reduzierten Arbeitsquantums erzeugen.“<sup>52</sup>)

Daraus folgt: Wenn ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit vermieden werden soll, muß die jährliche Arbeitsdauer (bei uns zur Zeit etwa 1 600 Stunden pro Jahr) um ein Drittel herabgesetzt werden. Das wiederum aber würde heißen, daß die Lohnarbeit nicht mehr eine einzige Tätigkeit und Hauptinhalt des Lebens zu sein braucht. Es wird für viele, nicht nur für die Jungen und die Erwachse-

<sup>50</sup>) Vgl. H. Glaser / K. Stahl, Computopia — oder brauchen wir ein neues Biedermeier?, in: Die Wiedergewinnung des Ästhetischen, München 1974, S. 79—100.

<sup>51</sup>) Die Literatur zum Thema „Informationsgesellschaft“ ist mittlerweile kaum mehr zu überschauen; vgl. als eine Grundlage Nora/Minc (Anm. 17).

<sup>52</sup>) Vgl. A. Gorz, Ein Weg zum Paradies auf Erden? Mögliche Nutzung der Informationstechnologie für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft, in: gdi impuls, (1984) 3, Rüschnikon 1984.

nen über 55, ein Wachstum an Zeit geben, also an Möglichkeiten für selbständige, auf selbstbestimmte Ziele ausgerichtete Aktivitäten auf der Ebene von Basisgemeinschaften, in Netzwerken, in Kooperativen usw.

Selbstbestimmte Tätigkeiten ohne wirtschaftliches Ziel, weil die Automaten, die Roboter, die Wissensmaschinen nahezu alles Technische machen und wissen, könnten im Bereich ästhetischer, philosophischer, anthroposophischer Werte zu Kreativitäten führen, die das Humane, Ganzheitliche im Menschen und in bezug zur Natur auf eine neue zukunftsöffnende Grundlage stellen. Durch Computerisierung zur humanen Gesellschaft? Diese Schlußfolgerung aus dem Wirken von Telematik und was diese mit dem Menschen macht, scheint verwegen. Klaus Haefner hat diese Fiktion einer „human computerisierten Gesellschaft“ als konsequente Weiterentwicklung der eingeleiteten Integration des Computers als Utopie für die Zukunft propagiert<sup>53</sup>).

Aber das hat es noch nie gegeben, daß der technologische Wandel an sich befreiend wirkt — was Haefner auch so nicht behauptet. Die Dimension des Politischen und die Wirksamkeit von sozialen und politischen Prozessen kommen bei ihm aber zu kurz. Der Appell an die „Politik“ von heute, also an die kanalisierten Interessen, an routinisierte Entscheidungsverfahren ist zu sehr an Institutionen fixiert — denn real geschieht nichts, was darauf schließen läßt, daß die etablierte Politik die sozialkulturelle Herausforderung der Telematik als Handlungsanforderung begriffen hätte. „Ohne kulturellen und politischen Willen wird sich das befreiende Potential einer bestimmten Technologie nie verwirklichen.“ (Gorz). Allerdings ist dieser Wille wohl nicht in der formierten, industriegesellschaftlich orientierten Interpretation von „Wahrheit“ zu suchen. Tatsache bleibt aber, daß allein Wertvorstellungen die eigentliche Grundlage und Triebkraft für zielgerichtetes Handeln sind. Und diese Werte wandeln sich. Wir stehen mitten im kulturellen Wandel, eines Wandels der Wertvorstellungen und Weltbilder, und dies könnte, so glauben tatsächlich viele, mit dem Eintritt ins Wassermann-Zeitalter die „sanfte Wende“ beschleunigen. Fördert also die Telematik die sanfte, ökologisch orientierte Wende? Wird also un-

<sup>53</sup>) Vgl. K. Haefner, Mensch und Computer im Jahre 2000. Ökonomie und Politik für eine human computerisierte Gesellschaft, Basel 1984.

ter dem Druck des Computers die Frage nach dem Geist im Verhältnis zur Maschine zu einem zentralen kulturellen Thema? Schaffen neue Wertvorstellungen und neue Verhaltensweisen andere Formen direkter Politik?

Woran konkret orientiert sich die „sanfte Wende“? Die „sanfte Wende“ — wie sie sich in Szenarien mit Stichworten wie „Ökotopia“, „Findhorn“ und „Gaia“ spiegelt<sup>54</sup>) — orientiert sich an Naturgesetzmäßigkeiten, an Prinzipien der „Selbstgestaltung des Lebendigen“<sup>55</sup>); sie geht von einem untrennbaren, gleichgewichtigen Gefüge von Mensch, Gesellschaft und Natur aus, um dies als Vorbild für eine neue politische Kultur, eine neue Politik, zu nehmen. Es gilt dabei, Naturzwecke und Gesellschaftsinteressen aufeinander abzustimmen, die politischen Prozesse und Organisationen in die natürlichen Abläufe einzupassen, also auf natürliche Gesetzmäßigkeiten hin zu ordnen. Der „energetische Imperativ“, die Wechselbeziehung zwischen Ordnung und Energieumsatz, ist dabei zentrales Prinzip. Energie ist Grundkategorie der Erkenntnisse über die Entfaltung aller Arten, die Bewegungen und Beziehungen zwischen ihnen und ihr Verhältnis zum ökologischen System. Alle Lebens- und Stoffwechselprozesse auf der Welt kommen durch Energieumsatz zustande, sie folgen eigenen Gesetzmäßigkeiten, nach denen sich auch das ökologische Gleichgewicht selbst regelt. Die Ordnung von Gesellschaft und Staat ist demnach nicht nur von den Produktionsverhältnissen, sondern auch von den Beziehungen zur Leben ermöglichenden Substanz Energie bestimmt<sup>56</sup>). Versuche, zu einer energetisch begründeten Gesellschaftsanalyse zu kommen, gab es schon Ende des 19. Jahrhunderts. Daß Politiktheorien schon sehr viel länger durch naturwissenschaftliche Denkmodelle geprägt waren, zeigt sich deutlich bei den Staatstheorien von Hobbes im Vergleich zur klassischen Newtonschen Mechanik<sup>57</sup>).

Das Denken in überschaubaren Netzwerken, in Gruppen, das Vertrauen in den Anderen, das Wissen darüber, daß im „alten“ Alltag für „Sehende“ durchaus schon das Neue erkenn-

<sup>54</sup>) So betitelt Lutz (Anm. 12) einige seiner Zukunfts-Szenarien.

<sup>55</sup>) Vgl. Vorwort von Capra in Ferguson (Anm. 42).

<sup>56</sup>) Vgl. G. Zellentin (Anm. 2); auch F. Capra, Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild, Bern 1984.

<sup>57</sup>) Vgl. O. Ulrich, Theoriengeschichte und Naturwissenschaften, in: Politische Vierteljahresschrift, (1984) Sonderheft 15, zum Thema Politische Theoriengeschichte, S. 80—97.

bar ist — die Zukunft —, gibt vielen Hoffnung. Da wird alles dieses und noch viel mehr aktuell politisch bestimmt, z. B. bei den GRÜNEN in der Bundesrepublik Deutschland durch den Konflikt zwischen „Fundamentalisten“ und „Realisten“. Der Ansatz: „Wir müssen fundamental bleiben, dann werden wir stärker“ — also nicht mit den „Altparteien“ zusammengehen — entspringt dem Denken

in Zyklen, also der Erwartung, die „Verschwörer im Zeichen des Wassermannes“ werden sowieso stärker, ohne sich — zu früh — in Zusammenarbeit mit den etablierten Parteien, die ihren Strukturen entsprechend doch nur Computopia bauen können, zu korrumpieren. Zu fragen wäre, welche Rolle könnte die Technologiefolgenabschätzung in diesem sozialen Prozeß einnehmen?

#### IV. Zur Kompetenz der Technologiefolgenabschätzung

Der Versuch, die psychosozialen Konsequenzen des Computers mit den bekannten Methoden der Technologiefolgenabschätzung (TA) zu erfassen, wird scheitern. Womit soll wissenschaftlich abgewogen werden zwischen dem, was bei der Rationalisierung an handwerklichen Werten im einzelnen verloren geht, und dem gesamtgesellschaftlichen Nutzen verbreiteter Massengüter? Welcher Arbeitsplatz ist befriedigender, der eines Drehers oder der des Bedieners einer rechnergestützten Werkzeugmaschine?

Die Entwicklung der TA<sup>58)</sup> zeigt, daß die Beurteilung von „technologischen Systemen“ wissenschaftlich zwar zu leisten ist, aber allein mit wissenschaftlichen Mitteln sind keine Probleme zu lösen. Es gibt keine objektiven wissenschaftlichen Methoden, um das jeweilige Für und Wider der Nutzung der Technik und gar ihrer zukünftigen Entwicklung zweifelsfrei zu ermitteln. Dazu ist deren Verflechtung mit Traditionen und kulturellen Werten zu eng. Diese Verengung verschärft sich noch in Zeiten des Wertewandels; noch weniger ist es möglich, von einer breiten, gesellschaftlich getragenen Zukunftsgestaltung zu sprechen. Im sogenannten Spiel der Herrschenden aus Wirtschaft und Politik wird Zukunft geformt: Mit den neuen technologischen Möglichkeiten der Telematik soll Computopia gebaut werden.

Wirkungsforschung gerinnt dabei zur Akzeptanzforschung (z. B. bei Kabelpilotprojekten: Welche TV-Programme werden von wem gesehen? Einschaltquoten? usw.) und wird als Legitimations- und Durchsetzungsinstrument

mißbraucht. Alle heute bekannten Konsequenzanalysen sind technologiexfixiert, kaum sozialorientiert, geschweige denn fähig, die Deformationen des psychischen Verhaltens unter dem Einfluß des technischen und bürokratischen Formalismus abzuschätzen.

Technologiefolgenabschätzung ist ein Reflex des technischen Wandels, sie ist institutionell überhöht — ein Expertenthema. Aus methodischen Gründen muß sie warten, bis das zu bewertende technologische System installiert ist, um in der Praxis nach Veränderungen im sozialen Umfeld der neuen Technologien zu forschen (neue Qualifikationen, anderer Arbeitsablauf usw.). Von *Rückholbarkeit* einer einmal eingeführten Technologie aus Gründen, die eigentlich aus nicht zumutbaren sozialen und kulturellen Veränderungen infolge der Einführung der neuen technischen Entwicklung herrühren, kann keine Rede sein. Wir halten es für selbstverständlich, daß die Dynamik technologischer Prozesse eine ganze Gesellschaft erfaßt und verändert.

Ob sich als Reflex dieser undemokratischen Praxis in der Einführung neuer Leittechnologien<sup>59)</sup> in nächster Zeit wohl ein Denkansatz durchsetzt, der den breiten gesellschaftlichen Einsatz von Massentechnologien abhängig macht von der Frage, ob und wie weit gesellschaftlich akzeptierte Ziele damit erreicht werden können? Gerade im Zeitalter der Telematik könnten diese Ziele das Recht auf menschengemäße Arbeit, das Recht auf informationelle Souveränität, das Recht auf Schutz der Persönlichkeit sein. Läßt sich daraus nicht ein Ansatz formen, der die Veränderung der Gesellschaft und damit der Menschen durch

<sup>58)</sup> Vgl. zur historischen Entwicklung der Diskussion über Technologiefolgenabschätzung F. Büllingen, Schmiermittel oder Mittel zur Emanzipation, in: Wechselwirkung, (1984) 22, S. 16—18.

<sup>59)</sup> Die aufgezeigten Industrialisierungszyklen stehen jeweils im Zeichen einer solchen Leittechnologie: z. B. Eisenbahn, Mikroelektronik.

Informatisierung und deren kulturellen Konsequenzen abhängig macht von einem breiten gesellschaftlichen Konsens darüber, ob es akzeptabel sein kann, daß ein kurzfristiger wirtschaftlicher Nutzen den länger nachwirkenden sozialen und humanen Schaden sowie die nicht mehr ersetzbaren kulturellen Verluste übersteigt?

Ein solcher „gesamtgesellschaftlicher“ Dialog über die Wünschbarkeit und Einsetzbarkeit „strategischer“ Technologien, also solcher, die, sollen sie effektiv sein, auf eine Veränderung und technisch diktierte Formierung der Gesellschaft angewiesen sind, ist, gemessen an der hierarchisch gefestigten Herrschaftsstruktur entwickelter Industriegesellschaften und auf der Basis der „harten“ Technik von heute, eine Illusion.

Wer aber will garantieren, daß mit zunehmender Hinwendung zu einem neuen Weltbild, zu anderen Wertorientierungen, mit neuem Wissen und damit neuem Bewußtsein nicht doch die Zersplitterung der Wissenschaft, die Betonung formaler Objektivität, aufgegeben wird? Können sich nicht alle die irren, die glauben, daß die Zukunft überraschungsfrei sei, weil weitgehend technisch alles schon festgelegt ist. Dieser Irrtum kann darin liegen — und die letzten Jahre, in denen die Möglichkeiten alternativer Denkweisen zunächst ignoriert, dann belächelt, dann schlecht kopiert wurden, haben es gezeigt —, daß es für immer mehr Menschen neue Hoffnungen und Perspektiven auf einen den Men-

schen und seine natürliche Umwelt in den Mittelpunkt stellenden Weg in die Zukunft gibt. Die soziale Dynamik, die mit der Ausbreitung neuen Bewußtseins verbunden ist, könnte auch die Rolle der Technologie in der Gesellschaft auf ein „menschengemäßes“ Maß zurückführen.

„... wir vergessen vor allem, daß wir selbst ein Stück Geschichte sind, etwas Gewordenes, und etwas, das zum Absterben verurteilt ist, wenn es die Fähigkeit zu weiterem Werden und Sichwandeln verliert“ (Hermann Hesse). Die Fähigkeiten haben wir. Die neuen Ansätze des Wandels sind vorhanden, fundamental und grundsätzlich: Das neue Bewußtsein ist revolutionär — wie die Telematik. Das Eine setzt auf die Umkehrung von Prioritäten, auf die Befreiung des menschlichen Geistes aus den immer umfassender werdenden Zwängen der technologischen Rationalität. Das Andere setzt auf die Kontinuität, also auf die Vergangenheit, um mit dem technologisch Neuen die Zukunft zu bewältigen. Aber diesem Versuch, die Geschichte auch weiterhin als Prozeß des Fortschreitens in immer bessere Verhältnisse zu deuten, scheint etwas wesentliches verloren zu gehen, die Jugend: „Die Mehrheit der Jugendlichen glaubt nicht mehr an die ‚natürliche Höherentwicklung‘, an den evolutionären Gang der Geschichte hin auf ein besseres Leben. Für sie hat die industrielle Zivilisation an Attraktivität verloren“ (Jugendwerk der Deutschen Shell, 1981).

## **Jürgen Wilke: Bedeutung und Gegenstand der Medienpolitik. Skizze eines Feldes praktischer Politik und wissenschaftlicher Analyse**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/85, S. 3—16

Medienpolitik ist historisch zwar kein neues Phänomen, hat aber in den letzten Jahren ganz erheblich an Bedeutung gewonnen. Dafür sind technische, wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Gründe ausschlaggebend. Auch ein Wandel der Medienwirkungsforschung dürfte dazu beigetragen haben. Gleichwohl bleibt die Legitimation der Medienpolitik in einem freiheitlich-demokratischen System problematisch.

Wenn heute von „Medienpolitik“ gesprochen wird, so ist dies eine Folge neuerer kommunikationsgeschichtlicher Evolution. Denn neben die gedruckte Presse sind seit Ende des 19. Jahrhunderts in immer kürzeren Abständen neue Techniken der Kommunikation hinzugetreten. Allerdings besitzt Medienpolitik ihre Vorstufe in der Pressepolitik und wird heute auch als Kommunikationspolitik bezeichnet. Jedoch hat sich im Wandel von der Pressepolitik zur Medienpolitik auch der Inhalt dieser Begriffe verändert.

Medienpolitik ist in der Bundesrepublik bisher an unterschiedlichen „Stellen“ institutionalisiert: Sie wird in verschiedenen Ministerien und Bereichen der staatlichen Administration betrieben, sie steht im Spannungsfeld der Kompetenzen von Bund und Ländern, sie ist ein Spiegel des Föderalismus und bildet heute nicht mehr nur einen Teil der Innenpolitik, sondern auch der Außenpolitik. Die Gefahr medienpolitischer Zersplitterung bewahrt zumindest vor medienpolitischer Planwirtschaft.

Medienpolitik ist ein Feld der praktischen Politik und ein Feld der wissenschaftlichen Analyse. Beide sind jedoch nicht streng getrennt. In der wissenschaftlichen Analyse geht es um Begriffsbildung und Systematisierung sowie um die Geschichte der Medienpolitik. Zu analysieren und zu erforschen sind ferner die Voraussetzungen, die Ziele, die Mittel und die voraussehbaren oder tatsächlichen Folgen medienpolitischen Handelns.

## **Jürgen Büssow: Stichworte zur Medienpolitik**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/85, S. 17—29

Die Veränderungen der politischen Machtverhältnisse und die technischen Entwicklungen bei den Informations- und Kommunikationstechniken führen zu einer Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland. Kabel- und Satellitenfunk ermöglichen erstmals die Zulassung privater Rundfunkveranstalter neben den öffentlich-rechtlichen. Die gewachsenen und verfassungsrechtlich normierten Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern in der Rundfunkpolitik werden in Frage gestellt. Mit ihrer Vorleistungspolitik für die Infrastruktur privater Rundfunkveranstalter greift die Deutsche Bundespost aktiv in die Medienpolitik der Bundesländer ein. Während die Union diese Entwicklung nachhaltig unterstützt, reagiert die SPD mit großer Zurückhaltung auf diese neue Situation.

Mit ihrem medienpolitischen Beschluß vom 19. Mai 1984 des Essener Parteitages läßt die SPD private Rundfunkveranstalter unter den vom Bundesverfassungsgericht genannten Voraussetzungen zu. Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verlangt die SPD eine tatsächliche Bestands- und Entwicklungsgarantie.

Die Diskussion um privaten Rundfunk hat die Aspekte der Medienkonzentration und ihrer Gefahr für die Informationsfreiheit der Bürger bislang nicht öffentlichkeitswirksam behandelt. Keine Rolle spielten in der Auseinandersetzung die Wirkungen von Fernsehen für die Kommunikationsfähigkeit der Gesellschaft. Mehr Fernsehen stellt nicht mehr Vielfalt her, sondern produziert mehr vom gleichen. Auf dem Spiel steht das gesellschaftliche Ausdrucksvermögen der Bevölkerung.

## **Markus Schöneberger: Neue Medien und Kultur**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/85, S. 30—40

Die modernen Informations- und Kommunikationstechniken stellen eine fundamentale Herausforderung auch für unser geistig-kulturelles Leben dar. Entsprechende Rahmenbedingungen und Entwicklungschancen vorausgesetzt, können sie neue, vermehrte Zugangsmöglichkeiten zu vielen Bereichen des kulturellen Lebens schaffen und Film, Theater, Musik und Literatur vielfältige Ansätze veränderter, erweiterter Entfaltung bieten.

Medienpessimisten fragen hingegen besorgt: Sterben wir mit den neuen Techniken den kulturellen Wärmetod? Diese Fragestellung ist legitim, aber hat bereits eine jahrhundertalte Tradition — sie ist so alt wie der Medienfortschritt selbst und läßt sich zurückverfolgen bis zur Erfindung des Buchdrucks, dem Aufkommen von Film, Schallplatte, Radio und Fernsehen.

Das entscheidende Problem aber heute ist, ob es gelingt, mit den neuen technischen Möglichkeiten wie Kabel, Satellit und Video gleichzeitig — bzw. parallel dazu — auch die programmschaffende Kreativität zu vervielfachen. Schon jetzt zeichnen sich immer deutlicher die Engpässe ab.

Welche Strategien sind denkbar, welche Konzeptionen möglich? Die Medien von morgen stellen für Künstler, Publizisten und Medienschaffende eine neue Bewährung dar. Vieles wird sich ändern angesichts der zunehmenden kulturellen, auch unterhaltenden Verteilungsleistung unseres immer komplexer werdenden Systems der Massenkommunikation. Aber es tut sich auch eine große Fülle neuer kreativer Chancen auf, einschließlich der Entstehung vielfältiger neuer, attraktiver Berufsfelder.

Die Diskussion über eine solche „kulturelle Medienpolitik“ kam allerdings in der bisherigen Debatte um die neuen Informations- und Kommunikationstechniken zu kurz.

## **Otto Ulrich: Informationstechnik und gesellschaftliche Zukünfte. Optionen zwischen Telematik und Wertewandel**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/85, S. 41—54

Das uralte Spannungsverhältnis zwischen Natur und Kultur, von Tradition und Innovation wird an einem aktuellen Gegenstand der „Moderne“ behandelt: Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die durch den Computer erzwungene Mechanisierung der geistigen Tätigkeit als Durchgangsstation zu neuen, menschengemäßen kulturellen Horizonten gewertet werden kann.

Informatisierung und Bürokratisierung werden als verwandtschaftliche Prinzipien erkannt, die — mit Hilfe neuartiger „Wissensmaschinen“ und auf der Basis der „künstlichen Intelligenz“ — das Vordringen formaler Elemente in die Gesellschaft beschleunigen. Damit ist die Frage nach dem menschlichen Geist im Verhältnis zur Maschine als zentrale kulturelle Herausforderung der „Computerisierung“ gestellt.

Wie wirkt sich die Formalisierung des Denkens, die Zerstückelung des Bewußtseins, die zunehmende Orientierung an der beherrschbaren „künstlichen Realität“ des Computers auf jene sozialen und politischen Prozesse aus, die uns schwer als alternative gesellschaftliche Zukünfte (Computopia und/oder „sanfte Wende“) im gesellschaftlichen Alltag von heute zu erkennen sind?

Technologiefolgenabschätzung besitzt wegen ihres systemimmanenten Charakters keine Maßstäbe für eine Entwicklung, die sich nicht den Werten und Zielen der Industrialisierung verpflichtet fühlt, d. h., sie ist nicht kompetent, in dem sich abzeichnenden epochalen Spannungsfeld zwischen der „Superindustrialisierung“ und dem neuen ganzheitlichen und ökologischen Paradigma politikrelevant zu vermitteln.